

Florian Coppenrath

Von Revisionismus zu Kooperation

Die Geschichte des Nordost-Instituts in Lüneburg



NORD
OST
INSTITUT
an der Universität Hamburg

25
JAHRE

Florian Coppenrath

Von Revisionismus zu Kooperation

Die Geschichte des Nordost-Instituts in Lüneburg



Impressum

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Herausgeber

Nordost-Institut an der Universität Hamburg
Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e. V.
Lindenstraße 31
21335 Lüneburg

Direktion

Prof. Dr. Kirsten Bönker

Autor

Florian Coppenrath

Redaktion

Kirsten Bönker, Katrin Steffen, David Feest, Fredrik Stöcker

Lektorat

Anja Wilhelmi

Konzeption und Gestaltung

Tim Kerkmann, Arne Bosselmann

Bildnachweise

Die Bildnachweise finden sich im Quellenverzeichnis.

Erscheinungsjahr

2026

ISBN

978-3-936943-08-5

URN

urn:nbn:de:101:1-2024082767

Online abrufbar unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:101:1-2024082767>

Nutzungsbedingungen

„Von Revisionismus zu Kooperation: Die Geschichte des Nordost-Instituts in Lüneburg“
von Florian Coppenrath/Nordost-Institut (IKGN e. V.) ist lizenziert unter der Creative
Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International
Lizenz (CC BY-NC-ND 4.0).

Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können unter www.ikgn.de angefragt werden.



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Die Lüneburger Institutionen: Glossar	7
1. Die Gründungsjahre: 1951 bis frühe 1960er Jahre	9
Max Hildebert Boehm und die Gründung des NOKW	10
Der Beinahe-Bankrott	15
„Kulturelle Eingliederung“ der Vertriebenen	17
Lehre und „Ostkunde“ in der Akademie	20
2. Nordostdeutsches Kulturwerk und Ost-Akademie:	
1960er und 1970er Jahre	25
Das NOKW als „Arbeitsstelle für Kulturelle Aufgaben“	28
Das „neue“ NOKW: Rettung von Kulturgut	32
Öffnung nach Osten: Der Studienkreis für Kulturbeziehungen	36
Die Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk	39
3. Das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk: Späte	
1970er bis 1990er Jahre	41
Der Bau der Nordost-Bibliothek	44
Die Nachfolgerkrise der Akademie	46
Das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk	47
Ein Forschungs- und Informationszentrum	52
4. Nach der Wende: 1990 bis 2002	55
Das Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung	57
Das Ende der Ost-Akademie	59
Die Internationalisierung des NOKW	60
Die abgewendete Schließung des NOKW	64
5. Der Aufbau des IKGN: 2002 bis frühe 2010er Jahre	67
Die Arbeitsgrundlagen: Den Nordosten problematisieren	70
„Begriffe, Prozesse, Diskurse“	72
Internationalisierung und Nachwuchsförderung	74
Zehn Jahre IKGN: Die erste Bilanz	77

6. Das IKGN bis heute: 2010er und 2020er Jahre	80
Neue Arbeitsschwerpunkte	81
Digitale und internationale Projekte	84
Umzug, Pandemie und Krieg	86
Das IKGN heute	90
Anmerkungen	93
Abbildungsverzeichnis	114
Bildnachweise	115

Vorwort

Das Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordost-europa e.V. (IKGN), kurz Nordost-Institut, feiert 2026 gleich zwei Jubiläen: Es wird sowohl 25 als auch 75 Jahre alt. Das heutige Institut wurde im Juni 2001 gegründet und nahm zum Jahresbeginn 2002 seine Aktivitäten auf. Tatsächlich blickt es jedoch auf eine deutlich längere Geschichte zurück. So steht es in direkter Kontinuität zum 1965 gegründeten Nordostdeutschen Kulturwerk e. V. (NOKW), dessen öffentliche Förderung, Eigentum, Mitarbeitende und thematische Ausrichtung es übernahm. Dieses NOKW wiederum war eine Abspaltung eines gleichnamigen Vereins, der im August 1951 gegründet wurde.

Mit dieser Abhandlung soll die Aufarbeitung und Kontextualisierung dieser langen Institutsgeschichte begonnen werden. So war die erste Gründung des NOKW in den 1950er Jahren etwa von einem völkischen Unterton geprägt und eng mit dem Thema des „deutschen Ostens“ sowie dem damit verbundenen, langanhaltenden Revisionismus verflochten. Das von Anfang an aus öffentlicher Hand finanzierte Institut entwickelte sich in einem stetigen Aushandlungsprozess zwischen seinen Gründungsvätern, Mitarbeitenden und den Geldgebern auf Bundes- und Länderebene sowie weiteren Akteuren wie „nordostdeutsche“ Vertriebenenorganisationen. In diesen Aushandlungen spiegelt sich auch die Geschichte der Förderung des deutschen Kulturerbes im östlichen Europa wider. Das Institut war stets von der sich wandelnden politischen Haltung gegenüber den ehemals deutschen bzw. deutsch besiedelten Gebieten geprägt und nahm diese mitunter auch vorweg.

Außerdem war das NOKW von Anfang an Teil eines komplexen „Institutsgewebes“ in Lüneburg, das für ein vollständiges Bild unbedingt berücksichtigt werden muss. Vor allem mit der Nordostdeutschen, dann Ostdeutschen und schließlich einfach nur Ost-Akademie stand das Kulturwerk während des größten Teils seiner Geschichte in enger Beziehung.

Die Quellen zur Geschichte des Instituts befinden sich vor allem im Bundesarchiv,¹ im Stadtarchiv Lüneburg² sowie im IKGK selbst.³ Das Material ist äußerst umfangreich und wird in Zukunft noch weiter ausgewertet. Dementsprechend ist diese Studie als eine erste Annäherung an die Institutsgeschichte zu verstehen. Dies äußert sich auch darin, dass der Text – bei aller gebotenen historischen Einordnung – quellennah verfasst ist. Der Aufbau ist chronologisch und gliedert die Geschichte des NOKW in vier und die des IKGK in zwei weitere Zeitspannen.

Die Lüneburger Institutionen: Glossar

Deutsches Archiv für Kulturgut des Nordostens: 1966 im Rahmen des NOKW gegründetes Archiv, das rund um die aus München transferierte Baltische Zentrale Bibliothek aufgebaut wurde; spezialisierte sich auf die Rettung von Kulturgut aus den ehemals deutsch besiedelten Gebieten im europäischen Nordosten; ging 1983 im Nordostdeutschen Archiv auf.

Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e. V. (IKGN), Kurzname: Nordost-Institut: 2001 nach einem Beschluss des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien gegründete Forschungseinrichtung, basierte auf der ideellen und materiellen Grundlage des NOKW und übernahm dessen Eigentum.

Institut Nordostdeutsches Kulturwerk: Einrichtung des NOKW, die 1980 mit der Fertigstellung eines Anbaus für die Nordost-Bibliothek eröffnet wurde. Setzte sich aus der Bibliothek, dem Nordostdeutschen Archiv und dem Verlag Nordostdeutsches Kulturwerk zusammen.

Nordostdeutsche Akademie/Ostdeutsche Akademie: 1952 eröffnete Einrichtung des NOKW. Firmierte zunächst als Nordostdeutsche Akademie und wurde 1954 in Ostdeutsche Akademie umbenannt; ging 1965 in der Ost-Akademie auf.

Nordostdeutsches Archiv: Vom Institut Nordostdeutsches Kulturwerk unterhaltene archivalische Sammlung, wurde 1983 auf der Grundlage des Deutschen Archivs für Kulturgut des Nordostens und nach dem Umzug der Baltischen Zentralen Bibliothek gegründet. Die Archivgüter wurden 2002 als geschlossene Sammlung an das IKGN übergeben.

Nordostdeutsches Kulturwerk e. V. (NOKW): 1951 erstmals gegründet und anfangs auch Trägerverein der Nordostdeutschen/Ostdeutschen Akademie. 1965 wurde der Verein unter gleichem

Namen neu gegründet. Zum Jahresbeginn 2002 ging das gesamte Eigentum des Vereins an das IKGK über.

Nordostdeutsche Künstlervereinigung e. V.: Einrichtung des NOKW zur Kunstförderung, gegründet 1952; löste sich 1961 auf und ging teilweise in der Künstlergilde e. V. (Esslingen) auf.

Ost-Akademie (Institut für gesamtdeutsche Studien) e. V.: Ge-
gründet 1965 auf der Grundlage des Nordostdeutschen Kultur-
werks e. V. von 1951 und in Kontinuität zu der Ostdeutschen
Akademie; wurde 2005 aufgelöst.

Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk: Wurde 1975 vom NOKW
gegründet, um im Rahmen der Westvermögen-Zuführungsver-
ordnung zugewiesene Mittel zu verwalten; trat in der Folge als
Förderer des NOKW auf.

1. Die Gründungsjahre: 1951 bis frühe 1960er Jahre

Im Herbst 1951 gründete der Rechtsintellektuelle Max Hildebert Boehm das Nordostdeutsche Kulturwerk sowie die dazugehörige Akademie. Nach anfänglichen finanziellen Schwierigkeiten festigten sie sich als Vertriebenenorganisationen zur Kulturpflege und Information über den „deutschen Nordosten“. Allmählich beschränkte sich die Arbeit des Kulturwerks auf die Tätigkeiten der Akademie als ostkundliche Forschungs- und Lehranstalt.

„Seit dem Herbst 1951 haben die Lüneburger etwas zu reden und vor allem zu rätseln. Die Flüchtlinge, dieses armselige Volk aus dem Osten, deren es in der Stadt neben etwa 35 000 Einheimischen allein an die 25 000 gibt, die Heimatvertriebenen bauen. Aber sie bauen diesmal keine Baracken, auch keine reine Wohnsiedlung, keinen Laden und keine Fabrik, sondern eine kulturelle Wirk- und Wohnstätte: eine Nordostdeutsche Akademie. Und die Sache scheint sich hier im Nordwesten, ja im ganzen Bundesgebiet herumgesprochen zu haben. Denn es kommen Fragen von auswärts: was tut sich bei euch, wer sind diese Nordostdeutschen, von denen man bisher höchstens im Geographieunterricht gehört hat, und was will eigentlich dieses Nordostdeutsche Kulturwerk, nach welchen Zielen strebt die Nordostdeutsche Akademie?“⁴

Die Gründungsgeschichte des Nordostdeutschen Kulturwerks (NOKW) ist eng verbunden mit der Geschichte von Flucht, Vertreibung und (Zwangs)Umsiedlung sowie der Eingliederung von Millionen Menschen aus dem östlichen Europa in die junge Bundesrepublik Deutschland. Nachdem die dringendsten Fragen der Aufnahme ein halbes Jahrzehnt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs allmählich überwunden waren und das ursprünglich von den Besatzungsmächten beschlossene Koalitionsverbot für Geflüchtete ab 1947 schrittweise aufgehoben wurde, strukturierte sich die politische und gesellschaftliche Teilhabe der zugewanderten Angehörigen deutscher Volksgruppen zunehmend in politische, soziale und kulturelle Interes-

sensverbände. In diesem Kontext war das NOKW eine von zahlreichen Vertriebenenorganisationen, die rund um das Jahr 1950 entstanden.⁵

Dass das NOKW ausgerechnet in Lüneburg gegründet wurde, hängt einerseits damit zusammen, dass Niedersachsen und die nach dem Krieg relativ unversehrten Gebiete westlich der Elbe besonders viele Menschen aufnahmen, von denen wiederum ein großer Anteil aus Gebieten im Norden Ostmitteleuropas kam, beispielsweise Pommern, Königsberg oder auch dem Baltikum. Wie der oben zitierte Aufsatz suggeriert, galt dies in besonderem Maße für Lüneburg. Auch zehn Jahre später schienen dort die nordöstlichen Einflüsse im Stadtbild allgegenwärtig, schließlich hatte sich die Bevölkerung der Stadt durch die Zuwanderung verdoppelt.⁶ Im Rückblick wurden Lüneburg und seine Umgebung als eine Art natürliches geistiges Zentrum des europäischen Nordostens stilisiert, sei es als vermeintliche „Urheimat“ der „Nordostdeutschen“ oder weil die Stadt vertraute Assoziationen weckte. Im Entwurf eines zum zehnten Jahrestag des NOKW geschriebenen Programmtextes heißt es: „Kaum eine andere Stadt in Nordwestdeutschland [...] vermag dem, der früher in Danzig, in Thorn oder in Riga zuhause war, so anzuheimeln wie diese“.⁷

Max Hildebert Boehm und die Gründung des NOKW

Letztlich trugen das NOKW und die im selben Zuge gegründete Akademie dazu bei, Lüneburg langfristig zu einem Zentrum der Auseinandersetzung mit dem „deutschen“ – und später „europäischen“ – Nordosten zu machen. Entgegen der Darstellung im eingangs zitierten Aufsatz waren beide allerdings keineswegs ein Kollektivwerk der „Flüchtlinge“, sondern eine Initiative des Autors jener Zeilen, Max Hildebert Boehm.

Der sechzigjährige Boehm hatte zu diesem Zeitpunkt bereits eine Karriere als rechtsintellektueller „Volkstumsideologe“ mit einem besonderen Interesse für die „Randgebiete“ des Reichs hinter sich.⁸ So hatte sich Boehm in der Weimarer Republik als prägende Figur der rechtsintellektuellen Deutschtumsbewegung etabliert. Im Herbst

1933 wurde er auf einen eigens für ihn eingerichteten Lehrstuhl für Volkstheorie und Volkstumssoziologie an der Universität Jena berufen. Sein Verhältnis zu den nationalsozialistischen Machthabern war ambivalent: Einerseits sympathisierte er mit weiten Teilen ihres völkischen und ordnungspolitischen Programms und beteiligte sich aktiv an entsprechenden Diskussionen. Andererseits beinhaltete die in seinem Hauptwerk „Das eigenständige Volk“ (1932) dargelegte ethnonationalistische Konzeption des Volkes als wichtigster Träger politischer Subjektivität⁹ auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem von der NS-Ideologie getragenen rassistischen Volksbegriff, was ihn in eine gewisse Marginalisierung führte. So wurde etwa seinem 1937 gestellten Antrag auf Parteimitgliedschaft in der NSDAP nie stattgegeben.

Nach Abschluss seines Entnazifizierungsverfahrens 1948 wandte Boehm sich wieder der wissenschaftlichen und aktivistischen Arbeit zu, wobei er seinen Fokus zunehmend auf das „Nordostdeutschtum“ richtete, dem er sich durch seine baltische Herkunft verbunden fühlte. Wenn er auch, so sein Biograf Ulrich Prehn, wie viele Rechtsintellektuelle in der frühen Bundesrepublik „semantische ‚Umbauarbeiten‘“ durchführte und sich vor allem genuin konservativen Aufgaben widmete,¹⁰ so blieb der ethnisch-essentialistische Kern seines Denkens bestehen.

Wie Bernhard Schalhorn, der letzte Direktor der Ost-Akademie (so der spätere Name der mit dem NOKW gegründeten Nordostdeutschen Akademie) es rückblickend schilderte, war das NOKW ebenso wie andere vergleichbare Initiativen dieser Zeit eine Art „Wildwuchs“, bedingt durch quasi-zufällige Zusammenkünfte seines Gründers mit alten Weggefährten und neuen Förderern.¹¹ So spielte etwa der Lüneburger Oberstadtdirektor Werner Bockelmann durch seine aktive Unterstützung eine Rolle bei Boehms Umzug in die Hansestadt im Jahr 1950, wohin Boehm auch die nach dem Krieg wieder aktivierte deutschbaltische Carl-Schirren-Gesellschaft (CSG) mitbrachte,¹² deren Vorsitz er ein Jahr zuvor übernommen hatte. Bis 2019 sollte diese



Abbildung 1: Max Hildebert Boehm bei der Grundsteinlegung der Akademie. In der Hand hält er die Kapsel mit der Gründungsurkunde

ihre Adresse mit dem NOKW bzw. dem IKGN teilen. Und der Vorsitz dieser Gesellschaft war nur eines von vielen Ämtern der ostdeutschen Kultur- und Wissenschaftsorganisation, die Boehm – stets bedacht, seine weitreichenden persönlichen Netzwerke zu nutzen – neben seiner Arbeit am NOKW innehatte.¹³

Ende März 1951 gründete Boehm mit seinem alten Bekannten Walther von Keudell, dem in Lüneburg wohnhaften Sprecher der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg,¹⁴ die Nordostdeutsche Stiftung. Aufgrund von Schwierigkeiten bei der formalen Anerken-

nung ging daraus am 10. August desselben Jahres der Verein Nordostdeutsches Kulturwerk e. V. mit ca. 20 Mitgliedern hervor – vor allem Vertreter der nordostdeutschen Landsmannschaften.¹⁵ Im Februar 1952 wurde dem Verein die Gemeinnützigkeit zuerkannt. Satzungsmäßiger Zweck war die „Förderung und Pflege der Kultur des deutschen Nordostens und die Schaffung und Finanzierung von Einrichtungen, die zur Erfüllung dieses Zweckes notwendig erscheinen.“¹⁶

Kurz darauf entstand mit der Nordostdeutschen Akademie die erste Einrichtung dieser Art. Für sie wurde auf einem Erbbaugrundstück der Stadt Lüneburg unter Aufnahme von mehreren Hypotheken ein Gebäude errichtet, das Arbeits- und Seminarräume sowie Wohnungen für die Mitarbeitenden und ein Wohnheim für die Teilnehmenden an Lehrgängen und Seminaren beherbergte. Aufgrund der engen räumlichen Verbindung – das Gebäude selbst wurde als „Akademie“ bezeichnet – nahm die Akademie in den folgenden Jahren eine so zentrale Rolle ein, dass sie – zur Verwirrung von Publikum und Geldgebern – quasi mit dem Kulturwerk verschmolz.¹⁷

Dennoch war die Akademie nicht die einzige Gründung im Zuge des Aufbaus des NOKW: Anfang 1952 entstand auf Boehms Initiative die Nordostdeutsche Künstlervereinigung e. V. zur Kunstförderung. Diese zählte anfangs über 40 Künstlerinnen und Künstler rund um ihre Mitinitiatorin und Geschäftsführerin, die Königsberger Malerin Ida Wolfermann-Lindenau.¹⁸ Weitere projizierte Initiativen zur Kulturförderung – eine Künstlerkolonie, ein Heimatmuseum, ein A-Cappella-Chor, eine Musikschule und Meisterwerkstätten¹⁹ – konnten hingegen aus finanziellen und praktischen Gründen nie umgesetzt werden.

Mit der Grundsteinlegung für das Gebäude in der Herderstraße 1 – die Straße wurde zu diesem Anlass umbenannt, um, wie Bürgermeister Paul Müller es ausdrückte, „einen der größten Söhne des Nordostens gebührend zu ehren“ – feierte das NOKW am 31. Oktober 1951 seine Gründung in einer fast religiös anmutenden Zeremonie, die ganz im Zeichen des „Nordostdeutchtums“ stand. An einem „mit Fahnen und Wappen der nordostdeutschen Landsmannschaften“ geschmückten



Abbildung 2: Gebäude der Nordostdeutschen Akademie/des Nordostdeutschen Kulturwerks, Herderstraße 1

Bauplatz, so die kurz darauf veröffentlichte Broschüre zur Eröffnung, wurde zur Segnung des Vorhabens eine Gründungsurkunde mit einer zur Einheit beschwörenden Liedzeile eingemauert:

„Quöm’ allet Wedder glihk ön ons tho schlahn,
Wy syn gesönnt by een anger tho stahn.“²⁰

Im Anschluss trat „eine Unzahl prominenter Teilnehmer [...] auf das Gerüst, um zugleich mit den herkömmlichen drei Hammerschlägen durch markante Sprüche der begonnenen Arbeit gutes Gedeihen zu wünschen.“ An der folgenden Feier nahmen etwa 400 Personen teil. Sie lauschten den Ausführungen von Keudell, Boehm und Ottomar Schreiber, erster Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und Staatssekretär im Vertriebenenministerium, über die Besonderheiten des „deutschen Nordostens“ und der „Nordostdeutschen“.²¹ Der Bau wurde ein Jahr später abgeschlossen, und das Gebäude am 9. September 1952 mit einem weiteren Festakt eingeweiht.²²

Der Beinahe-Bankrott

Bereits im ersten Jahr gelang es Boehm, vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (BMG) eine Finanzierung als „Initialzündung“ für die Aufnahme der Arbeit zu sichern. Kurz darauf ergänzte eine weitere Zuwendung aus dem Sonderetat für kulturelle Aufgaben des Bundesvertriebenenministeriums (BMVt) die finanzielle Grundlage.²³ Nach der Verabschiedung des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) im Mai 1953 wurde daraus eine institutionelle Förderung gemäß § 96 BVFG (weiter kurz: „§ 96“), die bis heute ununterbrochen besteht. Das BMG übernahm die Finanzierung der Akademie, der sich wenige Jahre später auch das Kultusministerium und z. T. das Vertriebenenministerium des Landes Niedersachsen anschlossen. Als Ergänzung plante das NOKW anfangs auch mit größeren Förderungen aus privater Hand,²⁴ die aber regelmäßig hinter den Erwartungen zurückblieben.

Ungeachtet der frühen Erfolge bei der Gewinnung öffentlicher Fördermittel stellte sich Boehms Einschätzung, günstige Kreditbedingungen würden die Arbeit „laufend nicht allzu stark belasten“²⁵ bald als illusorisch heraus. Bereits im Dezember 1952 geriet das NOKW – finanziell „vollkommen blank“ – kurzzeitig in Verzug mit den Gehaltszahlungen für seine zu diesem Zeitpunkt schon 13 Mitarbeitenden.²⁶ Auch 1953 ließ der finanzielle Druck nicht nach, ganz im Gegenteil: Das NOKW musste „laufend Löcher stopfen“ und „die Decke reicht[e] weder vorn noch hinten“.²⁷ Im Juni 1953 schrieb Boehm fast schon drohend an den Vertriebenenminister Hans Lukaschek: „Ein Zusammenbruch Dreivierteljahr nach Eröffnung der Arbeit würde für alle beteiligten Stellen und Personen die unangenehmsten Rückwirkungen haben, ganz besonders am Vorabend der Bundestagswahlen.“²⁸

Im folgenden Dezember fasste Boehm für dessen Nachfolger Theodor Oberländer die Situation zusammen, die zu einer „offenbaren Existenzkrise“ für das NOKW geführt hatte: Unerwartet hohe Baukosten und verzögerte oder ausbleibende Förderungen hätten eine Schuldenlast entstehen lassen, die ohne außergewöhnliche Mittel nicht zu stemmen sei.²⁹ Die Förderer BMVt und BMG sahen den Ursprung

Kultur- und Wissenschaftsförderung nach § 96 BVFG

Der sogenannte Kulturparagraf des Bundesvertriebenengesetzes von 1953 begründet den Förderanspruch von Institutionen und Projekten, die sich im weiteren Sinne mit den ehemals von Deutschen besiedelten Gebieten im östlichen Europa befassen. In der seit Juli 1957 unveränderten Fassung lautet er:

„Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern. [...]“

Vor allem ab den 1970er Jahren standen Interpretation und Zweckmäßigkeit des Paragrafen im Lichte historischer Veränderungen immer wieder zur Debatte. So unterlag der Grad an Beschäftigung mit dem „Deutschen“ im Verhältnis zur allgemeinen Geschichte der entsprechenden Gebiete oder der Beziehungsgeschichte immer wieder Schwankungen und politischen Konjunkturen.

des Problems jedoch eher in einer mangelnden finanziellen Sorgfalt. Eine im April 1953 vom BMG veranlasste Kassen- und Buchprüfung des NOKW kam zu dem Schluss, Boehm habe „keine genauen Vorstellungen“ von der realen Schuldenlast. Zudem wies die Buchführung erhebliche Mängel auf. Letztlich ergab sich ein dringender Sanierungsbedarf von über 70 000 DM.³⁰

Um eine vorzeitige Schließung des NOKW und der Akademie – und den damit verbundenen Imageschaden für die Unterstützung der Vertriebenen – abzuwenden, entschlossen sich die Bundesministerien, unter Einbeziehung des Niedersächsischen Kultusministeriums, zu einer umfassenden Sanierungsaktion.³¹ Durch Sonderzuschüsse im Jahr 1954 wurde der Großteil des finanziellen Drucks beseitigt. Die Verhandlungen zur Umschuldung der Hypotheken dauerten jedoch etwas länger an, so dass erst die deutliche Erhöhung der jährlichen Zuwendungen ab 1956 die Situation endgültig stabilisierte.³²

Das NOKW und insbesondere Boehm selbst büßten durch die frühe finanzielle Notlage stark an Vertrauen bei den Geldgebern ein. Im Rahmen der Sanierung setzten diese im Oktober 1954 eine Reihe von Satzungsänderungen durch, um die „bestehende Omnipotenz des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes“ zu beschränken und „neue finanzielle Eskapaden“ zu vermeiden. Ein Beirat, bestehend aus Vertretern des BMVt, des BMG sowie von Landes- und Stadtbehörden, sollte jährlich tagen und ein Vetorecht in der Finanzplanung des Kulturwerks haben.³³ Bei derselben Gelegenheit wurde die Nordostdeutsche Akademie auf Wunsch der niedersächsischen Behörden – welche dies zur Bedingung für eine Mitförderung machten – entgegen dem Willen von Boehm in „Ostdeutsche Akademie“ umbenannt.³⁴

„Kulturelle Eingliederung“ der Vertriebenen

Parallel zur Überwindung der finanziellen Anlaufschwierigkeiten nahm das NOKW seine inhaltliche Arbeit auf, die sich gleich über mehrere Anwendungsgebiete erstreckte: die Kulturförderung und -pflege im engeren Sinne, die Arbeit mit den und für die „Vertriebenen“ – so der damals meistverwendete Begriff, der nicht zwischen den einzelnen Situationen, die zur Umsiedlung in die Bundesrepublik geführt hatten, unterschied – sowie die Produktion und Verbreitung von Wissen über die entsprechenden Regionen. Im Einklang mit der Position anderer Vertriebenenorganisationen und teils auch mit der des Bundes war diese Arbeit auch von revisionistischen Hintergedanken

geprägt. Ein Programmblatt um den zehnten Jahrestag der Gründung merkte an:

„Die Aufgabe, die sich das Kulturwerk gestellt hat, nämlich den Anteil Nordostdeutschlands an der deutschen Geistes- und Kulturgeschichte darzustellen und in das Geistesleben der Gegenwart zu integrieren, ist – das darf nicht vergessen werden – ein Teil der Auseinandersetzung um den deutschen Anspruch auf Gebiete, die fremder Annexion anheimgefallen sind.“³⁵

Im scheinbaren Widerspruch zu dieser Idee, die eine Rückkehr der Vertriebenen implizierte, steht ein anderes Leitmotiv der „ostdeutschen“ Kulturpflege aus den 1950er Jahren: die kulturelle „Eingliederung“ der Vertriebenen. Dabei ging es einerseits darum, dass diese etwas von ihrer „früheren Lebenswelt in die heutige“ einbringen konnten.³⁶ Andererseits sollte – entsprechend der damaligen Interpretation des Auftrags von § 96 BVFG –, „Ostdeutschland in das kulturelle Bewußtsein der Nation“ integriert werden.³⁷

Als Stätte der kulturellen Repräsentation des „deutschen Nordostens“ war die „Kultur- und Traditionspflege“ einer der ersten Schwerpunkte des NOKW.³⁸ Die ersten Publikationen von 1952/53 umfassten



Abbildung 3: Logo des ersten Nordostdeutschen Kulturwerks und der von ihm getragenen Akademie. Verwendet zwischen 1951 und den frühen 1960er Jahren. Das Logo des Kulturwerks/der Akademie zeigt diese als in Lüneburg verankerte Institution im „Schatten“ der „nordostdeutschen“ Kultur. Vor dem grauen Hintergrund der Marienkirche von Danzig stehen in Rot die Lüneburger Nicolai-Kirche und die Johanniskirche. Im Vordergrund ist das Akademiegebäude zu sehen.

neben dem eigenen Jahrbuch „Die Marienburg“ und einem „Ost- und Westpreußischen Liederbuch“ (Herbert Wilhelmi) vor allem die anlässlich der Jahrhundertefeiern der ostpreußischen Städte Tilsit (russ. Sovetsk), Memel (lit. Klaipėda) und Zinten (russ. Kornevo) veröffentlichte Anthologie „...bis an die Memel“ (Hrsg. Erwin Nadolny), die – so eine Rezension in der Vertriebenenpresse – „die politische und kulturelle Bedeutsamkeit dieser alten deutschen Kulturlandschaft mit ihren Siedlungen für die gesamte deutsche Geschichte“ unterstrich.³⁹ Auch die Kunstförderung war ein früher Schwerpunkt, vor allem dank der engen Zusammenarbeit mit der Nordostdeutschen Künstlereinung, die ihren Sitz im Akademiegebäude hatte und zunächst – ebenso wie die Carl-Schirren-Gesellschaft – aus dem Etat des NOKW finanziert wurde.⁴⁰ Durch die Förderung von Künstlerinnen und Künstlern, aber auch als Arbeitgeber – die meisten, wenn nicht alle Mitarbeitenden des frühen NOKW kamen selbst aus dem nordöstlichen Europa – trug das Kulturwerk gewiss auch zu einer wirtschaftlichen Eingliederung bei.

Zwischen 1954 und 1957 organisierte das NOKW gemeinsam mit der Künstlereinung vier Ausgaben der Nordostdeutschen Kulturtage in Lüneburg. Das Ziel bestand darin, das Kulturwerk vor Ort besser sichtbar zu machen und eine „Plattform der Begegnung für die kulturschaffenden Kräfte aus dem Nordosten untereinander und mit interessierten Einheimischen herbei[zu]führen“.⁴¹ Alle vier Ausgaben umfassten ein öffentliches Programm mit Vorträgen, Ausstellungen, Konzerten, usw. Die Veranstaltung von 1955 stand im Zeichen des zehnten Jahrestages von Flucht und Vertreibung und bot den Anlass, einen entsprechenden Gedenkstein vor dem Akademiegebäude zu errichten. Die Kulturtage von 1956 fanden im Rahmen der Feierlichkeiten zum tausendjährigen Jubiläum der Stadt Lüneburg statt. Nach 1957 wurden die Kulturtage allerdings aufgrund fehlender überörtlicher Resonanz eingestellt.⁴²

Schließlich war auch das Gebäude der Akademie als Repräsentanz und symbolische „nordostdeutsche“ Heimat konzipiert. Prestige erhoffte man sich von der dauerhaften Ausstellung des Silberschatzes

der Schwarzhäupter-Kompanie von Riga. Die Eingangstür, die der Bildhauer Klaus Seelenmeyer schnitzte, ist eine noch heute sichtbare Hommage an führende Persönlichkeiten wie Kant und Herder. Sie war Teil verschiedener Gestaltungsarbeiten durch „nordostdeutsche“ Künstlerinnen und Künstler, die im ersten Arbeitsbericht des NOKW hervorgehoben wurden.⁴³ Ein Pressebericht über die Eröffnungsfeier der Akademie im September 1952 unterstreicht diesen „Heimataffekt“:

„So neu das Haus auch ist, es hat bereits Atmosphäre; alte Kultur mischt sich mit Tatendrang und zielbewußter Verantwortung. Wie das vermittelt wird wer könnte es sagen? Sind es die Bilder von Danzig und Königsberg, die die Wände schmücken, die heimatlich vertrauten Namen ‚Artushof‘ und ‚Blutgericht‘, ist es die ehrfürchtig gezeigte Kostbarkeit, der Silberschatz der Schwarzhäupter in Riga?“⁴⁴

Lehre und „Ostkunde“ in der Akademie

Die in diesen Räumen tätige Nordostdeutsche bzw. ab Ende 1954 Ostdeutsche Akademie entwickelte sich im Laufe der 1950er Jahre entgegen ihrer ursprünglichen Konzeption als Begegnungs- und Austauschstätte immer mehr zu einer klassischeren Lehr- und Forschungsinstitution. Dieser Wandel ist einerseits auf die Nachfrage seitens der Förderer und Teilnehmenden, andererseits aber auch auf die Akzente des Studienleiters und späteren langjährigen Leiters von Akademie und NOKW, Karl Heinz Gehrman, zurückzuführen.

Der zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Akademie 38-jährige Gehrman repräsentierte nicht nur eine ganz andere Generation als Boehm, sondern unterschied sich auch in seiner Herangehensweise an die Akademiearbeit. Der gebürtige Danziger war 1932 – kurz nach seinem 18. Geburtstag – der NSDAP beigetreten. Er studierte Germanistik, Geschichte und Volkskunde in München, Danzig und Riga; am Rigaer Herder-Institut, dem auch einige weitere Mitarbeitende der Akademie entstammten, arbeitete er um 1938 mit einem DFG-Forschungsspendium an einer „Volkskundlichen Bestandsaufnahme“. Er



Abbildung 3: Innenräume der Ost-Akademie in den 1970er Jahren. Rechts im Hintergrund: Das Schwarzhäupterzimmer mit dem ausgestellten Silberschatz der Schwarzhäupter-Kompanie von Riga.

wurde 1940 promoviert und später bei seinem Kriegseinsatz in der Luftwaffe schwer verletzt. In der Nachkriegszeit schlug er sich mit verschiedenen Anstellungen durch, ehe Boehm ihn zum Studienleiter der neuen Akademie berief.⁴⁵

Ob aufgrund einer anderen biografischen Prägung oder schlicht aus anderem Interesse: Gehrman – wie auch weitere wissenschaftliche Mitarbeiter der Akademie – zeigte schon früh wenig Interesse am volkstümlich-nordostdeutschen Akzent von NOKW und Akademie.⁴⁶ Bereits Ende 1954 erklärte Gehrman in der ersten Ausgabe vom „Ostbrief“, dem Mitteilungsblatt der Akademie, dass sich die Arbeit der Akademie schon im Ansatz von der des Kulturwerks unterscheiden sollte. Während Letzteres sich durch eine zeitgemäße Kulturförderung „auf das gesellschaftliche Selbstgefühl des Ostvertriebenen“ richte, solle die Akademie sich dem „Geschichts-Verständnis der Gegenwart“ im Hinblick auf die „Ostfrage“ verschreiben. Dabei dürfe sie „nicht

tun, was ein Kulturwerk tun muss. Sie darf sich nicht regional eng beschränken.“⁴⁷

So setzte die Akademie im Laufe der 1950er Jahre entgegen der ursprünglich für das NOKW als Gesamtwerk angedachten Konzeption eigene Schwerpunkte. In den ersten Jahren machten noch Landsmannschaften und andere Vertriebenenorganisationen den Großteil der Nutzerinnen und Nutzer aus, und die Akademie setzte sich den Themenschwerpunkt „Kultur und Geistesleben des deutschen Nordostens“. Doch bald setzten sich schon andere Prioritäten durch.⁴⁸ Im Kontext des frühen Kalten Krieges, der eine Nachfrage nach politisch verwendbarem Wissen über den „Osten“ mit sich brachte, betrieb die nunmehr „Ostdeutsche“ Akademie zunehmend das „Studium der Gegenwart des deutschen und europäischen Ostens“ sowie „Westdeutschlands nach Aufnahme der Vertriebenen“. In den ersten beiden Referaten, die in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre entstanden, widmeten sich Hanns von Krannhals und Rudolf Neumann jeweils den „deutschen Ostgebieten unter fremder Verwaltung“ (später: „Ostdeutschland und Polen“) und andererseits den „Gegenwartsfragen Mittel- und Osteuropas“.⁴⁹

Wenn sich die Akademie auf die Produktion von faktenbasiertem Wissen berief, dann um „ideologischen Kurzschlüssen vorzubeugen, die meist aus mangelnder Tatsachenkenntnis resultieren“. Mit anderen Worten verstand sich die Bildungsarbeit auch als eine Art „antibolschewistische Aufklärung“⁵⁰ gegen die sozialistischen Machthaber im östlichen Europa sowie die mit ihnen sympathisierende politische Linke im Inland. Wie bei vergleichbaren Institutionen aus dieser Zeit, etwa dem Ostkolleg, bezog sich das „Ost“ in Ost-Akademie auf die Erforschung des sozialistischen „Gegners“.⁵¹

Die politische Bildungsarbeit der Akademie richtete sich im Laufe der Jahre an verschiedene Zielgruppen. Zunächst waren dies internationale Studiengruppen mit Teilnehmenden aus ganz Europa. Im September 1952 begann die Akademie ihre Arbeit mit einem Kurs für ca. 40 Teilnehmende aus neun Ländern. Der ausführliche Bericht



Abbildung 4: Zimmer im Wohnheim der Akademie

der internationalen Arbeitstagung „Ostmitteleuropa und das Flüchtlingsproblem in der akademischen Arbeit“ vom September 1953 weist auf das Ziel hin, „eine zukünftige Völkerordnung in Ostmitteleuropa vorzubereiten“, die sich „auf den Gesamtkomplex der Integration Europas“ ausrichtet. Freilich wurde dabei auch die „europäische Verwurzelung“ des franquistischen Spaniens sowie der „Dienst“, den der französische Kolonialkrieg in Indochina der „freien Welt“ leistete, thematisiert. Die Tagungsteilnehmenden einigten sich jedoch darauf, so der Bericht, dass das dringendste Problem die „unmittelbare Bedrohung an der Elbe“ sei.⁵²

Auch ein Kurs- und Aktivitätenangebot für die Vertriebenen sowie für die „Flüchtlinge“ aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), die in den Jahren nach der Gründung der Deutschen Demokratischen

Republik (DDR) in die Bundesrepublik flohen, hatte zunächst einen besonderen Stellenwert. Das Ziel bestand darin, die Teilnehmenden mit den politischen und sozialen Gegebenheiten in Westdeutschland vertraut zu machen. Entsprechende SBZ-Kurse machten 1953 ein Fünftel und 1954 sogar ein Drittel des gesamten Angebots aus. Ab 1957 wurden sie jedoch wieder eingestellt.⁵³ Stattdessen trat – auch unter Anregung der niedersächsischen Behörden⁵⁴ – die Arbeit mit Schüler- und Lehrergruppen in den Vordergrund. Im Jahr 1955 sah das NOKW seinen „Haupterfolg“ in der „Intensivierung unserer Arbeit im Sektor Schule“. Dabei profilierte sich die Akademie als wichtigste Akteurin im Bereich der „Ostkunde im Unterricht“: Neben der direkten Arbeit mit Schulgruppen aus Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein wirkte sie auch an entsprechenden Konzeptionen mit.⁵⁵

Ende der 1950er Jahre kam eine weitere Zielgruppe hinzu, die die Akademie bis weit in die 1980er Jahre begleitete: Offiziere und Offiziersanwärter der Bundeswehr. Kurse für sie fanden erstmals 1957 statt und erreichten 1960 mit etwa der Hälfte des Gesamtangebots einen ersten Höhepunkt. Für die Bundeswehr ging es bei den Kursen darum, den Soldaten eine „klare Gegenwartsanalyse der Lebensbedingungen im Osten“ zu vermitteln und sie auf Gespräche mit Wehrdienstverweigerern, die mit „östlichen oder neutralistischen Schlagworten argumentierten“, vorzubereiten.⁵⁶

Abseits der eigentlichen Akademiearbeit eröffnete Boehm 1957 ein Volkstumsarchiv, um in Fortführung seiner Arbeit aus der Zwischenkriegszeit Material über die „deutsche Volkstumsarbeit“ zu sammeln. Indirekt wollte er damit die entsprechenden völkischen Denker der Zwischenkriegszeit angesichts der zunehmenden historischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus rehabilitieren. Wie Pohnke beschreibt, war dies ein Schwerpunkt von Boehms späteren Initiativen.⁵⁷ Allerdings blieben sowohl das Volkstumsarchiv als auch das „Forschungszentrum für Selbstbestimmungsrecht und Nationalitätenpolitik“, das zeitweise auf Initiative des BMG in der Akademie beherbergt war, in den damaligen Arbeitsberichten von NOKW/Akademie

unerwähnt. Das Volkstumsarchiv mit seiner Schriftensammlung lagerte dennoch über mehrere Jahrzehnte Teil der Akademie und später des NOKW.

Gegen Ende ihres ersten Jahrzehnts umfasste die Forschungs-, Lehr- und Publikationstätigkeit der Akademie zunehmend die gesamte Aktivität des NOKW. Ab 1957 präsentierten die gemeinsamen Arbeitsberichte nur noch die Arbeitsergebnisse der Akademie. Auf kritische Rückfragen in den Beiratssitzungen entgegneten Boehm und Gehrman, die Tätigkeit der Akademie sei auch der „Leistungsnachweis des Kulturwerks“, schließlich sei sie das „Organ zur Ausführung der dem Kulturwerk übertragenen Aufgaben“. ⁵⁸ In diesem Zusammenhang rückte der Gedanke einer klareren Trennung der Akademie vom Kulturwerk zunehmend in den Vordergrund. Ausschlaggebend für dessen schrittweise Umsetzung war die wachsende Sorge der Bundesministerien, dass ihre respektive Förderung angesichts der „unbefriedigenden“ Leistungen des „Kulturwerks als ‚Kulturwerk‘“ vom Bundesrechnungshof als Doppelsubventionierung gewertet werden könnte. ⁵⁹ Dies geschah parallel zu Boehms allmählichem Rückzug von seinen führenden Positionen. Nachdem er am 1. Juli 1961 die Leitung der Akademie an Gehrman abgetreten hatte, wurde am 31. Oktober desselben Jahres, dem Datum des zehnjährigen Jubiläums des NOKW, ein neues Statut für die Akademie verabschiedet. In der Presse wurde dieser Schritt auch als Ergebnis der stetigen Auseinanderentwicklung der Pläne von Boehm und Gehrman gewertet. ⁶⁰

2. Nordostdeutsches Kulturwerk und Ost-Akademie: 1960er und 1970er Jahre

Anfang der 1960er Jahre trennten sich das Nordostdeutsche Kulturwerk und die Ost-Akademie auf Anstoß der Geldgeber erst inhaltlich und dann auch juristisch. Die Akademie führte ihre Lehre und Forschung fort und konzentrierte sich dabei zunehmend auf DDR-Studien. Das Kulturwerk entdeckte seinerseits die Rettung des deutschen Kulturguts aus dem europäischen Nordosten als sein Kernanliegen.

Der Arbeitsbericht der Ostdeutschen Akademie für das Jahr 1962 bot die Gelegenheit, eine Bilanz der vorangegangenen Entwicklungen zu ziehen: Von einer anfänglichen Beschäftigung mit den Folgen der Vertreibung in der Bundesrepublik und den „Vertreibungsgebieten“ habe sich die Akademie – so das neue Statut – zu einer als „einer auf wissenschaftlicher Grundlage arbeitenden autonomen Institution“ mit Fokus auf „gesamtdeutsche Ostfragen“ entwickelt. Dabei habe sich der Aufbau einer eigenen wissenschaftlichen Basis als weitsichtige Maßnahme herausgestellt, um die „tatsächlichen Vorgänge in der SBZ und Ostmitteleuropa“ zu vermitteln, vergleichende Studien durchzuführen und so „seinen Teil zur deutschen Ostforschung beizutragen“.⁶¹

In ihren Lehrgängen schloss die Akademie an die Tendenz der vorigen Jahre an. Neben wenigen Veranstaltungen von Landsmannschaften und sonstigen Verbänden lag der Schwerpunkt weiterhin bei Schul- und Jugendgruppen sowie Angehörigen der Bundeswehr. Gleichzeitig beeinträchtigte die nachlassende Qualität der Unterbringungsmöglichkeiten die Nachfrage. Vor diesem Hintergrund verlagerten sich, wie Gehrman auf der Beiratssitzung 1963 eingestand, „die Tätigkeitsmerkmale [...] stark von denen des erwachsenbildnerischen Instituts zu einem in erster Linie wissenschaftlichen“.⁶² Diese Entwicklung stieß beim Niedersächsischen Kultusministerium auf Widerstand, das sich in der Konsequenz ab 1968 aus der Förderung der

Akademie zurückzog: Die „Voraussetzung, in der Akademie weiterhin eine Einrichtung der Erwachsenenbildung zu sehen“, sei entfallen. Stattdessen übernahm das Niedersächsische Ministerium für Bundesangelegenheiten den Landesanteil der Förderung.⁶³

Die anfänglichen Themenschwerpunkte der Akademie – „Ostdeutschland und Polen“ sowie „Gegenwartsprobleme Ostmitteleuropas“ – wurden in den 1960er Jahren infolge des Mauerbaus um Forschungen zu verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Aspekten der DDR (im damaligen Sprachgebrauch weiterhin SBZ) ergänzt. Hinzu kamen die Themen „Geschichtswissenschaft und Pädagogik in der SBZ“ (Werner Riese), „Gegenwärtige Entwicklungen in der SBZ“ (Werner Sticken) sowie eine SBZ-Beobachtungsstelle in Berlin unter der Leitung von Robert Paul Ullrich. Ullrich, der bereits in der Weimarer Zeit für Boehm gearbeitet hatte, war zunächst als freier Redaktionsmitarbeiter tätig und führte ein eigenes Forschungsvorhaben durch, ehe er 1961 zum Direktor des 1926 von Boehm gegründeten „Instituts für Grenz- und Auslandsstudien e. V.“ (IGA) in Berlin-Steglitz aufstieg. Aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit des IGA, von dem mindestens ein Vertreter unmittelbar an Plänen zur „Eindeutschung“ der baltischen Länder im Jahr 1942 beteiligt war, ließ Ullrich es drei Jahre später in „Zeitgeschichtliche Forschungs- und Dokumentationsstelle“ umbenennen. Nach mehreren erfolglosen Versuchen, direkte Bundesförderung für dieses Institut bzw. eine Fusion mit dem NOKW zu erreichen, wurde Ullrich mitsamt dem Institut schließlich ab 1966 als „Außenstelle“ von der Ost-Akademie übernommen. Dort widmete er sich bis 1973 den Themen Bildung, Wissenschaft und Forschung in der DDR.⁶⁴

Dem zunehmend „gesamtdeutschen“ Profil entsprach auch die Umbenennung in „Ost-Akademie“ im Jahr 1965. Laut dem Vertreter des Niedersächsischen Vertriebenenministeriums half diese Namensänderung, „Mißverständnissen über die ostkundlichen Bestrebungen des Instituts entgegenzuwirken, die sich nicht auf innerdeutsche und grenzgebundene Probleme festlegen ließen“, sondern die als „Europa-

kunde“ verstanden werden sollten.⁶⁵ Die Herausgabe der Zeitschrift „Deutsche Studien“ anstelle des „Ostbriefs“ ab 1963 spiegelte diese Entwicklung wider. Die gemeinsam mit dem „Gesamteuropäischen Studienwerk e.V.“ in Vlotho herausgegebene Vierteljahreszeitschrift sollte die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Westen und im Osten in Bezug zueinander setzen: „Untersucht werden einerseits die Integrationsvorgänge Ost- und Mitteldeutschlands in die östliche und Westdeutschlands in die westliche Welt sowie andererseits die diesen zentrifugalen Kräften entgegenwirkenden politischen und kulturellen Bindungen.“⁶⁶

Das NOKW als „Arbeitsstelle für Kulturelle Aufgaben“

Zehn Jahre nach seiner Gründung stand für das NOKW im Zuge der 1961 beschlossenen inhaltlichen Trennung von der Akademie zunächst ein konzeptioneller Neubeginn an. Die Bundesministerien setzten allerdings wenig Hoffnung darauf, dass Boehm die notwendige „Aktivierung des Kulturwerks“ ohne externe Hilfe bewerkstelligen können würde,⁶⁷ und standen seiner Vollmacht als Gründungsvater äußerst skeptisch gegenüber. In einem vertraulichen Brief an Gehrmann bezüglich eines geplanten Umbaus des NOKW-Präsidiums schrieb Ministerialrat Wieland vom BMVt, es sei „nach wie vor selbstverständlich, dass die ‚Führerprinzipsbestimmung‘ in den Satzungen oder zumindest in der tatsächlichen Handhabung fallen musste“ und der Präsident des Kulturwerks in Zukunft nicht mehr „alle Vollmachten“ erhalten dürfe.⁶⁸ Allgemein waren die Geldgeber bemüht, die anstehende Neukonzeption des NOKW aktiv, aber diskret zu beeinflussen – mit wechselhaftem Erfolg. Im Frühjahr 1962 wurde etwa die hochqualifizierte und sprachbegabte Juristin Irmgard von Funcke nach Vermittlung des BMVt als neue Geschäftsführerin eingestellt. Sie blieb allerdings kaum ein Jahr auf diesem Posten.⁶⁹

Auf jeden Fall strebten die Geldgeber eine stärkere Einbeziehung der nordostdeutschen Landsmannschaften in die Arbeit des Kulturwerks an. Ein entsprechendes Koordinationstreffen mit deren Kultur-

referenten am 13. Oktober 1962 blieb allerdings ohne Folgen, und die Bemühungen des BMVt, den Vorstand des Kulturwerks durch die Aufnahme eines Vertreters der Landsmannschaften bzw. eines Referenten für Kunstförderung als kollektives Entscheidungsgremium zu erweitern, scheiterten an Boehms Ausweichmanövern und Gehrmanns Desinteresse.⁷⁰

Boehm entwickelte seine Vision für ein von der Akademie unabhängiges NOKW in einer Reihe von Programmschriften zur Pflege der Kultur des „deutschen Nordostens“.⁷¹ Er sah den Kern des Problems in der im Vergleich zu anderen Vertriebengruppen besonders hohen Heterogenität und Zersplitterung des „Nordostdeuschturns“. Dadurch werde auch die Zusammenarbeit mit den auf engere Räume bezogenen Landsmannschaften erschwert. Die Aufgabe des Kulturwerks müsse demnach darin bestehen, das Herkunftsbewusstsein auf den „kulturellen Großraum des Nordostens mit seiner glanzvollen Geschichte“ auszudehnen. Dies sei eine effektive „Tiefenarbeit“ gemäß § 96. Es ging darum, das Konzept des „Nordostdeuschturns“ selbst zu fördern, nicht ohne dabei eine gewisse Deutungshoheit darüber zu beanspruchen, was als „nordostdeutsch“ zu gelten habe – etwa gegenüber dem „beunruhigenden [...] Nihilismus und Radikalismus“ der „sogenannten Avantgardisten nordostdeutscher Herkunft“ um Günther Grass und die „Gruppe 47“. ⁷²

Bei der Umsetzung dieser Ideen war Boehms Hauptanliegen ein „Personenarchiv der nordostdeutschen Kulturschaffenden“ in Form einer Kartei zu erstellen, um das Kulturerbe dieser Region und ihr gegenwärtiges kulturelles Potenzial zu dokumentieren und den Aufbau eines personellen Netzwerks zu ermöglichen. Bis zu seiner Fertigstellung im September 1963 erreichte das Archiv bis zu 5000 Einträge. Die Arbeit daran wurde jedoch von Gehrmann, der dem Vorhaben von Anfang an skeptisch gegenüberstand, wieder eingestellt. ⁷³

Zweitens beabsichtigte Boehm, ein Publikationsprogramm aus Belletristik und kulturhistorischen Studien aufzunehmen, um den Begriff „Nordostdeuschturn“ in der Öffentlichkeit zu etablieren. Um dieses

Programm aufzubauen, setzte er sich intensiv dafür ein, seinen alten Weggefährten Arnold Hillen Ziegfeld einzustellen, den er aus ihrer gemeinsamen Zeit im Deutschen Schutzbund kannte. Ziegfeld, der laut eigenen Angaben bereits 1921 in die NSDAP eingetreten war und um 1940 im NS-Propagandaministerium gearbeitet hatte, hatte sich einen Namen als Verleger und als Kartograf gemacht. Trotz seines hohen Alters erschien er Boehm als optimaler Kandidat, um die geplante „gezielte kulturpolitische Aktion“ zu verwirklichen.⁷⁴ Die Geldgeber zeigten keinen besonderen Enthusiasmus. Sie konnten zunächst Funcke – vermutlich als Gegenkandidatin – durchsetzen. Doch nach Boehms Beharrlichkeit trat Ziegfeld Ende 1962 als freier Mitarbeiter seinen Dienst an und stieg im Oktober 1963 zum Geschäftsführer der neu gegründeten „Arbeitsstelle für Kulturelle Aufgaben“ auf. Diese sollte die „neuen“ kulturpolitischen Arbeiten des NOKW koordinieren, das zu diesem Zeitpunkt immer noch formell Träger der Akademie war. Ziegfeld blieb aber nicht lange im Geschäft: Ab Dezember 1963 lag er schwer erkrankt im Krankenhaus. Von dort aus übernahm er noch einige Arbeiten auf Honorarbasis, bevor er im November 1964 verstarb.⁷⁵

Im April 1964 trat Boehm von seiner Funktion als geschäftsführender Präsident des NOKW zurück. Ihn ersetzte der SPD-Bundestagsabgeordnete (ab 1970 CDU) und spätere BdV-Präsident Reinhold Rehs. Bevollmächtigtes geschäftsführendes Vorstandsmitglied wurde allerdings Gehrman, der somit sowohl die Akademie als auch das Kulturwerk leitete – eine Doppelposition, die er bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1979 innehaben sollte.

Angesichts erneut drohender wirtschaftlicher Probleme und eines wachsenden Defizits des zur Akademie gehörenden Wohnheims einigten sich die Geldgeber auf einer außerordentlichen Beiratssitzung im November 1964⁷⁷ auf eine rechtliche Entflechtung von Akademie und NOKW, welche Mitte 1965 vollzogen wurde. Der bestehende Verein wurde – vor allem mit Blick auf die Trägerschaft des Gebäudes – bei geringfügigen Satzungsänderungen in „Ost-Akademie e.V. (Insti-

Akteure des NOKW im Nationalsozialismus

Der Fall Hillen Ziegfeld ist ein besonders ausgeprägtes Beispiel dafür, dass die Geschichte des NOKW und der Akademie von NS-belasteten Persönlichkeiten mitgeprägt wurde. Viele von ihnen wurden von Boehm eingesetzt, darunter der Mitbegründer des Vereins, Walther von Keudell. Er war NSDAP-Mitglied ab März 1933, von 1934 bis 1937 Generalforstmeister unter Hermann Göring und von 1941 bis 1943 Landrat des Kreises Königsberg. Gerhard Cartellieri, von 1951 bis 1964 der erste Geschäftsführer des NOKW, war ab Mai 1933 NSDAP-Mitglied und ab 1939 NS-Bürgermeister des besetzten Gotenhafen (heute Gdynia, Polen). Karl-Heinz Gehrman war zwar bereits ab 1932 NSDAP-Mitglied, allerdings kamen im Rahmen dieser Recherchen keine weiteren Verstrickungen mit dem NS-Staat zutage. Historische Forschungen haben schließlich für den Vertriebenenfunktionär Reinhold Rehs und den Historiker Walther Hubatsch, die in den 1960er bzw. späten 1970er Jahren den Vorstandsvorsitz des NOKW innehatten, zumindest eine Mitläuferschaft und eine Identifizierung mit der Politik des NS-Regimes ausgemacht. Beide waren 1937 der NSDAP beigetreten.⁷⁶ Eine fundierte Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im NOKW steht noch aus.

tut für gesamtdeutsche Studien)“ umbenannt. Das Nordostdeutsche Kulturwerk ging in einem neuen Verein auf. Beide Vereine blieben satzungsgemäß zu enger Zusammenarbeit verpflichtet.⁷⁸

Mit Ziegfelds Krankheit und Boehms Rücktritt war die Arbeit des „eigenständigen“ NOKW quasi zum Stillstand gekommen – zeitweise bestand existierte nur noch aus ein halbtags besetztes Sekretariat. Gehrman versuchte in dieser Situation, das Kulturwerk zu reaktivieren. In seinem Übernahmebericht zeichnete er ein äußerst kritisches Bild der geleisteten Arbeit: Honorare seien teils auf „fahrlässige“ Weise,

ohne vertragliche Deckung und in keinem klaren Verhältnis zur realisierten Leistung verteilt worden. Manuskripte und Verpflichtungen im Rahmen des Publikationsprogramms müsse er grundsätzlich prüfen. Zudem müsse dringend eine „Nachwuchskraft“ für die Geschäftsführung eingestellt werden.⁷⁹

Das „neue“ NOKW: Rettung von Kulturgut

Parallel zur Planung einer neuen Rechtspersönlichkeit für das Kulturwerk wurde ein neuer Arbeitsplan formuliert. Gehrman meldete „grundlegende Änderungswünsche“⁸⁰ an, da er sich offensichtlich wenig für Boehms Beschäftigung mit dem „Nordostdeutschtum“ und seiner „geistigen Elite“ interessierte. Das NOKW sollte seinen „aktivistischen“ Charakter allerdings behalten, und durch „wissenschaftlich einwandfreie“ kulturhistorische Arbeiten Belege für einen Anspruch auf die „ehemaligen preußischen und nordöstlichen Vertreibungsgebiete“ liefern – als Gegengewicht zu einer „ideologisch gesteuerte[n] Umdeutung der Kulturgeschichte (des ‚Kulturerbes‘)“ im sozialistischen Osten.⁸¹ Wie ein späteres Programmblatt verrät, verstand er das NOKW – ebenso wie die anderen Kulturwerke der Vertriebenen – als „Kultus-Ministerien enminiature (sic)“,

„denn ebenso wie die Kultusministerien der einzelnen Bundesländer *deren* kulturelle Angelegenheiten verwalten und repräsentieren, so bewahren und pflegen diese Kulturwerke die Kulturtraditionen der diesbezüglichen verlorenen Gebiete und fördern die schöpferischen Kräfte, die in dieser Tradition stehen. Die Kultur der ehemaligen deutschen Ostgebiete gehört ebenso wie die der einzelnen Bundesländer zur gesamtdeutschen Kultur [...]“⁸²

Gemäß Gehrmanns Konzept war das „neue“ NOKW demnach als Ergänzung zur Akademie gedacht. Letztere befasste sich mit deutschlandpolitischer „Osteuropaforschung“ und hatte einen breiteren geografischen Fokus; der Fokus des NOKW lag seinerseits auf der „Ostforschung“ im Sinne der Auseinandersetzung mit dem „Deutschtum“ im

nordöstlichen Europa. Während sich die Akademie „zeitgeschichtlich-zeitgenössischen Aufgaben“ zuwandte, sollte das Kulturwerk „historisch-kulturhistorisch“ arbeiten. Dabei blieben beide Institutionen eng verbunden: Sie teilten sich weiterhin das Gebäude in der Herderstraße; einige Mitarbeitende und die Vorstände der Trägervereine waren in den ersten zehn Jahren identisch.⁸³

Ab 1965 entwickelte das NOKW ein starkes archivarisches und kulturpflegerisches Profil. Zunächst veranlasste es den Umzug der Archivalsammlung „Baltische Zentrale Bibliothek“ des aus Riga stammenden Otto Bong von München nach Lüneburg. Rund um diese umfangreiche Sammlung von Büchern, Karten, Bildern und Grafiken sowie weiteren Leihgaben entstand im Mai 1966 das „Deutsche Archiv für Kulturgut des Nordostens.“ Es wurde von Bong geleitet und zog zusammen mit einigen Arbeitsräumen des NOKW in das vom Museumsverein gemietete Brömsehaus, Am Berge 35, in Lüneburg ein.⁸⁴ Das Archiv sollte bedrohtes Archivgut mit Bezug zu den Deutschen aus dem nordöstlichen Europa sammeln und es der Forschung und Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Die Eröffnungsausstellung „Der Nordosten im Spiegel alter Graphik und seines Schrifttums“ stand auch für die zwei zentralen Bestandteile des Archivs: „schlichtes Heimat-schrifttum“ und alte grafische Darstellungen von (Ost)Europa.⁸⁵

Zweitens unternahm das NOKW einen neuen Anlauf, die Zusammenarbeit mit den nordostdeutschen Landsmannschaften und anderen Organisationen mit ähnlichem geografischem Fokus zu intensivieren. Es bot sich an, als „zentrale Stelle gemeinsamer Planung und der kulturellen Interessenvertretung“ zu fungieren. Anfang Oktober 1965 organisierte das Kulturwerk eine Konferenz zum Thema „Wissenschaft – Kunst – Öffentlichkeitsarbeit“, um eine erste Bestandsaufnahme zu machen. Allerdings zeigte sich, dass die teilnehmenden Organisationen zu wenig voneinander wussten. Die Folgekonferenz im Mai 1966 bot Anlass für die offizielle Eröffnung des Archivs und eine Abstimmung der weiteren Arbeit des NOKW mit den anwesenden Vertriebenenorganisationen. Als gemeinsame Aktion wurde unter



Abbildung 5: Zwei Leserinnen in der Bibliothek des NOKW

dem Motto „Rettet das Bild der Heimat“ eine Sammlung von Kulturgut vereinbart, das unbeachtet in Privatbesitz lag und zu verfallen drohte.⁸⁶

Die dritte Konferenz im Oktober 1967 trug bereits den Charakter „Nordostdeutscher Kulturtag“ mit einer deutlich größeren Teilnehmerzahl rund um verschiedene Festanlässe und die vom Kulturwerk präsentierte Ausstellung „Alte Graphik – Städte an der Ostsee“, die bis 1969 an vielen weiteren Orten gezeigt wurde.⁸⁷ Die vierte Konferenz im November 1968, die in die vom Ostdeutschen Kulturrat gemeinsam

mit dem NOKW und der Ost-Akademie organisierten „Lüneburger Ostseetage“ eingebettet war, nahm die Form eines Treffens von Kunsthistorikern und Sammlern an. Damit war das Format des Sammler-Treffens geboren, in der Folge auch als „Sammler Privatissimum“ bekannt, das das NOKW bis in die frühen 2000er Jahre zweimal jährlich organisierte.⁸⁸

Die Sammler-Treffen, bei denen sich jeweils rund 30 Interessierte austauschten und Vorträge zu verschiedenen Aspekten der Kulturpflege hörten, waren nur ein Teil der Infrastruktur und Maßnahmen, die das NOKW rund um seinen neuen Schwerpunkt, die Rettung von Kulturgut, aufbaute. Ein weiteres zentrales Element war die Vierteljahreszeitschrift „Nordost Archiv“, die 1968 erstmals erschien und sich mit ihrem kulturhistorischen Fokus vor allem an ein Fachpublikum von Sammlern, Pädagogen und Forschern richtete, um sie für eine Zusammenarbeit mit dem Archiv des NOKW zu gewinnen.⁸⁹ Auf Nachfrage der landsmannschaftlichen Verbände organisierten Mitarbeitende des Kulturwerks Seminare zum Thema „Ostdeutsche Kulturkunde“, um in die Bewahrung und Archivierung von privatem Kulturgut einzuführen. Hinzu kamen viele weitere Vorträge und Dia-Präsentationen, die meisten davon von Bong organisiert, um Archivmaterial der Öffentlichkeit zu präsentieren und für das Anliegen seiner Rettung zu werben.

Daneben verfolgte das NOKW ein Publikationsprogramm, das in den 1960er Jahren noch fast ausschließlich Schriften zum „deutschen“ Erbe im Nordosten umfasste, mit Titeln wie Robert Müller-Sternbergs „Zwischen Lübeck und Reval: Deutsche Geistesgeschichte im Ostseeraum“ (1964) oder Carl von Lorcks „Vom Geist des deutschen Ostens“ (1967). Es förderte mehrere Handbücher zu deutschstämmigen Künstlerinnen und Künstlern aus dieser Region, die im Rahmen der Reihe „Bildende Kunst“ der Künstlergilde e.V. erschienen. Hinzu kamen Monografien, die auf Quellen und vor allem grafischem Material aus dem Archiv aufbauten, wie der Band „Die Salzburger Emigration in Bildern“ von Angelika Marsch (1977), der sich zu einem echten

„Renner“ auf dem Buchmarkt entwickelte, dessen erste Auflage schon nach einem Jahr vergriffen war.⁹⁰

Öffnung nach Osten: Der Studienkreis für Kulturbeziehungen

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wuchs die gesellschaftliche Kritik an den als revanchistisch und tendenziös wahrgenommenen Positionen der Ostforschung und Osteuropaforschung. So vermerkt der Arbeitsbericht des NOKW für 1967 erstmals auch negative Presseberichte, die die Ausstellung zu Städten an der Ostsee als Zeichen einer „überholten Ostpolitik“ kritisierten.⁹¹ Vor allem die Akademie geriet öffentlich unter Rechtfertigungsdruck. Gehrman betonte im selben Jahr etwa gegenüber dem Beirat, dass der aus Haushaltsgründen ausbleibende wissenschaftliche Ausbau besonders kritisch zu sehen sei, „im Hinblick auf die Notwendigkeit differenzierter Sachinformationen [...], damit die Akademie nicht als Propagandainstitut erscheine“.⁹² Der Arbeitsbericht der Akademie für 1967 beginnt sogar mit einer mehrseitigen Erklärung zu der Diskussion, die „um den Begriff der DDR-Forschung“ und ihre „Wertfreiheit“ entbrannte. Hier offenbart sich eine Spannung zwischen der „Bemühung um wissenschaftliche Sachlichkeit“ – welche die Akademie immer wieder betonte – und ihrem „gesamtdeutschen Auftrag“. Es stelle sich die Frage, „ob ein System, das seinem Wesen nach normativ ist, ausschließlich mit einem wertindifferenten Instrumentarium zu erfassen ist.“⁹³ Oder, wie Gehrman es gegenüber dem Beirat ausdrückte, sollte auch eine feindliche Haltung gegenüber der DDR – die im Zusammenhang mit dieser Diskussion übrigens auch erstmals als solche benannt wurde – eine objektive Beurteilung nicht verhindern.⁹⁴

Die Diskussionen ab 1967 warfen für die Akademie auch die Frage auf, „was unter gesamtdeutscher Arbeit zu verstehen sei“ – einerseits im Hinblick auf das implizite Ziel der Wiedervereinigung, andererseits aber auch mit Blick darauf, welche Gebiete genau von dieser Arbeit zu erfassen seien. Im Jahresbericht für 1969 heißt es:

„Entsprechend den Absprachen mit dem fördernden Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen ist das Institut gehalten, seine DDR-Studien vor dem Hintergrunde der inter-sozialistischen Beziehungen zu treiben, d. h. über die DDR und, soweit dies zum Verständnis gesamtdeutscher Fragen notwendig ist, auch über die anrainenden Länder zu informieren.“⁹⁵

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) war die neue Bezeichnung des BMG, die gleich nach dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt Ende 1969 beschlossen wurde. Gleichzeitig wurde das BMVt aufgelöst, wodurch der Großteil der Förderung nach § 96 und damit auch die institutionelle Förderung des NOKW an das Bundesministerium des Innern (BMI) überging. Mit dem Niedersächsischen Ministerium für Bundesangelegenheiten, das ebenfalls ab 1969 in die Förderung der Akademie einstieg, gingen die Lüneburger Institutionen mit „neuen“ Förderern in die 1970er Jahre.

Ganz im Sinne der politischen Linie des „Wandels durch Annäherung“ der Brandtschen Ostpolitik entstand ab Ende der 1960er Jahre in der Arbeit von Akademie und NOKW parallel zur ursprünglichen, revisionistischen Haltung eine neue Arbeitslinie. Diese war mehr von Neugierde und Offenheit gegenüber den Entwicklungen im sozialistischen Osteuropa geprägt und nahm die deutsche Kultur in historischer Perspektive als Teil eines Geflechts vieler unterschiedlicher Einflüsse wahr. Bezeichnend hierfür war die Arbeit von Heinz Ischreyt, der 1966 die wissenschaftliche Planstelle des pensionierten Rudolf Neumann übernahm. Anstelle des Referats „Gegenwartsfragen Mittel- und Osteuropas“ wurde das neue Referat „Kulturpolitische Beziehungen zwischen den Teilen Deutschlands, den nordosteuropäischen Ländern und der Sowjetunion“ installiert.⁹⁶

Im Jahr 1969 war Ischreyt die treibende Kraft hinter der Gründung des „Studienkreises für Kulturbeziehungen in Mittel- und Osteuropa“.⁹⁷ Durch die Beschäftigung mit historischen Kulturbeziehungen und vor allem die unmittelbare Zusammenarbeit mit Forscherinnen und Forschern aus den Ländern des östlichen Europa war dieser

ein Vorreiter der Ostpolitik. Dank der Beschäftigung mit der relativ fernen und somit politisch weniger umstrittenen Epoche der Aufklärung gelang es Ischreyt, auch Teilnehmende aus den sozialistischen Staaten für die Konferenzen und Publikationen seines Studienkreises zu gewinnen. In den folgenden 20 Jahren organisierte der Studienkreis ein gutes Dutzend solcher Tagungen, die eine wissenschaftliche Vernetzung zwischen West und Ost sowie unter den osteuropäischen Teilnehmenden förderten.⁹⁸

In einem Vermerk über die achte Konferenz des Studienkreises im Jahr 1976 erklärte ein Vertreter des BMI, dass diese Arbeit eine begrüßenswerte Erweiterung der Auffassung von Kulturpflege gemäß § 96 darstelle, da sie auch den Entstehungskontext der zu pflegenden Kultur berücksichtige.⁹⁹ Somit war die Arbeit des Studienkreises wegweisend im Hinblick auf die wachsende Bedeutung, die die fördernden Bundesbehörden der Auseinandersetzung mit der Geschichte der sogenannten Vertreibungsgebiete als Ganzes zumaßen.

In dieser Zeit führte das NOKW seine kulturellen „Rettungsarbeiten“ fort. Angesichts des „Abtretens der Erlebnissgeneration“ – ein allgegenwärtiges Schlagwort in den Diskussionen rund um § 96 ab den 1970er Jahren – entsprach dies einer politischen Nachfrage.¹⁰⁰ So wuchs das Archiv durch regelmäßige Neueinkäufe, Schenkungen und Leihgaben ebenso wie die hauseigene Bibliothek, die das NOKW als Ergänzung zur bestehenden Bibliothek der Akademie aufbaute. Bong selbst besuchte in regelmäßigen Abständen Privathaushalte von Familien aus dem europäischen Nordosten, um nach relevanten Archivalien zu suchen. Ab etwa 1968 kam beispielsweise eine neue Sammlung von Schulprogrammschriften aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert in den Bestand, die auf einer größeren Spende basierte und bis in die 1980er Jahre auf über 20 000 Stück anwuchs.¹⁰¹ Auch die Publikationen des NOKW in den 1970er Jahren lassen eine zunehmende Beschäftigung mit beziehungsgeschichtlichen Themen und ostmitteleuropäischer Kultur erkennen. Ein Beispiel ist Erik Thomsons Band „Estnische Literatur: Ihre europäische Verflechtung in Geschichte und

Gegenwart“, der 1973 im Rahmen der 1972 eingeführten Zeitschrift Nordost-Archiv erschien. Der folgende Band dieser Reihe, „Die Stadtansichten Alt-Litauens in der Graphik des 16. bis 19. Jahrhunderts“ des Kunsthistorikers Povilas Reklaitis, ist in gewisser Hinsicht die erste Publikation des NOKW, die von einem nichtdeutschen Vertreter des Baltikums stammt.¹⁰²

Abgesehen von einem Wandel der verwendeten Begrifflichkeiten – etwa von „SBZ“ zu „DDR“ – und einer etwas offeneren und kooperativeren Herangehensweise gegenüber Akteuren im östlichen Europa brachten die späten 1960er und vor allem die 1970er Jahre auch jenseits des „Studienkreises für Kulturbeziehungen“ zunehmend direkte Optionen der Zusammenarbeit mit sich. Nach der politischen Klärung der Grenzfrage zu Polen ebneten die Ostverträge den Weg für eine kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei, der DDR, Polen und der UdSSR. So meldete das NOKW ab 1977 beispielsweise eine laufende Zusammenarbeit zum Schriftentausch mit Bibliotheken in Ost-Berlin, Krakau (Kraków), Thorn (Toruń) und Leningrad.¹⁰³

Die Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk

Eine weitere Folge der Ostpolitik, die zeitweise einen starken Einfluss auf die Arbeit des NOKW haben sollte, betraf die Verwendung von sogenanntem Ostvermögen – d. h. vor allem Vermögen von Banken, die vor 1945 ihren Sitz in den deutschen Ostgebieten oder der späteren DDR hatten –, das nach dem Krieg unter die treuhänderische Verwaltung des Bundes gestellt wurde. Aufbauend auf einem Gesetz zur allgemeinen Abwicklung solcher Mittel legte die Westvermögen-Zuführungsverordnung (WVZV) aus dem Jahr 1974 fest, dass ein Teil dieser Mittel für die Zwecke von § 96 zur Verfügung gestellt werden sollte.¹⁰⁴ Konkret sollten diese Mittel nach dem geografischen Prinzip vergeben werden, also jeweils an Stiftungen, die Kulturarbeit mit Bezug zu den ehemaligen Ostgebieten leisteten, die – sofern diese für die entsprechenden Regionen noch nicht bestanden – zum Teil auf der

Grundlage der bestehenden Kulturwerke entstehen sollten. Auch das NOKW sollte über diese Verordnung Mittel erhalten, und zwar von Instituten aus den Gebieten Danzig-Westpreußen, Ostpreußen, Wartheland und Mark Brandenburg.¹⁰⁵

Das NOKW gründete am 1. Oktober 1975 die Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk, um die zugewiesenen Mittel anzulegen und deren Erträge zur Finanzierung kultureller Projekte zu verwenden. Diese Mittel sollten eine Ergänzung und keinen Ersatz für die bestehende Bundesförderung nach § 96 sein. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip sollten lediglich die Erträge den Einnahmen der geförderten Institutionen zugerechnet werden.¹⁰⁶ Das BMI sah in der Verordnung allerdings auch die Chance, die Bundesförderung nach § 96 im Kontext einer angespannten Haushaltslage zu optimieren und bei den Kulturwerken, die in den Stiftungen aufgehen sollten, von einer institutionellen Förderung zu einer Projektförderung überzugehen. Diese Lösung wurde als vorteilhaft für beide Seiten dargestellt, da die Stiftungen an Autonomie gewinnen würden und der Bund seine Förderung nach § 96 gezielter einsetzen könnte.¹⁰⁷ So war auch vorgesehen, dass der Verein NOKW ab 1977 in der NOKW-Stiftung aufgehen sollte.¹⁰⁸

Dieses Vorhaben scheiterte allerdings aus mehreren Gründen. Einerseits fielen die Erträge mit zunächst rund 10 000 DM im Jahr gering aus, andererseits wurden sie durch den Stiftungsrat nur Projekten und nicht dem NOKW als Verein zugewiesen.¹⁰⁹ Auch die geographische Zuordnung führte zu Spannungen, da den Regionen Schlesien und Pommern, die ebenfalls in den Arbeitsbereich des NOKW fielen, im Rahmen der WVZV eigene Stiftungen zugestanden wurden. Die Stiftung Ostpreußen wehrte sich aktiv gegen ihre Eingliederung in die NOKW-Stiftung. Laut dem damaligen Präsidenten von Stiftung und Verein (die Vorstände waren deckungsgleich), Walther Hubatsch, spitzte sich diese Krise im Herbst 1976 zu. Vonseiten des BMI kam nicht nur keine Unterstützung, sondern es wurde weiterhin auf eine Auflösung des Vereins gepocht. Im Februar 1977 erklärte Hubatsch aus Protest seinen Rücktritt aus dem Stiftungsvorstand. Kurz darauf verab-

schiedete die Mitgliederversammlung des NOKW e. V. eine Erklärung, die sich gegen die Fusion mit der Stiftung richtete.¹¹⁰

Zwar hielt das BMI zunächst an dem Plan einer Fusion fest, erklärte sich aber bereit, „unter Abwägung aller Umstände [...] die institutionelle Förderung des Vereins solange fortzusetzen, bis günstigere Voraussetzungen für eine Überleitung gegeben sind“.¹¹¹ Letztlich sah das BMI jedoch von einem Ende der institutionellen Förderung nach § 96 ab, von der zu diesem Zeitpunkt noch acht Institutionen profitierten. Bereits im Februar 1978 hieß es in einem Schreiben an den Vorsitzenden der „Arbeitsgruppe Bericht gemäß § 96 BVFG“, den MdB Wilhelm Nöbel, ein „weiterer Abbau der institutionellen Förderung“ sei nicht „ohne weiteres möglich“, da diese Institutionen wegen mangelnder Einnahmen finanziell nicht in der Lage wären, dies zu tragen. Es würde „unangemessene Schwierigkeiten mit sich bringen, dem Grundsatz der Klarheit widersprechen und den Zuwendungsbedarf nicht verringern“.¹¹²

So blieb die Stiftung NOKW auch in der Folge als zusätzliche Struktur zum Kulturwerk und zur Akademie bestehen und trat regelmäßig als Förderer des Kulturwerks auf, dem ein Anteil von 12 % der Erträge für überregionale Vorhaben zustand. Wie Gehrman 1982 in einer Vorstandssitzung des NOKW mitteilte, hatten sich die Beziehungen zur Stiftung „in einer praktikablen Form eingespielt“, sodass erst einmal kein Bedarf bestehe, diese zu überdenken.¹¹³

3. Das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk: Späte 1970er bis 1990er Jahre

Mit der Gründung eines eigenen Instituts und der Pensionierung des langjährigen Leiters Karl Heinz Gehrman vollzog das Nordostdeutsche Kulturwerk um 1980 die Trennung von der Akademie. Fortan positionierte es sich durch die Kombination von Archivarbeit, Wissenschaft und Dienstleistungen als modernes, unabhängiges Kulturwerk, das sich dem deutschen Erbe im östlichen Europa zunehmend im Kontext und mit beziehungsgeschichtlichen Ansätzen näherte.

Der Versuch der Bundesbehörden, die institutionelle Förderung über die Westvermögen-Zuführungsverordnung herunterzufahren, war Teil umfassenderer Überlegungen zur Aktualisierung der Kulturförderung gemäß § 96. Angesichts demografischer und politischer Entwicklungen, wie dem Generationsumbruch, der schwindenden Perspektive einer Rückkehr infolge der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und gesellschaftlicher Vorbehalte gegenüber den Belangen der Vertriebenen sowie ihrer „Zersplitterung“ und drohenden Isolation, erarbeitete das BMI in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eine Neukonzeption zu § 96, die schließlich Anfang der 1980er Jahre abgeschlossen wurde. Die Kernidee bestand darin, die Kulturarbeit an die neuen Gegebenheiten anzupassen und zu optimieren, da ihre Entwicklung zunächst „stark von den Zufälligkeiten aus der Anfangsphase bestimmt“ war.¹¹⁴

Vor dem Hintergrund der Annäherung an die Staaten im östlichen Europa war umstritten, ob sich die Kulturpflege gemäß § 96 ausschließlich auf „Ostdeutschland“, also die ehemals deutsch besiedelten Gebiete als wesentlich „deutscher“ Raum, konzentrieren sollte, oder ob es eher um Deutsche in „Osteuropa“ ging. Letzteres hätte eine intensivere Auseinandersetzung mit dem kulturellen Kontext ihres Erbes, also mit ihren Beziehungen zu anderen Volksgruppen vorausgesetzt.¹¹⁵ Die erste Position wurde vor allem von der CDU/CSU-Opposition und

den Vertriebenenverbänden vertreten. Wie der Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen, Hans Neuhoﬀ, 1978 anmerkte, „dürfe auch nicht Ostdeutschland-Kunde in eine Osteuropa-Kunde umfunktioniert werden oder die Kultur Ostdeutschlands und der Ostdeutschen als ein Element einer interethnischen Kultur dargestellt werden. Die großen Ostdeutschen dürfen vor dem Ausland nicht verschwiegen werden“. ¹¹⁶

Die Regierungsparteien SPD und FDP sahen einen stärkeren Fokus auf die kulturellen Beziehungen hingegen als Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen mit den Nachbarländern. Ein entsprechender Passus fand letztlich seinen Weg in die neue Grundsatzkonzeption: „Besondere Förderung verdienen Maßnahmen, die das ostdeutsche Kulturerbe nicht isoliert, sondern als der gesamten deutschen Kultur zugehörig und mit der europäischen Kultur verflochten darstellen.“ ¹¹⁷ Diese Debatte spiegelte sich auch immer wieder in der Arbeit des NOKW wider, vor allem in Bezug auf den Studienkreis für Kulturbeziehungen. Manche Vereinsmitglieder beäugten diesen kritisch als Abkehr vom „Kerngeschäft“ der „Pﬂege deutschen Kulturguts“. ¹¹⁸

Für das NOKW besonders relevant war auch die Frage, wie Kulturpﬂege sinnvoll betrieben werden kann, wenn die politischen und sozialen Umstände, in denen sie entstanden ist, nicht mehr existieren und immer weniger Zeitzeugen leben, die von dem entsprechenden Raum geprägt wurden. ¹¹⁹ Ein BMI-Vertreter brachte es 1977 auf den Punkt: „Die Zeit des Sammelns ist sicherlich vorbei. Es kommt die Zeit des Ordnnens und des Auswertens.“ ¹²⁰ Entsprechend akzentuierte die Neukonzeption die systematische Darstellung, Vermittlung und Forschung durch entsprechende universitäre Lehrstühle, Museen – wie das 1987 eröffnete Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg – und Kulturwerke. ¹²¹

Die unter der sozialliberalen Regierung erarbeitete Konzeption wurde schließlich ab Ende 1982 von der schwarz-gelben Regierung unter Helmut Kohl fortgeführt. Die Ergebnisse der Ostpolitik wurden nicht mehr in Frage gestellt. Die neue Regierung vertrat allerdings eine konservativere Auslegung von § 96, die der Position der Vertrie-

benenverbände näher war und einen engeren Bezug zum „deutschen“ Kulturgut beinhaltete. So gelten die 1980er Jahre auch als ein „goldenes Zeitalter des von den Vertriebenenverbänden entwickelten politischen Folklorismus.“¹²²

Nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag im Jahr 1983 gab es in der Bundespolitik erstmals grundlegende Kritik an der privilegierten Pflege des „deutschen“ Kulturguts aus den Gebieten des ehemaligen Reichs.¹²³ Vor dem Hintergrund dieser sich allmählich verhärtenden Debatten teilten die Lüneburger Institutionen den schlechten Ruf der Vertriebenenverbände – obwohl sich vor allem das NOKW immer mehr von diesen distanzierte. Die Organisatorinnen und Organisatoren einer antifaschistischen Fahrraddemo in Lüneburg markierten Ende 1985 beispielsweise die Akademie und das Kulturwerk als „Stätten des Revanchismus“.¹²⁴

Der Bau der Nordost-Bibliothek

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, also fünfundzwanzig Jahre nach der Gründung von Akademie und NOKW und gut zehn Jahre nach ihrer Rechtsträgertrennung, bot sich die Gelegenheit, eine Zwischenbilanz der geleisteten Arbeit zu ziehen. In einem Beitrag zum Jubiläum der Akademie betonte Gehrman, dass sich bei allem Wandel der Schwerpunkte sowohl die Methodik der Verbindung von Forschung und Lehre als auch der Grundsatz der „deutsch-ostmitteleuropäischen Synopse“, also des steten Vergleichs politischer und gesellschaftlicher Zustände, bewährt hätten.¹²⁵ Nach zehn Jahren „Rettung von Kulturgut“ widmete sich das Kulturwerk der Ordnung und Erschließung der gesammelten Bestände, um diese besser nutzbar zu machen. Zu diesem Zweck veröffentlichte es eine Reihe von Katalogen und Präsentationsschriften.¹²⁶ Die Diskussionen um die Stiftungsgründung boten die Gelegenheit, auf die Situation des NOKW im Allgemeinen einzugehen. Gehrman zufolge konnte das Kulturwerk nur als Teil eines „Verbundsystems“ mit der Akademie und dem Studienkreis für Kulturbeziehungen verstanden werden. Auch nach der rechtlichen

Trennung habe es in der „Arbeits- und Institutsgruppe Lüneburg“ eine enge Zusammenarbeit sowie persönliche und räumliche Überschneidungen gegeben.¹²⁷

Parallel dazu stellte sich die Raumfrage für das stetig wachsende Archiv und das NOKW immer drängender. Im September 1970 ging das Brömsehaus in den Besitz der Stadt Lüneburg über. Das NOKW bzw. das Deutsche Archiv für Kulturgut des Nordostens und die Carl-Schirren-Gesellschaft konnten ihre jeweiligen Räumlichkeiten weiter nutzen. Dennoch waren die folgenden Jahre von einem angespannten Verhältnis zwischen dem Archiv und der Stadt geprägt, vor allem infolge eines Diebstahls im August 1972, nachdem die Stadt bauliche Maßnahmen wie die Sicherung der Fenster mit Gittern zurückgewiesen hatte.¹²⁸ Als die Stadt ab 1976 eine größere Renovierung der Gebäudefassade in Angriff nahm, wurde immer noch berichtet, dass Archivmaterial in Pappkartons gelagert werden müsse.¹²⁹

Da die „Raumfrage immer bedrohlichere Ausmaße“ annahm und die Nutzbarkeit von Archiv und Bibliothek erheblich beeinträchtigte, begann das NOKW unter dem Stichpunkt „Nordost-Bibliothek“ mit



Abbildung 6: Stilisierte Ansicht des Anbaus zum Brömsehaus in der Conventstraße 1, in dem das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk beheimatet war

der Planung eines Anbaus an das Gebäude Am Berge 35.¹³⁰ Die Bibliothek war von Anfang an als qualitativer Umbruch konzipiert: als „Verbindungs- und Leitstelle zwischen den entsprechenden Archiven und Bibliotheken, Kultureinrichtungen der nordostdeutschen Verbände, Institutionen etc.“¹³¹ Dank einer gemischten Förderung durch die VolkswagenStiftung und sogenannte Zonenrandmittel des BMB wurde der Bau zwischen Dezember 1978 und Januar 1980 realisiert und die Nordost-Bibliothek am 28. März 1980 feierlich eröffnet.¹³² Drei Jahre später kaufte die Carl-Schirren-Gesellschaft das Gebäude und war fortan bis weit in die 2010er Jahre die Vermieterin des NOKW bzw. des IKG.¹³³

Die Nachfolgerkrise der Akademie

Der Bau der Nordost-Bibliothek war Teil eines größeren Umbruchs in der Arbeit von NOKW und Akademie. In der Zeit vor seiner Pensionierung im Sommer 1979 war Gehrman, der langjährige Leiter beider Institutionen, sehr darum bemüht, einem „Abdriften“ der Akademie weg vom NOKW, welches durch die räumliche Trennung an Gewicht gewinnen würde, vorzubeugen. Wie er dem zuständigen Referenten im BMI schrieb, wäre seine Ideallösung eine Fusion der beiden Institutionen bei alleiniger BMI-Förderung gewesen.¹³⁴ Diese blieb offenkundig aus. Auf einer gemeinsamen Sitzung der beiden Vorstände im Juni 1979 wurde schließlich der Beschluss gefasst, die Verbindung weiter zu pflegen.¹³⁵

In der Ost-Akademie führte Gehrmanns Abgang zu einer Nachfolgerkrise. Innerhalb von zwei Jahren wechselten sich drei neue Leiter ab: Auf den früheren Mitarbeiter Werner Riese folgte kurze Zeit später Hans-Joachim Pfüller, der seinen Posten auf Wunsch des BMB aber schon bald verlor. Im September 1980 wurde schließlich der Historiker Wolfgang Geierhos, der erst gut ein Jahr zuvor zur Akademie gekommen war, zum neuen Leiter ernannt. Eine angedachte Erhöhung des Förderungsanteils des Landes Niedersachsen blieb jedoch aus, sodass die Akademie zeitweise nur drei wissenschaftliche Mitarbeiter

beschäftigen konnte. Ab 1981 stabilisierte sich die Lage wieder,¹³⁶ sodass die Akademie zwei Jahre später mit fünf wissenschaftlichen Stellen ihr übliches Bildungsangebot und ihre Forschung zu den deutsch-deutschen Beziehungen sowie zu neueren Themen wie der DDR-Jugendforschung und der Sicherheitspolitik bereitstellen konnte.¹³⁷

Auch inhaltlich markierten die 1980er Jahre eine Zäsur: Nach dem „Ausscheiden der ‚Männer der ersten Stunde‘“¹³⁸ wurde auch die Frage nach der „gesamtdeutschen“ Grenze als geklärt betrachtet und die Akademie rückte von ihrem systemkonfrontativen Kurs ab. Einige Neuerungen unter Geierhos führten zu Unmut beim fördernden BMB. Glaubt man der diesbezüglichen Berichterstattung, setzte das Ministerium 1985 die Entlassung von Geierhos durch. Dieser, selbst SPD-Mitglied, sah sich als „Opfer der politischen Wende“ und einer engen Auslegung der deutschlandpolitischen und kulturpflegerischen Ziele der Akademie.¹³⁹ Zu seinem Nachfolger wurde der vorherige Studienleiter Bernhard Schalhorn ernannt, der den Öffnungskurs im Wesentlichen fortsetzte. Eine Wanderausstellung über Jugendliche in der DDR, die den Alltag in den Fokus rückte, illustrierte 1987 den neuen Anspruch, „ein differenziertes DDR-Bild zu schaffen“.¹⁴⁰

Trotz aller Vorkehrungen und eines bleibenden Austauschs entwickelte sich die Akademie durch die personelle und räumliche Trennung in den 1980er Jahren zunehmend vom NOKW weg. Die 1982 noch beobachtete Verwechslung beider Institutionen¹⁴¹ verschwand mit der Etablierung des NOKW an seinem neuen Standort.

Das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk

Beim Kulturwerk verliefen der Rücktritt und die Nachfolge von Gehrman harmonischer. Ischreyt, dessen Studienkreis für Kulturbeziehungen ebenfalls an das NOKW übergang, übernahm Anfang 1980 die neu geschaffene Stelle des Institutsleiters am NOKW und hatte diese bis zu seiner Pensionierung im April 1982 inne.¹⁴² Auf Wunsch des BMI wurde für seine Nachfolge erstmals ein Ausschreibungsver-

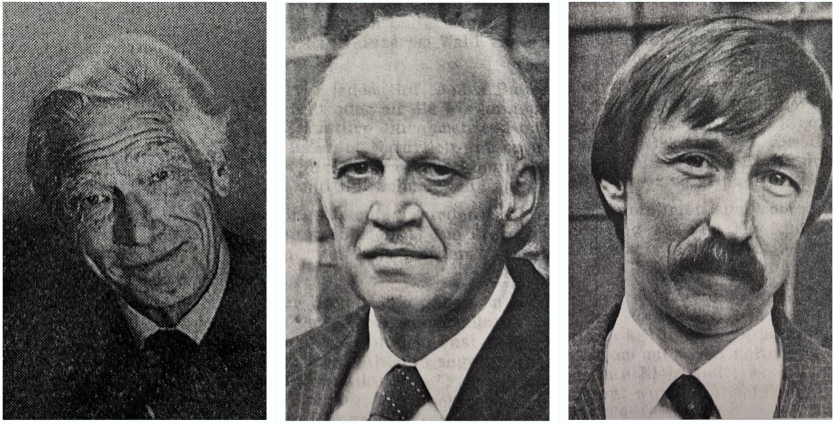


Abbildung 7: Drei Direktoren des NOKW zu Beginn der 1980er Jahre. Von links nach rechts: Karl-Heinz Gehrmann, Heinz Ischreyt und Eckard Matthes

fahren durchgeführt, in dessen Folge der Historiker Eckhard Matthes als neuer Leiter eingestellt wurde. Dieser kam vom Außenamt der Freien Universität Berlin, wo er den wissenschaftlichen Austausch mit Standorten in Osteuropa, insbesondere mit der Staatlichen Universität Leningrad, betreut hatte. Gehrmann wurde 1981 im Namen der Kontinuität zum neuen Vorstandsvorsitzenden des NOKW e. V. gewählt¹⁴³ – ein Amt, das er bis zu seinem Rücktritt im Jahr 1987 ausübte.

Neben seinen bisherigen Aktivitäten zur Rettung und Sammlung von Kulturgut entwickelte das NOKW zunehmend ein Profil als Forschungsstelle. So enthält der Arbeitsbericht von 1979 erstmals einen Abschnitt zur „Wissenschaft“. Die Forschungsvorhaben werteten vor allem die eigenen Archivbestände aus. Dazu zählten die Projekte von Eckhard Jäger zur „Historischen Kartographie“ und zu Veduten – historische Stadtansichten – der Karten- und Grafiksammlung. Im Jahr 1981 organisierte das NOKW das erste von mehreren Internationalen Veduten-Kolloquien, an dem auch Teilnehmende aus dem östlichen Europa teilnahmen.¹⁴⁴

Nach der Eröffnung der Nordost-Bibliothek trat das NOKW nach außen hin als „Institut“ auf, das aus Bibliothek, Archiv und eigenem

Verlag bestand. Bis 1983 waren die Bestände neu geordnet und katalogisiert, sodass die Bibliothek ihre Funktion als Forschungs- und Beratungsstelle voll aufnehmen konnte. Zu diesem Zeitpunkt verabschiedete sich der langjährige Archivleiter Bong in den Ruhestand, womit auch der von ihm geliehene Teil der Bestände – die Baltische Zentrale Bibliothek (BZB)¹⁴⁵ – das NOKW verließ. Nach einer Ausschreibung wurde der Historiker Rex Rexheuser neuer Leiter des Archivs, das fortan als Nordostdeutsches Archiv firmierte.¹⁴⁶ Im November 1983 präsentierte sich das Institut der Öffentlichkeit unter anderem durch eine Ausstellung zum Thema „Reisen zwischen Lübeck und Sankt Petersburg“ sowie durch eine beziehungshistorische Tagung mit dem Titel „Völker im Nordosten. Das Bild vom Anderen in Geschichte und Gegenwart“.¹⁴⁷

Im April 1983 schlug Matthes vor, das Institut in „Nordost-Institut“ umzubenennen. In einem entsprechenden Vermerk führte er aus: „Das Institut ist heute unter anderen Forschungsinstituten, die sich mit Regionalforschung Osteuropas befassen, die einzige Stelle dieser Größenordnung, an der sich Sammel- und Forschungsarbeit auf den Nordosten Europas bezieht“. Der neue Name sollte die Außenwirkung verbessern, nachdem die Bezeichnung „Nordost-Bibliothek“ bereits eine gute Resonanz erfahren hatte. Gleichzeitig verband Matthes den Namenswechsel mit der Ambition, „innerhalb der Osteuropa-Regionalwissenschaften [...] die Nordost-Region konzeptionell präziser zu fassen“.¹⁴⁸

Der Vorstand des NOKW stimmte Matthes' Vorschlag zu. In Anwesenheit eines BMI-Vertreters, der sich der Stimme enthielt, wurde beschlossen, das Institut solle mit diesem neuen Namen „in gebotener Ergänzung der Regionalforschung Osteuropa exemplarisch für den Nordosten den Anteil der Deutschen an der Geschichte und Kulturgeschichte zum Gegenstand der Arbeit [...] machen.“¹⁵⁰ Auch von den Anwesenden auf der folgenden Mitgliederversammlung kamen nur wenige Einwände bezüglich der Streichung des Wortes „Deutsch“ aus dem Namen. Wie der Vorstandsvorsitzende Gehrman zum Abschluss

Der „Nordosten“

Der Begriff des „Nordostens“ prägt die Arbeit des NOKW und des IKGK seit deren Gründung. In gewisser Weise haben das Kulturwerk und sein Nachfolger auch zu seiner Etablierung als gemeinsame Bezeichnung für ein in vielerlei Hinsicht heterogenes Gebiet beigetragen. Wie der Nordosten zu verstehen ist, hat sich mit der Zeit stark gewandelt. Grob gefasst stehen sich zwei Konzeptionen gegenüber. Das von Boehm propagierte und in den 1950er und 1960er Jahren dominierende Verständnis von „Nordostdeutschland“ sah diese Region in erster Linie als Zusammenschluss ehemaliger deutscher Provinzen bzw. Siedlungsgebiete: Mark Brandenburg, Mecklenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen und das Baltikum. Demzufolge teilten die Deutschen aus diesen Gebieten gewisse kulturelle Eigenschaften. Später setzte sich zunehmend das Verständnis eines nordöstlichen Europas bzw. eines nördlichen Mitteleuropas durch. „Nordosteuropa“, wie es das langjährige NOKW-Mitglied Klaus Zernack definierte, bezeichnet ein Gebiet an der Schwelle zwischen Nord- und Osteuropa. Es ist durch kulturelle Vielfalt und Verflechtungen geprägt und stand unter dem Einfluss der benachbarten Imperien Deutschland, Russland und – in geringerem Maße – Schweden. Als geschichtswissenschaftlicher Begriff bezeichnet „Nordosten“ weniger ein konkretes Territorium als eine Herangehensweise, um auf bestimmte geteilte Erfahrungen hinzuweisen.¹⁴⁹

anmerkte, sei „der Verdacht, mit der Namens Kürzung sei eine Art von ‚Entnationalisierung‘ des Instituts bezweckt, schon deshalb abwegig [...], weil er selbst sie unterstützt.“¹⁵¹ Bis zum geplanten Namenwechsel per Satzungsänderung sollte der Name „Nordost-Institut“ verwendet werden.

Im August und September 1983 beklagte sich der CDU-Bundesabgeordnete und BdV-Präsident Herbert Czaja wiederholt beim BMI über die Arbeit des NOKW. Im Kontext von Verteilungskonflikten zwischen Vertriebenenverbänden und Kulturwerken hatte sich Czaja als Verfechter einer engen Auslegung der Förderung deutschen Kulturguts

positioniert.¹⁵² Sowohl der neue Name als auch die in den Arbeitsplänen genannten neuen Schwerpunkte waren seiner Meinung nach mit § 96 nicht vereinbar. Hinzu kam, dass im Programm der dritten Veden-Tagung (Oktober 1983) die Titel der Referate von Teilnehmenden aus dem östlichen Europa statt der deutschen Bezeichnungen die polnischen oder tschechischen Namen einzelner Städte nannten. So forderte Czaja das BMI auf, zu prüfen, ob das NOKW weiterhin den Grundsätzen seiner institutionellen Förderung entspreche.¹⁵³

Das BMI leitete die Fragen zunächst an das NOKW weiter und bat um eine Stellungnahme zur Konformität mit § 96.¹⁵⁴ Zudem wurde das Kulturwerk aufgefordert, die Nutzung des Namens „Nordost-Institut“ zu unterlassen. In dem entsprechenden Vermerk interpretierte der BMI-Referent diese Probleme als „Anlaufschwierigkeiten durch Neubesetzung der Direktorenstelle“ und setzte auf eine Beschwichtigung des BdV.¹⁵⁵ Der Vorstand des NOKW legte das Thema Namensänderung ad acta.¹⁵⁶ Ein Besuch des BMI-Ministerialdirektors Sieghardt von Köckritz im Januar 1984 bot die Gelegenheit, die geplanten Aktivitäten im Detail zu präsentieren und ihre Konformität mit den Belangen der Kulturarbeit gemäß § 96, also der „Darstellung des nordostdeutschen Beitrags zu unserer Kultur sowie seiner Ausstrahlungen und Wechselbeziehungen zum Umfeld“, zu belegen. Dazu zählten beispielsweise publikumswirksame historische Dokumentationen, der Aufbau einer „zentralen Auskunftsstelle“ für den „nordostdeutschen Raum“, landeskundliche Arbeiten und die weitere Rettung von Kulturgut. Auch die Zusammenarbeit mit den Vertriebenenverbänden sollte verbessert werden.¹⁵⁷

Wie bei den vorherigen Annäherungsversuchen kam es auch bei den folgenden Treffen mit Vertretern der nordostdeutschen Landsmannschaften im März 1984 und Januar 1985 lediglich zu den „üblichen“ Absichtserklärungen: Man wollte bei Publikationen und Archivarbeit enger kooperieren und sich gegenseitig besser über die jeweiligen Aktivitäten informieren.¹⁵⁸ In dieser Zeit versuchten die Landsmannschaften, ihre Mitgliedschaft im NOKW als juristische Per-

sonen durchzusetzen, um über die Vereinsgremien dessen Arbeit aktiv zu beeinflussen.¹⁵⁹ Doch wehrte sich der Vorstand, der das alleinige Berufsrecht für neue Mitglieder hatte, auf Anraten Gehrmanns erfolgreich gegen eine entsprechende Satzungsänderung. Als Mitglieder kämen nur natürliche Personen infrage, deren „Würdigkeit“ für die Unterstützung des NOKW und seiner wissenschaftlichen Unabhängigkeit nachgewiesen worden sei.¹⁶⁰ Auch könne es, so der Vorstand, „nicht im Interesse der ostdeutschen Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG sein, [...] die Kulturwerke zu verlängerten Armen der Verbände zu machen.“¹⁶¹

Tatsächlich verfolgte das NOKW in den 1980er Jahren entsprechend seiner wissenschaftlichen Ausrichtung eine Mitgliederpolitik, die es zunehmend von den Vertriebenenverbänden emanzipierte: Durch die Aufnahme zahlreicher Hochschulprofessoren, Wissenschaftler und mancher Mitglieder des Sammlerkreises wuchs die Mitgliederzahl von ca. 20 in den vorangegangenen Jahrzehnten auf das Doppelte. Der Frauenanteil blieb dabei mit zwei bis drei Personen verschwindend gering.¹⁶²

Ein Forschungs- und Informationszentrum

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre festigte das NOKW seine Stellung als öffentlichkeitswirksames Forschungs- und Informationszentrum. Nach den vorangegangenen Auseinandersetzungen achtete es bei allen Innovationsversuchen aber offensichtlich darauf, der politischen Nachfrage nach einem Fokus auf die Deutschen gerecht zu werden. So war die erste Vortragsreihe des Instituts 1985/1986 dem Thema „Geschichte Ostdeutschlands und der Deutschen in Osteuropa“ gewidmet. Nach einführenden Vorträgen zur Problematisierung von Begrifflichkeiten wie „ostdeutsch“ wurden jeweils einzelne Regionen des „Nordostens“ (Preußen, Pommern, die baltischen Länder usw.) behandelt.¹⁶³ Die Inhalte dieser Vorträge wurden im Anschluss in der eigens dafür eingerichteten Buchreihe „Lüneburger Vorträge zur Geschichte Ostdeutschlands und der Deutschen in Osteuropa“ im

Eigenverlag publiziert. Einige Jahre später waren die NOKW-Vorträge in Lüneburg so etabliert, dass größere Räumlichkeiten gebucht werden mussten.¹⁶⁴

Außerdem vernetzte sich das NOKW zusehends enger mit Universitäten. Neben den Initiativen von Matthes kam dabei dem Historiker Karl-Heinz Ruffmann eine wichtige Rolle zu. Er übernahm 1987 auf Anraten Gehrmanns den Vorstandsvorsitz des Vereins und brachte sein wissenschaftliches Netzwerk ein.¹⁶⁵ Auch der Kontakt mit anderen Kulturwerken wurde gepflegt. So nahmen beispielsweise die Leiterin des Südostdeutschen Kulturwerks und der Leiter des kurz zuvor gegründeten Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte jeweils an den Mitgliederversammlungen 1987 und 1989 teil.¹⁶⁶

Neben der Erweiterung um neue Archivbestände, wie etwa eine bedeutende Postkartensammlung ab 1986,¹⁶⁷ unternahm das Institut erste Gemeinschaftsprojekte mit Hochschulen. Ein Pilotprojekt war ein Dissertationsvorhaben zur Geschichte der Goetheschule Graudenz. Die auf der Sammlung von Schulprogrammschriften basierende Studie ging auf eine Initiative ehemaliger Schüler zurück, die diese mitfinanzierten. Das Stipendium erhielt ein Doktorand des NOKW-Mitglieds Klaus Meyer an der Freien Universität Berlin. Wie Matthes betonte, illustrierte dieses Projekt „die Aufgabenstellung des Institutes, inhaltlich-vermittelnd wie organisatorisch-verbindend zu wirken und damit Wege zu eröffnen, die zunächst herkömmlichen Regeln nicht folgen.“¹⁶⁸ Die schließlich Anfang der 1990er Jahre publizierte Arbeit war auch der Anlass für eine kleine Schriftenreihe mit dem Titel „Beiträge zur Schulgeschichte“.¹⁶⁹

Durch Partnerschaften mit Universitäten, vor allem in Hannover, Hamburg und Lüneburg, setzte sich das NOKW für eine verstärkte Verankerung ostdeutscher Landesgeschichte an den Hochschulen ein. Die Zusammenarbeit mit dem BMI gestaltete sich trotz eines erneuten Vorstoßes zur § 96-Konformität der Kulturwerke von Czaja Anfang 1989¹⁷⁰ zu dieser Zeit weitgehend harmonisch. So wurde dem NOKW im Rahmen des „Archiv-Projektes“ der Auftrag erteilt, allgemeine

Richtlinien für die Archivarbeit mit ostdeutschem Kulturgut zu entwickeln. Die Ergebnisse, die auf der Arbeitserfahrung des Nordostdeutschen Archivs unter Rexheuser und Abstimmungen mit zahlreichen weiteren Archiven und Heimatstuben beruhten, wurden 1989 in einer Musteranleitung publiziert.¹⁷¹

Bis Ende der 1980er Jahre hatte sich das Nordostdeutsche Kulturwerk zu einem wichtigen lokalen und überregionalen Akteur der Geschichtsforschung mit Fokus „auf den geographischen Nordosten Deutschlands und die Nachbarn im Norden Ostmitteleuropas“ etabliert. Mit einem Haushalt von über einer Million DM und insgesamt 18 Arbeitsstellen war es deutlich größer als noch zu Beginn des Jahrzehnts. Seine verschiedenen Abteilungen – Bibliothek, Archiv und Verlag – bauten aufeinander auf und boten die Grundlage für die Förderung eigener und fremder wissenschaftlicher Arbeiten.¹⁷² Ein Alleinstellungsmerkmal des Instituts lag inhaltlich auf der Alltagsgeschichte, wie es in einem Porträt des Instituts in der Lüneburger Landeszeitung hieß:

„Aber nicht den Prominenten, den Bedeutenden, den Machern einer geschichtlichen Völkerwanderung gilt heute in Lüneburg das Interesse einer kleinen Gruppe von Wissenschaftlern. Es gilt den Millionen von Namenlosen aus drei Generationen. Das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk fügt ihre Schicksale Steinchen für Steinchen zu einem Mosaik des Alltags in einer untergegangenen Welt von gestern und vorgestern.“¹⁷³

Dieser Fokus auf die große Geschichte im Kleinen zeichnete die Originalität der archivalischen und Forschungsarbeiten des NOKW aus. Wie Rexheuser beschrieb, waren seine „archivalischen Sammlungen“ darauf ausgelegt, Materialien, die weder von öffentlichen Archiven noch von Museen oder Bibliotheken gesammelt wurden, systematisch zu erfassen und für Forschungszwecke verfügbar zu machen.¹⁷⁴ In dieser Vermittlungsrolle zwischen der Welt der Heimatstuben und der der wissenschaftlichen Arbeit in Archiven und an Universitäten lag das Alleinstellungsmerkmal des NOKW, das seine Anschlussfähigkeit an die Veränderungen rund um das Jahr 1990 gewährleistete.

4. Nach der Wende: 1990 bis 2002

Nach 1990 intensivierte das Nordostdeutsche Kulturwerk sowohl seine wissenschaftliche Tätigkeit als auch seine internationalen Verflechtungen mit dem östlichen Europa. Es entwickelte sich zunehmend zu einem Institut für Regionalforschung. In dieser Zeit entstand auch das Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung des Göttinger Arbeitskreises, mit dem das NOKW zehn Jahre später fusionieren sollte.

Ende der 1980er Jahre verabschiedete die Bundesregierung ein neues „Aktionsprogramm“ zur Kulturförderung gemäß § 96, das die „Organisationsstruktur der ostdeutschen Kultureinrichtungen“ zu verbessern suchte.¹⁷⁵ Die grundsätzliche Kritik an dieser Kulturförderung seitens der politischen Opposition blieb bestehen und wurde um neue Aspekte ergänzt. Vor dem Hintergrund der relativen Öffnung der Sowjetunion und weiterer osteuropäischer Länder im Kontext der Perestroika schlug die SPD vor, auch die Deutschen im östlichen Europa, die in ihren jeweiligen Ländern geblieben waren, bei ihrer Kulturpflege zu unterstützen.¹⁷⁶ Im Hinblick auf die allgemeine Einwanderung nach Deutschland vertraten die Grünen im März 1989 die Ansicht, es gebe keinen Grund, „die ostdeutsche Kulturarbeit gegenüber anderer multikultureller Kulturarbeit von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Arbeitsemigranten zu privilegieren.“¹⁷⁷

In dieses politische Spannungsfeld fielen die schnellen Ereignisse um den Mauerfall Ende 1989, die deutsche Wiedervereinigung ein Jahr später sowie die schrittweise Auflösung des Warschauer Pakts und der Sowjetunion bis Dezember 1991. Die neue politische Lage veränderte den Umgang mit der „deutschen Kultur des Ostens“ qualitativ. Wie Bundeskanzler Helmut Kohl es im Januar 1991 formulierte:

„Die Öffnung unserer östlichen Nachbarländer für Europa und ihr Bekenntnis zur gesamteuropäischen Kultur schaffen eine neue, vielversprechende Grundlage für ein wesentliches

Anliegen: Dort haben Deutsche in vielen Jahrhunderten ein unverlierbares kulturelles und geschichtliches Erbe aufgebaut. Dies wollen wir gemeinsam mit unseren Nachbarn erforschen, pflegen und erhalten. Wir wollen dabei den Reichtum unserer Kultur in einen schöpferischen Dialog mit unseren europäischen Nachbarn im Osten einbringen.“¹⁷⁸

Nicht nur die erheblich steigende Einwanderung von deutschen Aussiedlern bzw. Spätaussiedlern in den 1990er Jahren stieß die Erweiterung der Arbeit nach § 96 an.¹⁷⁹ Der nun mögliche direkte Zugang zu Archiven und Kulturstätten und die Intensivierung der politischen Beziehungen zu den Staaten im östlichen Europa, die – in der bevormundenden Sprache dieser Zeit – „einen Weg zur europäischen Normalität“ einschlugen, veränderten ebenfalls die Auslegung des § 96.¹⁸⁰ Gerade die gemeinsame Beschäftigung mit schwierigen Themen sollte zu einer Friedenspolitik beitragen. So wurde beispielsweise 1992 der Fördertitel „Unterstützung von Maßnahmen der Vertriebenen zur Förderung des friedlichen Miteinanders mit den Völkern Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas“ eingeführt.¹⁸¹ Alles in allem war „grenzüberschreitende Kulturarbeit“ das Schlagwort der 1990er Jahre im § 96-Bereich und wurde vom fördernden BMI aktiv eingefordert.¹⁸²

Mit dieser Ausrichtung ging eine Abkehr von den etablierten, volkstumsbetonten Begrifflichkeiten einher. So verschwand der Begriff „Ostdeutschland“ als Bezeichnung für Gebiete jenseits der nun endgültig fixierten Ostgrenzen aus dem offiziellen Sprachgebrauch zugunsten von Bezeichnungen wie Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa. Anstelle der im Kontext von § 96 häufig verwendeten Bezeichnung „ostdeutsche Kultur“ traten Ausdrücke wie „Deutsche Kultur des Ostens“.¹⁸³ Die Betrachtung der kulturellen Beziehungsgeflechte um die und mit den Deutschen, die kurz zuvor noch als Abweichung vom Kerngeschäft der Kulturpflege nach § 96 kritisiert worden war und die der Studienkreis für Kulturbeziehungen in Lüneburg eingeführt hatte, wurde in den 1990er Jahren zum Standard.

Das Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung

Im Zuge der weiterhin angestrebten Stärkung der wissenschaftlichen Erforschung der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa entstanden neue Institutionen. Zunächst wurde 1989 das bereits erwähnte „Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte“ gegründet; hier wurde das „ostdeutsche“ erst 2000 durch „Deutsche im östlichen Europa“ ersetzt. Als Bundesbehörde kam dem Institut eine besondere Stellung in der Politikberatung zu. Im folgenden Jahr gründete der Göttinger Arbeitskreis das „Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung“, das später mit dem NOKW zum heutigen IKGN fusionierte.

Der Göttinger Arbeitskreis, der auch heute noch aktiv ist, wurde bereits im Jahr 1946 als Arbeitsgemeinschaft vertriebener Hochschullehrer gegründet, die zuvor vor allem in Königsberg aktiv gewesen waren. Max Hildebert Boehm war als Beiratsmitglied an seinem Aufbau beteiligt. Der zunächst als Gesellschaft bürgerlichen Rechts gegründete Arbeitskreis setzte sich für den „deutschen Rechtsanspruch auf die Ostgebiete“ ein.¹⁸⁴ Als er sich 1958 in einen Verein umwandelte, definierte er seinen Zweck als die „Erforschung aller Probleme, die mit der Deutschlandfrage, den deutschen Vertriebenen und ihren Heimatgebieten zusammenhängen“. Dies drückte sich vor allem in einer regen Publikationstätigkeit aus. Unter der Leitung von Boris Meissner (1965–2000) näherte sich der Göttinger Arbeitskreis der „traditionellen deutschen Osteuropaforschung“.¹⁸⁵

Der Göttinger Arbeitskreis wurde, ebenso wie das NOKW, von seiner Gründung an vom Bund und vom Land Niedersachsen gefördert. Allerdings strich die Bundesregierung die Förderung im Zuge der Ostpolitik in den 1970er Jahren. Dank des Engagements einer Freundesgesellschaft standen dem Arbeitskreis jedoch weiterhin begrenzte Mittel zur Verfügung, um seine Arbeit an deutschlandpolitischen Themen fortzuführen. Erst 1987 konnte mit Unterstützung des Landes Niedersachsen wieder ein wissenschaftlicher Mitarbeiter eingestellt werden. Alfred Eisfeld sollte sich mit der Lage der Deutschen in

der Sowjetunion beschäftigen. Wenige Wochen vor dem Mauerfall beschloss der Vorstand, das „Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung“ zu gründen. Ein Jahr später wurde dieser Beschluss umgesetzt. Das Institut sollte sich sowohl den „äußeren Aspekten der Wiedervereinigung Deutschlands“ als auch seinen Beziehungen zu den Nachbarstaaten im Osten widmen. Das Institut wurde vom BMI zunächst per Projektförderung und ab 1994 per institutioneller Förderung unterstützt, wodurch es einen kleinen Stab an wissenschaftlichen Mitarbeitern beschäftigen konnte.¹⁸⁶

In den zehn Jahren seiner Existenz als eigenständige Einrichtung nutzte das Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung die relative Öffnung der Wissenschaft in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, um Kooperationen mit Archiven und Forschungseinrichtungen einzugehen. Durch die Organisation internationaler Symposien und zahlreiche Archivreisen baute es ein Netzwerk aus Partnern auf – zunächst überwiegend in Russland und der Ukraine, in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre aber auch in Zentralasien (Kasachstan und Kirgistan) und im Südkaukasus (Aserbaidschan). Hinzu kamen die baltischen Staaten, denen im Institut eine eigene Abteilung gewidmet wurde. In den Tagungen und Publikationen des Instituts waren die Geschichte, Kultur und aktuelle Lage der deutschen Gemeinschaften in den jeweiligen Ländern das bei weitem dominierende Thema.¹⁸⁷ Mit seiner Archivarbeit vor Ort leistete das Institut in diesem Bereich durch eine „Erweiterung der Quellenbasis“ Grundlagenarbeit für weitere Forschungen.¹⁸⁸

Ein weiterer Schwerpunkt, vor allem in den ersten Jahren nach der Wende, waren der „Systemwandel“ und die „Demokratisierung“ in den einstigen „Oststaaten“ – ganz im Geiste der Transitologie, die anfangs ein dominierendes Paradigma in der Erforschung der postsozialistischen Staaten darstellte. So befassten sich frühe Symposien mit Themen wie „Systemwandel und Systemänderung in Ostmitteleuropa und in der DDR“ (1990) oder „Der Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung in den baltischen Staaten“ (1994). Schließlich widmete

sich das Institut – vor allem in den Arbeiten von Meissner – auch Themen der internationalen Beziehungen und der Geschichte der Deutschlandpolitik sowie regionalwissenschaftlichen Themen.¹⁸⁹

Zu diesem Zeitpunkt stand das Institut aufgrund knapper Haushaltsmittel und geplanter Kürzungen im § 96-Bereich auf der Streichliste der Bundesbehörden. Wie das NOKW mobilisierte es Unterstützung im In- und Ausland und konnte so zunächst erhalten werden – allerdings als Außenabteilung des neu gegründeten IKGN.¹⁹⁰

Das Ende der Ost-Akademie

Anders erging es der Ost-Akademie, die im Frühjahr 1993 mit etwas Verspätung ihr vierzigjähriges Bestehen feierte. Zu diesem Anlass zog die Einrichtung eine Bilanz ihrer bisherigen Leistungen: Sie hatte über 2 000 Lehrveranstaltungen durchgeführt, die über die Jahre etwa 70 000 Teilnehmende erreicht hatten. Aufgrund des Wandels der zuvor bestimmenden gesamtdeutschen Thematik und der neuen Möglichkeiten, die sich ab 1990 eröffneten, positionierte sich die Akademie neu. Sie fand eine neue Zielgruppe in den „Multiplikatoren“ aus dem östlichen Europa, die sich für Demokratisierung und den Aufbau zwischenstaatlicher Beziehungen einsetzen sollten.¹⁹¹

Wie Direktor Schalhorn betonte, machten internationale Gäste seit 1990 etwa die Hälfte der Belegungskapazitäten der Akademie aus: „Der Aufbau von Demokratie und Recht in den nun unabhängigen Staaten wird in Bildungsveranstaltungen gefördert, die Zusammenhänge, die sich aus der gemeinsamen Geschichte der Deutschen und ihrer Nachbarn ergeben, und die gemeinsamen Aufgaben von heute bestimmen Themen und Arbeitsweise der Seminare und der Publikationen.“¹⁹² Ein weiterer Fokus der Akademiearbeit in den 1990er Jahren, die einen Teil ihrer Finanzierung auch über Mittel gemäß § 96 erhielt, lag auf der Geschichte und Kultur Ostpreußens. Dabei spielten die neue Zugänglichkeit des Gebiets Kaliningrad und die offeneren Beziehungen zu Polen eine wichtige Rolle.¹⁹³

Trotz der Anpassungsleistungen an die neuen politischen Bedingungen wurde bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre das Ende der Akademie eingeleitet. Laut eines Beschlusses aus dem Jahr 1997 sollte die Bundesförderung schrittweise reduziert und ab 2002 vollständig eingestellt werden.¹⁹⁴ Zwar konnte diese Frist leicht verschoben werden, doch letztlich konnte sich die Akademie ohne Bundesförderung nicht halten und löste sich im Jahr 2005 auf. Damit war sie eine von mehreren wissenschaftlichen und Bildungseinrichtungen mit Bezug zum östlichen Europa, die in den frühen 2000er Jahren geschlossen wurden.¹⁹⁵

Die Internationalisierung des NOKW

Für das NOKW, das sich mit seinem Institut im Laufe der 1980er Jahre in vielerlei Hinsicht als Vorreiter positioniert hatte und sich darum bemühte, „konzeptionell zu entwickeln und exemplarisch vorzuführen, was ein ‚Kulturwerk‘ im Rahmen einer allgemeinen Konzeption der Kulturarbeit leisten könne“,¹⁹⁶ kam die Wende wie eine Bestätigung der bisherigen Entwicklungen. Wie Institutsleiter Matthes im April 1990 an Sieghardt von Köckritz, den zuständigen Abteilungsleiter beim BMI, schrieb:

„Wir gehen davon aus, daß eine Grenzregelung im Osten die von unserem Institut wahrgenommene Kulturarbeit nicht überflüssig, sondern zunehmend notwendiger werden läßt. [...] Die aktuelle Entwicklung, welche aus der politischen Öffnung Osteuropas resultiert, stellt an das Institut die Anforderung, durch seine wissenschaftliche Arbeit dazu beizutragen, daß eine Versöhnung mit den Nachbarn nicht auf der Grundlage des Vergessens, sondern der einer gemeinsamen Erinnerung und des zuverlässigen Wissens erreicht wird“¹⁹⁷

Das Institut wurde schnell zu einer Anlaufstelle für internationale wissenschaftliche und archivarische Initiativen, vor allem aus Polen und den baltischen Staaten. Bereits im Oktober 1990 berichtete die Lokalpresse, es könne sich „vor Interesse von Wissenschaftlern aus dem

Osten [...] seit Monaten kaum noch retten“.¹⁹⁸ So wurde das NOKW beispielsweise aufgefordert, die Gründung eines Archivs und einer Universität im litauischen Klaipėda zu unterstützen.¹⁹⁹ Auch bei der Gründung eines Forschungszentrums für die Geschichte Westlitauens und Preußens in Klaipėda war das NOKW unterstützend beteiligt. Das Zentrum machte sich zur Aufgabe, an die „Traditionen der gemeinsamen Geschichte“ anzuknüpfen und zur Wiederherstellung der fruchtbaren deutsch-litauischen Beziehungen beizutragen.²⁰⁰ Sein erster Direktor, Alvydas Nikžentaitis, wurde 1993 das erste ausländische Mitglied des NOKW-Trägervereins.²⁰¹ In der Folge wurde es zu einem wichtigen Partner des NOKW, um das Forschungsdesiderat zur Geschichte des Memelgebiets und Litauens in internationaler Zusammenarbeit aufzugreifen.²⁰²

Das NOKW baute mit vielen anderen Orten in den baltischen Staaten, in Kaliningrad und Polen vielversprechende neue Partnerschaften auf. Es war als beratende Instanz am Abschluss und der Pflege einer Städtepartnerschaft zwischen Lüneburg und der estnischen Stadt Tartu im August 1993 beteiligt, die sich in der Folge in zahlreichen kulturellen, politischen und humanitären Initiativen entfaltete.²⁰³ In den folgenden Jahren besuchten zahlreiche Delegationen aus den baltischen Staaten und Polen Lüneburg.

Ergänzend diente die Nordost-Bibliothek immer häufiger als Serviceeinrichtung, um Informationen über die Geschichte und die aktuelle Lage der nun einfach zu bereisenden Gebiete zu liefern. Um die wachsenden Anfragen im Kontext eines „kulturell interessierten Tourismus“ zu bedienen, legte sie einen neuen Schwerpunkt auf Reiseliteratur und landeskundliche Informationen. Die im Jahr 1993 begonnene Vortragsreihe „Reiseziele im Ostseeraum“ war ein großer öffentlicher Erfolg.²⁰⁴ Im Jahr 1997 organisierte das NOKW zu einer ähnlichen Thematik die Ausstellung „Postkarten erzählen Geschichte“, die sich auf die eigene Postkartensammlung stützte.²⁰⁵

Die neu geknüpften Kontakte in das östliche Europa boten vor allem die Gelegenheit, sich dem Kernthema der Geschichte und

Die wichtigsten Kooperationspartner des Instituts Nordostdeutsches Kulturwerk 1996 - 1999

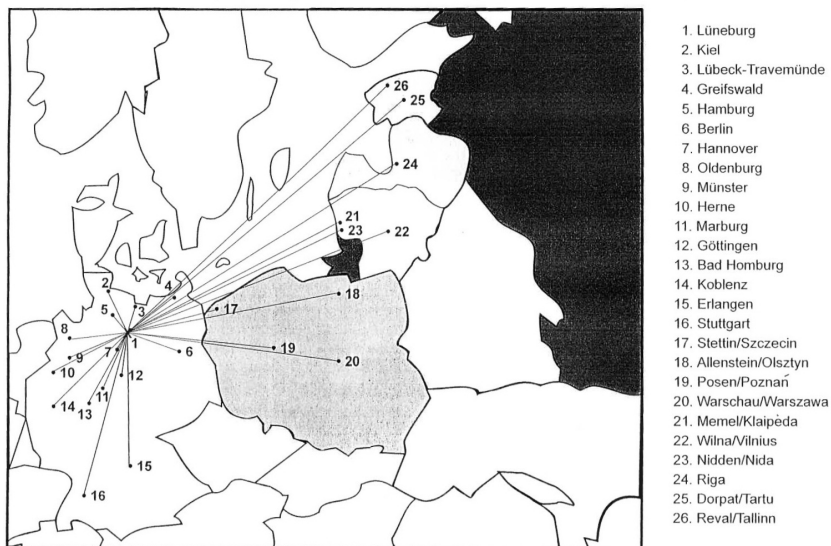


Abbildung 8: Die nationale und internationale Vernetzung des NOKW am Ende der 1990er Jahre

Kultur der deutschen Bevölkerung im nordosteuropäischen Raum aus neuen Perspektiven zu widmen. Im Winter 1991/1992 organisierte das NOKW eine Vortragsreihe mit dem Titel „Die Deutschen in der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa. Bestandsaufnahmen“, in der vor allem Wissenschaftler aus Polen und den baltischen Staaten zu Wort kamen.²⁰⁶ Nach einem ähnlichen Prinzip wurde auch die Konzeption der institutseigenen Zeitschrift „Nordost-Archiv“ erneuert: Statt der ursprünglichen „Zeitschrift für Sammler und Landeshistoriker“ wurde sie laut Untertitel zu einer „Zeitschrift für Regionalgeschichte“. Das Thema der Deutschen sollte fortan stets in seinem beziehungs- geschichtlichen Kontext behandelt werden, wobei Autorinnen und Autoren aus den Bezugsländern aktiv miteinbezogen werden sollten. Wie die Herausgeber der ersten Ausgabe dieser neuen Folge aus dem Jahr 1992 schrieben, sollte dieser Wechsel in erster Linie der „neuen politischen Wirklichkeit“ gerecht werden, die eine auf internationaler

Zusammenarbeit basierende Wissenschaft ermögliche, ja sogar zur Pflicht mache.²⁰⁷

Dies ging damit einher, dass das Profil als Forschungsinstitution gestärkt wurde, wobei die Forschung und die wissenschaftlichen Dienstleistungen in Bezug auf die Arbeitskapazitäten stets in einem Spannungsverhältnis standen. Das NOKW war durch seine Mitglieder sehr gut im Hochschulbereich vernetzt und förderte den wissenschaftlichen Nachwuchs durch Praktikumsplätze und Lehrveranstaltungen seiner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Mit dem Zugang neuer Mitarbeitender, die über regionale Expertise verfügten, veränderten sich die Forschungsschwerpunkte des Instituts hin zu Arbeiten zu den einzelnen baltischen Staaten und ihrer Verflechtungsgeschichte mit Deutschland bzw. den Deutschen und den deutsch-polnischen Beziehungen und den nördlichen Gebieten Polens. Infolge einer längerfristigen Verhinderung von Matthes wurde der Direktorenposten Mitte der 1990er Jahre vakant, woraufhin sich die Belegschaft in einer Art Kollektivführung selbst organisierte. Kommissarisch übernahm die Sabine Bamberger-Stemmann die Leitung, die sich mit den deutsch-polnischen Beziehungen befasste und seit 1992 am Institut tätig war. Damit leitete erstmals eine Frau das NOKW.

In den 1990er Jahren verstarben viele Angehörige der Erlebnisgeneration, die das Kulturwerk geprägt hatten. Mit dem Ableben von Ischreyt (1993), Müller-Sternberg (1994) sowie Gehrmann und Ruffmann (1996) verlor das Institut prägende Persönlichkeiten seiner Geschichte, die allesamt selbst noch aus dem östlichen Europa stammten. Der Großteil der Mitarbeitenden des NOKW in den 1990er Jahren hatte keinen unmittelbaren biografischen Bezug mehr zum Thema der Vertreibung. Dies bedeutete einen Perspektivenwechsel, aber keine Abkehr vom Thema. In diesem Sinne ließ sich Bamberger-Stemmann 1998 im „Ostpreußenblatt“ zitieren: „Und wenn wir auch ein junges Team sind, so haben wir doch für die Erinnerung und Erlebnisse der älteren Generation ein offenes Ohr und nehmen jedes Anliegen ernst. Schließlich wollen wir hier nicht im Elfenbeinturm sitzen, sondern

das Wissen um die reiche Kultur und Geschichte Nordostdeutschlands vermitteln.“²⁰⁸

Bei der Beschäftigung mit dem „deutschen Erbe“ vertrat das NOKW gegenüber dem BMI dezidiert einen kontextbezogenen Ansatz. Wie das Institut in seinem Arbeitskonzept Mitte 1997 hervorhob, basierte dies auf der grundlegenden Erkenntnis, „daß die Erforschung regionaler, historischer und gegenwärtiger Strukturen des nördlichen Ostmitteleuropas nur durch die Einbeziehung aller nationalen, kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte der in diesem Teil Europas bestehenden Staaten und ihrer Bevölkerungsgruppen über die Jahrhunderte möglich ist“.²⁰⁹

Angesichts der erneut schwierigen Haushaltslage des Bundes, von der vor allem die Kultur betroffen war, spiegelte dieses Konzept unter dem Stichwort der „Straffung“ der regionalen Gliederung die Bemühungen der Geldgeber wider, Redundanzen unter den geförderten Institutionen zu eliminieren. Das NOKW betonte seine Unterschiede zu ähnlichen Institutionen, vor allem zum Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung und zur Carl-Schirren-Gesellschaft, aber auch zu relevanten Landesmuseen, der Ost-Akademie und der Ostsee-Akademie (Lübeck-Travemünde) sowie zu den historischen Kommissionen. Es sei demnach durch seine regionale Expertise und seinen Schwerpunkt auf die baltischen Staaten und die Verbindung von eigener Forschung und Informationsvermittlung in der Bundesrepublik einzigartig.²¹⁰

Die abgewendete Schließung des NOKW

Nach dem anfänglichen Enthusiasmus der Wende nahmen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre – noch zu Zeiten der schwarz-gelben Bundesregierung – Umstrukturierungen und Einsparungen in der Kulturförderung ihren Lauf. In Lüneburg waren davon sowohl die Ost-Akademie als auch das Ostpreußische Landesmuseum betroffen, das aufgrund der gekürzten Landesförderung zeitweise vor der Schließung stand.²¹¹ Laut eines Presseberichts aus dieser Zeit sollten

ostwissenschaftliche Institute im Allgemeinen „auf ihre Notwendigkeit überprüft werden.“²¹²

Mit dem Regierungsantritt der rot-grünen Koalition Ende 1998 erhielt die Kulturarbeit des Bundes mit dem Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) einen eigenen Staatsminister, in dessen Kompetenzbereich auch die Kulturarbeit der Vertriebenen gemäß § 96 fiel. Der neue BKM-Ministerialrat Matthias Buth versicherte Anfang 1999, dass die Sorgen, die neue Regierung könne die Förderung nach § 96 einstellen, unbegründet seien. Im Gegenteil sei eine intensivier- te und konzentrierte Förderung notwendig.²¹³ Kurz darauf wurden jedoch Pläne bekannt, die Mittel für die Kulturarbeit der Vertriebenen um ca. zehn Prozent zu kürzen,²¹⁴ gefolgt vom Konzept einer bedeuten- den Umstrukturierung der Zuwendungsempfänger.

Den ersten Entwurf dieser Umstrukturierung stellte Kulturstaatsmi- nister Michael Naumann im Mai 1999 vor. Auch der BKM betonte die Bedeutung von Wissenschaftlichkeit und internationaler Anbindung, um etwaige Redundanzen und Selbstbezogenheit bei den Zuwen- dungsempfängern zu monieren. Im Namen einer „Verdichtung der institutionellen Vielfalt“ – bei gleichzeitiger Beibehaltung einer Struk- turierung nach Herkunftsregionen – sah das Konzept vor, zahlreiche bestehende Institutionen zusammenzulegen oder aus der Bundesför- derung zu streichen. Eine zentrale „Kulturstiftung östliches Europa“ sollte als Koordinationsstelle eingerichtet werden. Während die insti- tutionelle Förderung des Göttinger Arbeitskreises komplett gestrichen werden sollte, wurde für das NOKW eine Fusion mit der Kulturstif- tung oder dem Ostpreußischen Landesmuseum, welches auch das Westpreußische Landesmuseum übernehmen sollte, erwogen.²¹⁵ Im Kulturwerk, das von diesen Plänen überrascht wurde, machte sich „Kampfesstimmung“ breit.²¹⁶ Innerhalb der folgenden Wochen mobi- lisierte die Belegschaft ihr gesamtes Netzwerk, das sie durch ihre An- bindung an Hochschulen und internationale Kooperationen aufgebaut hatte, um gegen die Schließung zu protestieren. Es folgten mehrere Dutzend Schreiben an den BKM und das Bundeskanzleramt, darunter

von den Staatspräsidenten der drei baltischen Staaten, sowie von Botschaftern und Ministern. Hochschulprofessoren und der Verband der Osteuropahistoriker organisierten einen Sammelbrief. In allen Fällen wurde mit den Forderungen aus der Konzeption argumentiert: Das NOKW sei bereits stark in die wissenschaftliche Gemeinschaft eingebunden, und seine Schließung würde in den baltischen Staaten und in Polen als Rückschlag wahrgenommen werden.²¹⁷

Im September 1999 waren die Bemühungen schließlich von Erfolg gekrönt. In einer gemeinsamen Sitzung mit dem BKM wurde bestätigt, dass die Schließung des NOKW hinfällig sei. Anstelle des ursprünglichen Vorhabens sollte zunächst eine neue Stiftung als Dachorganisation für das NOKW, das Ost- und Westpreußische Landesmuseum und die Kulturstiftung Ostpreußen gegründet werden. Die einzelnen Organisationen sollten dabei eigenständig bleiben.²¹⁸ Nach Anhörungen in Bundestagskommissionen und der beteiligten Organisationen wurde die Neukonzeption einschließlich der Pläne für das NOKW überarbeitet und im Oktober 2000 verabschiedet. Dies leitete die Gründung des IKG in seiner heutigen Form ein Jahr später ein:

„Das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk (Träger: Nordostdeutsches Kulturwerk e.V.; Sitz in Lüneburg) mit den Aufgabenschwerpunkten Erforschung und Vermittlung der Kultur und Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropas einschließlich der Sammlung und Erschließung von gedruckten und ungedruckten Quellen und Publikationen wird unter stärkerer Einbeziehung der öffentlichen Zuwendungsgeber als „Institut für deutsche Kultur und Geschichte Nordosteuropas e.V.“ neu gegründet und weiter gefördert. [...] Das neue Institut übernimmt Teilaufgaben (z.B. Baltikumsforschung) des „Instituts für Deutschland- und Osteuropaforschung“ (Träger: Göttinger Arbeitskreis e.V.), dessen institutionelle Förderung zum 31. Dezember 2000 eingestellt wird. Das Institut wird als Außenstelle des neu gegründeten Wissenschaftsinstituts in Lüneburg weitergeführt mit den Schwerpunkten: Erschließung deutschen Kulturgutes in der Ukraine, Russland und in einzelnen GUS-Staaten.“²¹⁹

5. Der Aufbau des IKGn: 2002 bis frühe 2010er Jahre

Das Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa wurde 2001 im Zuge der Neuausrichtung der Kulturförderung gemäß § 96 gegründet und übernahm sämtliches Eigentum, die Belegschaft sowie den regionalen Aufgabenbereich des Nordostdeutschen Kulturwerks, ergänzt um den des Göttinger Arbeitskreises. Im Gegensatz zu einem Kulturwerk versteht es sich jedoch von Anfang an als reines Forschungsinstitut.

Für das NOKW und das Institut für Deutschland- und Osteuropafor-
schung leitete die Neukonzeption eine Übergangsphase ein, in der
die Details der Gründung des IKGn ausgehandelt wurden. Zunächst
wurden auf einem gemeinsamen Treffen mit dem zuständigen BKM-
Referat im August 2000 die wichtigsten Veränderungen für beide Insti-
tutionen besprochen. Die Göttinger Sektion sollte als unselbstständige
Teilinstitution weiterbestehen und sich auf Arbeiten zu den Deut-
schen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion konzentrieren. In
Lüneburg sollte eine neue Forschungseinrichtung mit eigener Rechts-
persönlichkeit in Form eines eingetragenen Vereins entstehen, die
sich geografisch auf die vom NOKW behandelten Gebiete, zuzüglich
der ehemaligen Sowjetunion, konzentrieren sollte. Neben den vorge-
schriebenen Vereinsorganen (Vorstand und Mitgliederversammlung)
sollte ein Kuratorium aus Vertreterinnen und Vertretern der Wissen-
schaft und der Geldgeber eine engere Kontrolle durch die öffentliche
Hand gewährleisten.²²⁰

Im Folgenden trieben vor allem die Mitarbeitenden und der
Vorstand des NOKW den Gründungsprozess voran. Auf zwei Mitglie-
derversammlungen im Januar und Mai 2001 stimmten die Mitglieder
des Kulturwerks dem Vorstandsentwurf zu, das Eigentum des NOKW
vollständig an das zu gründende IKGn zu übertragen. Ohne diesen
Schritt wäre das Institut kaum handlungsfähig gewesen. In dieser
Runde wurde auch der endgültige Name des Instituts, insbesondere
die Kurzversion „Nordost-Institut“, festgelegt.²²¹

Am 13. Juni 2001 fand an der Universität Hamburg die Gründungsversammlung des „Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e. V.“ statt. Im Gegensatz zum NOKW sollte der neue Verein von juristischen Personen getragen werden. Die zehn Gründungsmitglieder waren allesamt Kultur- und Forschungsinstitutionen: das NOKW, der Göttinger Arbeitskreis, das im Zuge der § 96-Neukonzeption ebenfalls gegründete Deutsche Kulturforum östliches Europa, die Stiftung Martin-Opitz-Bibliothek, die Universität Hamburg, vier historische Kommissionen²²² und als einziges ausländisches Mitglied das Institut für Geschichte Litauens. Den für die Übergangsphase eingesetzten Vorstand stellten Frank Golczewski von der Universität Hamburg, Alfred Eisfeld vom Göttinger Arbeitskreis und Joachim Tauber, der seit 1990 als wissenschaftlicher Mitarbeiter und zuletzt als stellvertretender Direktor am NOKW tätig war und dort vor allem die Partnerschaften mit Institutionen in Litauen vorangetrieben hatte.²²³

Die neue Satzung schrieb das Profil des IKGN als Forschungsinstitution fest: Das Nordost-Institut dient somit „wissenschaftlichen Zwecken und betreibt Forschungen zur Kultur und Geschichte der Deutschen mit dem wechselseitigen Beziehungsgeflecht zu den Nachbarvölkern im nördlichen Osteuropa [...]“. Als weitere wichtige Zwecke wurden die Wissenschaftsförderung, die Pflege von Kooperationen, der Unterhalt einer Bibliothek sowie eine Publikationstätigkeit hervorgehoben.²²⁴ Das Institut nahm am 1. Januar 2002 seine Arbeit auf. Im November 2001 hatte die eigens einberufene Findungskommission gemeinsam mit dem Kuratorium Andreas Lawaty, zuvor stellvertretender Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, zum neuen Direktor bestimmt.

In der Arbeit des NOKW stand das Jahr 2001 ganz im Zeichen der Vorbereitungen des Übergangs zum IKGN. Neben den rechtlichen und organisatorischen Vorbereitungen für die Übertragung von Eigentum und Personal wurden die Arbeiten Archivs durch letzte Akquisitionen abgeschlossen, jene des eigenen Verlags aber reduziert. Beide Bereiche sollten im neuen Institut nicht mehr, oder nur in geringerem Umfang

weitergeführt werden, um eine Konzentration auf die Forschung zu ermöglichen. Die Archivsammlung mit insgesamt über 170 000 Medieneinheiten wurde als geschlossene und weitgehend erschlossene Sammlung an das IKGN übergeben. Der Großteil der Sammlung verblieb in den Beständen der Nordost-Bibliothek, während Teilsammlungen, die nicht dem geografischen Profil des Instituts entsprachen, an andere Institutionen weitergegeben wurden.²²⁵

Das NOKW vertagte die Entscheidung darüber, wie es nach der Gründung des IKGN weitergehen sollte. Im Dezember 2001 bat der im Mai zum neuen Vorstandsvorsitzenden des NOKW gewählte Jochen Range die Vereinsmitglieder um Anregungen für die Zukunft des Kulturwerks,²²⁶ das im Zuge der Eigentumsübergabe das Nutzungsrecht für einen Raum im IKGN erhielt. Die Mitgliederversammlung im Juni 2002 beschloss mit großer Mehrheit die Fortführung der Vereinsaktivitäten und verabschiedete eine neue Satzung. Demnach sollte das Kulturwerk Forschung, Bildung und Erziehung sowie die Kunst- und Kulturvermittlung in Verbindung mit den Deutschen im Norden Mitteleuropas und ihren Beziehungen zu anderen Völkern fördern. Neben eigenen Veranstaltungen sollte es auch mit dem IKGN zusammenarbeiten. Da der Verein nun ohne institutionelle Förderung war, wurde ein Mitgliedsbeitrag festgelegt. Außerdem konnte er weiterhin ein Anrecht auf 12 % der Erträge der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk beanspruchen. Diese hatten sich allerdings im Zuge unglücklicher Investitionen des Grundstockvermögens deutlich verringert.²²⁷

Die notwendige Aktivierung der Mitglieder blieb jedoch aus, sodass das NOKW allmählich aufhörte, überhaupt noch eine Rolle zu spielen. Wie der Stiftungsrat der Stiftung NOKW im Frühjahr 2006 festhielt, war der Verein handlungsunfähig geworden, nachdem 2004 keine Mitgliederversammlung zur Neuwahl des Vorstands einberufen werden konnte. Selbst die Auflösung des Vereins konnte aus diesem Grund nicht amtlich bestätigt werden. Gleichzeitig verwehrte der Stiftungsrat dem IKGN trotz der Einwände einzelner Mitglieder das Recht, die für das NOKW bestimmten Mittel für eigene Projekte zu nutzen – diese

sollten zur Kompensation der weiter rückläufigen Erlöse eingesetzt werden.²²⁸ Mittelfristig führte die Gründung des IKG zum Ende des NOKW.

Die Arbeitsgrundlagen: Den Nordosten problematisieren

Die Mitarbeitenden des NOKW verantworteten die inhaltliche Ausrichtung des IKG in enger Abstimmung mit dem Göttinger Arbeitskreis und der Universität Hamburg. Dieses Grundlagenkonzept wurde in den ersten Arbeitsbericht des Instituts aufgenommen. Darin wurde auch das Profil der außeruniversitären Forschungseinrichtung betont, die auf die Arbeit ihrer beiden Vorgänger aufbaut: „Am Nordost-Institut wird es wichtig sein, die Schwerpunkte von Verwaltungs-, Redaktions-, Verlags-, Dokumentations- und Archivarbeit auf eigenständige Forschung, analytische Erschließung der Probleme, stärkere Beteiligung am wissenschaftlichen Diskurs und Publikation eigener Arbeiten sowie wissenschaftliches Teamwork zu verlagern.“²²⁹ Mit anderen Worten sollte statt eines Kulturwerks mit breiteren kulturpflegerischen Aufgaben ein Forschungsinstitut im klassischen Sinne entstehen, also eine Produktionsstätte von fundiertem, verallgemeinerbarem Wissen.

Wie im BKM-Konzept vorgesehen, sollte dieses Profil durch die nähere Anbindung an eine Universität gefestigt werden. Anstelle der Universität Lüneburg, an der weder die Geschichtswissenschaften noch die Osteuropaforschung vertreten war, wurde die Universität Hamburg gewählt. An dieser hatten Mitarbeitende des NOKW in den 1990er Jahren bereits mehrere Lehrveranstaltungen durchgeführt. Über die Vermittlung von Golczewski wurde ab 2002 eine Kooperationsvereinbarung ausgehandelt, die schließlich im Frühjahr 2004 unterzeichnet wurde. Das IKG wurde somit zu einem „An-Institut“ der Universität Hamburg, mit der es wissenschaftlich, in der Lehre, Nachwuchsförderung und Bibliotheksarbeit fortan eng zusammenarbeitet.²³⁰ Die Universität ist bis heute im Kuratorium des Instituts vertreten und somit aktiv an der Arbeitsplanung beteiligt.

Die neue universitäre Anbindung entsprach auch dem Umstand, dass sich das geografische Aufgabengebiet durch den Zusammenschluss mit dem Göttinger Institut deutlich erweitert hatte. Einerseits umfasste es die vom NOKW bearbeiteten Gebiete im Nordosten Europas, also Polen, die baltischen Staaten und den Nordwesten Russlands (vor allem Königsberg/Kaliningrad). Andererseits wurden aber auch ganz Russland, die Ukraine und die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion bis hin zu Zentralasien offiziell Teil des Arbeitsbereichs. Wie Lawaty in einem späteren Aufsatz anmerkte, ließ auch das neue Logo des IKG, das bis heute besteht, zwei Lesarten zu, die eine durchaus passende Offenheit des regionalen Zuschnitts darstellten: „Nordost-Institut“ und „Nord-Ost-Institut“.²³¹ Der Stellenplan der wissenschaftlichen Mitarbeitenden des Instituts deckte all diese unterschiedlichen Gebiete ab: Polen, Litauen, Lettland, Estland und die Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Während bei der Gründung des Nordostdeutschen Kulturwerks die Existenz eines „Nordostens“ als Teilbereich von „Ostdeutschland“ vorausgesetzt wurde, zeigte sich die Wissenschaftlichkeit des jungen IKG gerade darin, dass es seinen regionalen Aufgabenbereich von vornherein als Zusammensetzung potenziell vieler verschiedener Zuschnitte problematisierte:

„Damit wird nicht etwa eine historische Großregion konstituiert, deren gemeinsame Strukturen und Identitätsmerkmale erst zu eruieren wären. Vielmehr entsteht infolge einer administrativen Zuteilung der Beschäftigung mit ‚der Geschichte der Deutschen im nördlichen Osteuropa‘ eine Gemengelage historischer Regionen von besonderem erkenntnistheoretischem Reiz: Hier gehen nämlich Nordosteuropa (oder nördliches Ostmitteleuropa) und Nordeuropa, die Ostseeregion [...] und das Schwarzmeergebiet, Osteuropa und Ostmitteleuropa dicht an der ‚Grenze‘ zu Südosteuropa ineinander über.“²³²

In diesem Sinne positionierte sich das Nordost-Institut als regionalgeschichtliches Institut, wobei gemäß § 96 die Geschichte und Kultur

der Deutschen in diesen Gebieten stets berücksichtigt werden sollten. Im Gegensatz zu den ersten Jahrzehnten des NOKW sollte der Nordosten nicht als „normative Kategorie“ verstanden werden. Es ging also nicht darum, zu belegen, dass dieser Raum deutsch geprägt ist. Im Rahmen einer ergebnisoffenen wissenschaftlichen Auseinandersetzung wurden die „Deutschen in Nordosteuropa“ als „Objekt“ der Forschung verstanden, das nur durch einen multiperspektivischen Ansatz, der das „wechselseitige Beziehungsgeflecht zu den Nachbarvölkern“ miteinbezieht, richtig zu begreifen ist. Dabei wird die gesamte Region als „Ort der Beziehungen“ betrachtet.²³³ Entsprechend fasste Lawaty rückblickend die vier Arbeitsbereiche des frühen IKGN wie folgt zusammen: „Regionalgeschichte“, „Beziehungsgeschichte“, „Minderheitengeschichte“ und „Historiographiegeschichte“.²³⁴

„Begriffe, Prozesse, Diskurse“

Die Gründerinnen und Gründer des IKGN sahen in der Qualität des Instituts als unabhängige geschichtswissenschaftliche Einrichtung auch einen kulturpolitischen Auftrag: Sie wollten einen fundierten Beitrag zur „gesellschaftlichen Erinnerungskultur“ und „staatlichen Geschichtspolitik“ leisten. Dieser Anspruch sei mit der Forderung nach zunehmender Professionalität der § 96-Einrichtungen gemeint.²³⁵ Dementsprechend wandte sich das Institut aktiv den „dunklen“ und schwierigen Themen der Beziehungen zwischen Deutschen und anderen Völkern zu, vor allem in Bezug auf Kolonisation, Besatzung und die Verbrechen des Nationalsozialismus.

Auch die Shoah und die historischen Beziehungen zwischen Deutschen und Juden bzw. die jüdische Geschichte als deutsche Geschichte im Sinne von § 96 gerieten so in den Fokus des Instituts. Dies schloss an Entwicklungen im Bereich der Kulturpolitik nach § 96 an, die sich ab den späten 1980er Jahren intensivierten.²³⁶ Ab den 2000er Jahren ist eine systematische Auseinandersetzung mit diesen Themen auszu-machen, auch in Anbindung an die internationale Wissenschaft.

Um eine sachliche und fundierte Diskussion zu ermöglichen, widmete sich das Institut in seinem ersten übergreifenden Forschungsprojekt dem Thema „Nordosteuropa im Wirkungsbereich Deutschlands und Russlands 18.–20. Jahrhundert: Begriffe, Prozesse, Diskurse“ den historischen Grundlagen, ohne die das Beziehungsgeflecht der Völker und Kulturen im nordöstlichen Europa nicht zu verstehen ist. Die Nationalisierungs- und Modernisierungsprozesse in dieser Region im Spannungsfeld mit dem Einfluss der imperialen Großmächte Deutschland und Russland bildeten den Hintergrund für die Entstehung regionalhistorischer Begriffe wie „Nordosteuropa“ und „Nordostdeutschland“, die aufgearbeitet und kontextualisiert werden mussten. Darüber hinaus sollten Einzelbegriffe betrachtet werden, die wichtige historische Abläufe widerspiegeln. In guter wissenschaftlicher Manier ging es zunächst darum, sich auf eine Sprache und Definitionen zu einigen, um nicht aneinander vorbeizureden.

Die praktische Arbeit am Nordost-Institut ist, wie an wissenschaftlichen Einrichtungen üblich, in zahlreiche von den Mitarbeitenden getragene Projekte strukturiert, die die Wissensproduktion organisieren. Entsprechend definierte der Institutsleiter Lawaty gegenüber dem Kuratorium die drei „Säulen“ der Arbeit des IKGN: Forschung, Tagungen und Publikationen.²³⁷

Bei den Einzelprojekten der Mitarbeitenden zeigte sich von Anfang an eine Arbeitsteilung zwischen der Erforschung des ehemaligen GUS-Bereichs des Göttinger Instituts und den Arbeiten zum „Nordosten“ im engeren Sinne. Bei ersterem lag der Fokus vor allem auf der Erschließung von Archivbeständen zur Siedlungsgeschichte der Deutschen in Kooperationsprojekten mit Institutionen in der Ukraine, Russland und Zentralasien. Die wichtigsten Ergebnisse waren dabei Findbücher und Quelleneditionen, die als Grundlage für die weitere Erforschung dienen. Aus diesem Bereich entwickelte sich beispielsweise die vierbändige Edition „Einwanderung in das Wolgagebiet“, die Eisfeld zwischen 1999 und 2008 herausgab und die zu den Bestsellern des jungen Instituts zählte.²³⁸

Abseits der Quellenarbeit widmete sich die Arbeit des Instituts von Mitte der 2000er Jahre bis zum Abschluss des ersten übergreifenden Projektes im Jahr 2010 verschiedenen Themen, die auf Tagungen und in Publikationen behandelt wurden. So war das Spannungsfeld zwischen „Fremdherrschaft“ und „Kollaboration“ in Bezug auf die Besatzung der baltischen Staaten beispielsweise Thema der Jahrestagung 2003 und des im Jahr 2006 veröffentlichten ersten Bandes der neuen Publikationsreihe „Veröffentlichungen des Nordost-Instituts“.²³⁹ Auf ähnliche Weise wurden weitere Themen zunächst auf einer Tagung diskutiert und später in Buchform aufgegriffen, darunter der Begriff der „Revolution“, das Verhältnis zwischen Sprache und nationalen Bewegungen, Bildungskonzepte sowie politikwissenschaftliche Begriffe wie das Verhältnis von „Loyalität“, „Legitimität“ und „Legalität“.²⁴⁰

In Kontinuität zur „Neuen Folge“ aus dem Jahr 1992 wurde die institutseigene Zeitschrift „Nordost-Archiv“ als Jahrbuch fortgeführt. Auch hierbei bot sich die Gelegenheit, wichtige Konzepte aus dem Programm des IKGN zu erörtern und dabei Perspektiven aus den behandelten Ländern aktiv miteinzubeziehen. So ist beispielsweise die Ausgabe von 2005 über „Zwangsmigrationen in Nordosteuropa im 20. Jahrhundert“ hervorzuheben. Sie zielte in erster Linie auf eine „Bestandsaufnahme“ unterschiedlicher „Vertreibungsgeschehen“ ab, um „die Kenntnisse über diejenigen Zwangsmigrationen, die das eigene Kollektiv und die individuelle Spezialforschung weniger oder gar nicht betreffen“, zu fördern.²⁴¹

Internationalisierung und Nachwuchsförderung

Die Gründung des IKGN fiel in die Zeit der ersten Osterweiterung der Europäischen Union im Jahr 2004, welche auch zu einer Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit mit Polen und den baltischen Staaten führte. Im Kontext der gemeinsamen geschichtlichen Aufarbeitung betonte die Bundesregierung immer wieder die „Brückenfunktion“, die die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Deutschen „zwischen nationaler kultureller Identität und europäi-

schem Bewusstsein“ spielen könne. Als gemeinsames Erbe verstanden, sollte diese und damit auch die Förderung gemäß § 96 insgesamt der gesellschaftlichen und politischen Annäherung dienen.²⁴² In diesem Zusammenhang war die Pflege internationaler Partnerschaften von Anfang an eine der Prioritäten des IKGN. Dabei konnte das Institut auf ein bereits im Rahmen des NOKW geknüpftes Netzwerk aufbauen. So zählte, wie oben erwähnt, mit dem Institut für Geschichte Litauens in Vilnius auch eine ausländische Institution zu den Gründungsmitgliedern. Im Jahr 2006 folgte die Nicolaus-Copernicus-Universität in Toruń (Thorn), Polen.²⁴³

Bereits im ersten Jahr wurden der Entwurf und die Umsetzung gemeinsamer wissenschaftlicher Projekte mit ausländischen Partnern ins Auge gefasst, um einen fruchtbaren Austausch unterschiedlicher Perspektiven zu fördern. Da diese Projekte in der Regel von externer Förderung abhängig waren, konnten nicht alle geplanten Vorhaben realisiert werden. Eines der ersten Projekte dieser Art war ein gemeinsames Vorhaben mit der Universität Zürich: eine neue Geschichte der polnischen Literatur, die die deutsch-polnischen Beziehungen besonders berücksichtigt. Das vom Schweizerischen Nationalfonds finanzierte Projekt gipfelte in einer zweisprachigen deutsch-polnischen Tagung in Zürich mit 22 Teilnehmenden im Jahr 2005, deren Ergebnisse als Tagungsband veröffentlicht wurden.²⁴⁴ Ein vom Ablauf her ähnliches Publikationsprojekt der ersten Jahre widmete sich dem Verhältnis von Religiosität, Kirche und Nationalisierungsprozessen in Westpreußen, Galizien und der Bukowina. Das von Ralph Schattkowsky (Universität Toruń) betreute Vorhaben wurde zwischen 2004 und 2006 von der VolkswagenStiftung finanziert. Nach Arbeitstreffen in Czernowitz (Ukraine) und Lüneburg wurde ein Sammelband publiziert.²⁴⁵

Andere Projekte dieser Zeit sahen sich mit den für Editionsprojekte typischen organisatorischen Schwierigkeiten sowie dem Problem unterschiedlicher Forschungskulturen konfrontiert. Ein Beispiel dafür ist das Projekt „Interethnische Beziehungen unter den Bedingungen

der Besatzung: Kontinuitäten und Brüche in den Regionen Vilnius und Białystok, 1939–1944“. Im Rahmen dieses Projekts, das in mehreren Anläufen zwischen 2002 und 2009 geplant und umgesetzt wurde, fand ein reger internationaler Austausch statt und es wurden mehrere Workshops und Tagungen organisiert. Die letztlich gemeinsam mit dem Institut für Geschichte Litauens und der Universität Białystok (Polen) geplante Publikation wurde allerdings nie finalisiert. Ähnlich erging es zwischen 2005 und 2010 einem Projekt über die deutsche Minderheit in Kirgistan. Dieses erhielt zwar 2008 eine Förderung der VolkswagenStiftung, hatte aber große Schwierigkeiten bei der Umsetzung in Zusammenarbeit mit den Partnern in Kirgistan.

In allen Fällen schritt die internationale Vernetzung jedoch fort: Durch Kooperationen und Präsenz auf internationalen Veranstaltungen konnte sich das junge IKGN innerhalb seines regionalwissenschaftlichen Fachgebiets profilieren. Dabei spielten die eigenen Jahrestagungen, die jeweils einem Aspekt des gemeinsamen Forschungsprojekts gewidmet waren und bei denen Vortragende aus verschiedenen Ländern teilnahmen, eine wichtige Rolle. Einen Durchbruch schaffte das Institut im Jahr 2007 mit der Organisation der 7. Konferenz für Baltische Studien in Europa (CBSE). Mit 250 Teilnehmenden aus über 20 Ländern konnte es nicht nur seine logistischen Kapazitäten unter Beweis stellen, sondern sich vor allem noch stärker in der historischen Baltikumsforschung positionieren.²⁴⁶

Neben der internationalen Anbindung bestand in den 2000er Jahren eine zweite Priorität der Kulturarbeit gemäß § 96 darin, das Thema der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa auch für die jüngere Generation interessant zu machen und dafür zu sorgen, dass stetiger Nachwuchs die Forschung in diesem Bereich gewährleistet. Dies geschah einerseits durch universitäre Lehrveranstaltungen. Die Mitarbeitenden des IKGN knüpften hierbei an die Arbeit des NOKW an und führten von Beginn an mehrere Lehrveranstaltungen zu institutsrelevanten Themen durch, vor allem an der Universität Hamburg, aber je nach persönlicher Vernetzung auch an anderen Orten im Inland

(z. B. in Münster, Berlin, Lüneburg, Dresden und Halle) und im Ausland (z. B. Dunkerque, Klaipėda, Odesa und Riga).

Seit 2004 organisiert das Institut außerdem regelmäßige Promovierenden- und Nachwuchsworkshops mit Teilnehmenden aus verschiedenen Ländern.²⁴⁷ Seit 2005 betreut es zudem Praktikantinnen und Praktikanten verschiedener Universitäten, die in den Arbeitsbereichen des Instituts professionelle Erfahrungen sammeln können. Darüber hinaus nutzen ausländische Gäste die Infrastruktur des Instituts für ihre Forschung. Für diese wurde ab 2008 ein Gästezimmer im Institut eingerichtet, sodass zunächst zumindest sogenannte Wohnstipendien vergeben werden konnten.²⁴⁸

Die Nordost-Bibliothek, die anfangs auf eine Abteilung in Lüneburg und eine in Göttingen aufgeteilt war, stellt auch im IKGn eine wichtige Arbeitsgrundlage dar, wenngleich die Archivarbeiten ab 2002 eingestellt wurden. Die bestehende Archivalsammlung wurde weiterhin genutzt und in Teilen an andere Institutionen abgegeben. In den ersten Jahren nach der Neugründung stand vor allem die elektronische Katalogisierung der ca. 100 000 Bände umfassenden Bestände zur Verbesserung der Nutzbarkeit im Mittelpunkt.

Zehn Jahre IKGn: Die erste Bilanz

Am Ende der 2000er Jahre erfuhr das IKGn einen größeren organisatorischen Umbruch. Die Mitgliederversammlung im Jahr 2009 verabschiedete eine Reihe von Satzungsänderungen, die die Machtstrukturen des Instituts veränderten. So wurde die Personalunion zwischen der Institutsleitung und dem Vorstandsvorsitz beendet, die zuvor zu Unstimmigkeiten geführt hatte. Ab diesem Zeitpunkt sollten keine hauptamtlichen Angestellten des Instituts, einschließlich der Leitung, mehr Mitglieder des nunmehr gänzlich ehrenamtlichen Vorstands sein. Der Vorstand sollte die Vereinsgeschäfte leiten und repräsentative Aufgaben wahrnehmen. Die wichtigsten inhaltlichen Kompetenzen verblieben hingegen beim Kuratorium, dessen Stellung weiter verstärkt wurde. Es sollte fortan selbstständig über das Arbeits- und

Entwicklungsprogramm des Instituts bestimmen können, um „einen angemessenen Einfluss des Zuwendungsgebers auf die Verwendung der Mittel zu gewährleisten“. Der Mitgliederversammlung blieb nur ein Vetorecht. Die fördernde Bundesbehörde behielt den Vorsitz im Kuratorium, das um eine Vertretung des ihr direkt unterstellten BKGE in Oldenburg erweitert wurde.²⁴⁹

Außerdem wurden alle Nennungen des Standorts Göttingen sowie der obligatorische Sitz der Universität Göttingen im Kuratorium aus der Satzung gestrichen. Die BKM-Vertreterin betonte zwar, dass dies keine Streichung des Standorts und des Forschungsschwerpunkts „Russlanddeutsche“ bedeute. Dennoch schaffte diese Novellierung die Grundlage für die Trennung, die ein paar Jahre später folgte. Zum Jahresende 2012 wurde das Nießbrauchrecht des IKGN an der Immobilie des Göttinger Arbeitskreises einvernehmlich beendet, sodass sich das Institut fortan vollständig in Lüneburg befand. Laut eigener Darstellung gewann der Göttinger Arbeitskreis dadurch seine volle Unabhängigkeit zurück.²⁵⁰

Im März 2010 fand zudem ein Leitungswechsel am IKGN statt. An die Stelle des ersten Institutsdirektors Lawaty, der weiterhin als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig war, trat Joachim Tauber, der das Institut bereits in der Übergangsphase im Jahr 2001 kommissarisch geleitet hatte.²⁵¹ Im Herbst desselben Jahres, kurz vor Abschluss des ersten institutsübergreifenden Forschungsprojekts, besuchte eine vom BKM eingesetzte Evaluationskommission unter dem Vorsitz des BKGE das Institut im Rahmen einer breit angelegten Evaluation der § 96-Einrichtungen. Die Ergebnisse waren überwiegend positiv. Vor allem der „konsequent verfolgte transnationale Ansatz sowie die nationale und internationale Vernetzung und anspruchsvolle Forschungsarbeit des Instituts wurden bei der Begehung ausdrücklich gelobt.“²⁵²

Diese Zeit, 20 Jahre nach der Wende, war auch für das IKGN eine Zeit der Jubiläen. So widmete es im Jahr 2011 ein Symposium dem 20-jährigen Jubiläum der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit den baltischen Staaten.

Ein Jahr später, im Oktober 2012, war es selbst an der Reihe und beging in Anwesenheit der Botschafter aller drei baltischen Staaten, der ersten Botschaftsrätin der polnischen Botschaft und des russischen Generalkonsuls sein zehnjähriges Jubiläum. Dabei wurden zukunftsgerichtete Fragen erörtert: „wie die Zusammenarbeit mit den Partnern im östlichen Europa weiter vorangetrieben werden kann, um zu einer vertieften Bewertung der Geschichte dieser Region und den Prinzipien des Zusammenlebens der dort lebenden Mehr- und Minderheiten zu kommen.“²⁵³

6. Das IKG bis heute: 2010er und 2020er Jahre

In seinem zweiten Jahrzehnt intensivierte das IKG seine Forschungen und ergänzte sie um neue Ansätze und Formate. Besonders die verstärkte internationale Vernetzung und die Entwicklung digitaler Angebote prägten diese Zeit. Nach dem Umzug des Instituts in die Lindenstraße wurde seine Arbeit zunächst von der Coronavirus-Pandemie und später vom Krieg in der Ukraine beeinträchtigt. Seit einigen Jahren ist es jedoch wieder voll arbeitsfähig.

Im Jahr 2013 jährte sich wiederum die Verabschiedung des BVFG und damit auch des Kulturparagrafen zum sechzigsten Mal. Letzterer, immerhin seit 1957 unverändert, hat sich damit als bemerkenswert langlebiges Förderinstrument erwiesen. Wie die damals zuständige BKM-Ministerialrätin Sabine Deres anmerkte, könne man in dem Paragrafen mit seinen nicht mehr zeitgemäßen Formulierungen durchaus ein „Wortungetüm“ sehen. Er habe sich jedoch auch als weitsichtig erwiesen. So liege in dem einerseits anachronistisch anmutenden Bezug auf das „Kulturgut der Vertreibungsgebiete“ andererseits auch die Grundlage des Regionalprinzips, also die Hervorhebung der Verflechtungen und des Kontexts der deutschen Kultur im östlichen Europa: „Indem die Kultur auf die Region ihrer Entstehung bezogen wird, eröffnen sich vielfältige und differenzierte thematische Ansätze“.²⁵⁴

Der in der Neukonzeption von 2000 als Standard für die gesamte Kulturarbeit gemäß § 96 verankerte beziehungsgeschichtliche Aspekt wurde auch von den nachfolgenden Regierungen weiterverfolgt. In diesem Sinne habe sich auch bewährt, das Kulturgut der Vertriebenen im Bewusstsein des Auslands zu wahren, wie die Bundesregierung hervorhob: „Erst nach den politischen Umbrüchen im östlichen Europa der 1990er Jahre wurde es vollends möglich, die deutsche Kultur im östlichen Europa als gemeinsames Erbe zu begreifen und in übernationalen Kooperationen zu erschließen.“ Die seinerzeit stark kritisierte

Konzeption von 2000 wurde nicht mehr infrage gestellt, sondern sollte erweitert werden, um sie zu modernisieren und noch stärker als Instrument der europäischen Integration einzusetzen.²⁵⁵

Mit der im Februar 2016 beschlossenen Neukonzeption, der jüngsten bis heute, wurde die gemeinschaftsstiftende Rolle der Pflege des deutschen Kulturguts auf europäischer Ebene noch stärker in den Fokus gerückt: „Die Pflege des Kulturguts der Deutschen im östlichen Europa, seine Präsentation und Erforschung, kann zur Entwicklung nationenübergreifender kultureller Identitäten beitragen und Versöhnung stiftende Partnerschaften mit den östlichen Nachbarn im vereinten Europa stärken.“ Auch das Thema des „deutsch-jüdischen Kulturerbes im östlichen Europa“ wurde hier erstmals als Förderschwerpunkt benannt. Um ihrem Auftrag weiterhin gerecht zu werden, müsse sich die Kulturarbeit gemäß § 96 an neue Zielgruppen wenden, also vor allem an die Jugend – mit oder ohne eigenen biografischen Bezug zum Thema –, auf europäische Gemeinsamkeiten eingehen, etwa die „europäischen“ Erfahrungen des Heimatsverlusts, und dabei vor allem auf neue Medien setzen. Ein zentrales Stichwort der Neukonzeption ist daher „Erinnerungstransfer und Digitalisierung“.²⁵⁶

Um die Kulturarbeit und die Wissenschaft gemäß § 96 zu modernisieren, erhöhte der BKM den verfügbaren Etat deutlich. So sollte das IKGn beispielsweise mehr Projektmittel erhalten, um seine internationale Arbeit auszubauen, weitere kooperative Projekte zu entwickeln und sich im Bereich der *Digital Humanities* besser zu positionieren.²⁵⁷ Die jährliche Bundesförderung des Instituts, die in den ersten zehn Jahren kontinuierlich bei rund 1,2 Millionen Euro gelegen hatte, stieg bis zum Ende der 2010er Jahre um 50 Prozent auf über 1,8 Millionen Euro.

Neue Arbeitsschwerpunkte

Nach Abschluss seines ersten, auf Begrifflichkeiten konzentrierten Gemeinschaftsprojektes entwickelte das IKGn in seinem zweiten Jahrzehnt zwei weitere. Das 2011 eingeführte Thema „Individuum und

Gesellschaft in Ost- und Nordosteuropa“ gliederte sich in verschiedene biografische Studien über bedeutende oder einflussreiche Persönlichkeiten aus der Geschichte der vom IKG bearbeiteten Regionen. In Kontinuität zur etablierten Arbeitsweise wurden die einzelnen Subprojekte in gemeinsamen Workshops fortentwickelt. Die Ergebnisse wurden 2018 in Form einer Online-Publikation veröffentlicht.²⁵⁸

Seit 2017 verfolgt das IKG unter dem Titel „Begegnungen nach Plan. Eine deutsch-osteuropäische Beziehungsgeschichte nach 1945“ ein weiteres Kollektivvorhaben. Damit wird die Beziehungsgeschichte Ostmitteleuropas um einen neuen Aspekt bereichert: die Kontakte, die zu Zeiten des Kalten Krieges durch Reisende aus Deutschland in Polen, den baltischen Staaten und der restlichen Sowjetunion entstanden sind. Einerseits wird erforscht, „wie sich die deutsch-osteuropäischen Beziehungen über die Zäsur des Zweiten Weltkriegs hinaus fortentwickelten“. Andererseits wird das Forschungsfeld der Reise- und Tourismusgeschichte auf die Länder Nordosteuropas ausgeweitet. Ausgehend von einer Auftakttagung im Jahr 2018 bearbeiten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts das Thema auf einer breiten Quellenbasis. Sie umfasst Archivquellen des KGB und der Reiseagentur Intourist, aber auch Reiseberichte, Reiseführer oder autobiografische Dokumente. Der Publikationsort ist eine Webseite, die weiterhin um Quellen mit Essays und wissenschaftliche Abhandlungen ergänzt wird. In digitaler Form werden an anderer Stelle Ansichtspostkarten aus der institutseigenen Sammlung präsentiert und kommentiert.²⁵⁹

Im Jahr 2018 aktualisierte das Institut schließlich sein Forschungskonzept. Unter Wahrung eines sozialkonstruktivistischen Ansatzes, der Geschichte und Erinnerung als dynamisches Feld betrachtet und essentialistische Geschichtsbilder ablehnt, fasst es die Forschungen des IKG unter den Begriffen „Ordnungen“, „Aneignungen“ und „Erfahrungen“ zusammen. Es geht also einerseits darum, wie Ordnungen, z. B. Normen, Institutionen und implizite Regeln soziale Interaktion strukturieren, wie sie historisch entstehen und infrage gestellt werden.

Zweitens geht es um die Aneignung von Räumen in Transformationsprozessen. Drittens sollen die subjektiven Wahrnehmungen historischer Akteure in den Vordergrund gerückt werden.²⁶⁰

In der Praxis orientierten sich die Aktivitäten und die behandelten Themen des IKN in seinem zweiten Jahrzehnt sehr stark daran, an aktuelle gesellschaftliche Themen und Debatten anzuknüpfen. Dabei spielte vor allem die Vielzahl von Jahrestagen wichtiger historischer Ereignisse eine Rolle, darunter der Erste Weltkrieg, der Oktoberumsturz, der Zweite Weltkrieg und die Wende, aber auch Ereignisse aus früheren Epochen, wie die 500-Jahr-Feier der Reformation im Jahr 2017 oder der 300. Geburtstag Kants im Jahr 2024. Das Institut ging auf diese historischen Bezüge mit speziellen Forschungsprojekten, Publikationen und durch öffentliche Veranstaltungen ein.

Insbesondere reformierte es ab 2011 das Format der thematischen Vortragsreihe, mit dem das NOKW bereits in den 1980er und 1990er Jahren in Lüneburg zu einem gefragten Akteur der öffentlichen Bildung geworden war. Den Anfang machten sechs Vorträge zum Thema „Städte im Weltkrieg: Kriegführung – Besatzung – Zerstörung“, die aus Anlass des 70. Jahrestags des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion veranstaltet wurden.²⁶¹ Auch viele weitere Reihen suchten einen aktuellen Bezug, um die öffentliche Resonanz zu erhöhen. Beispiele hierfür sind die Themen „1945: Flucht, Vertreibung, Erinnerung“ und „Migration – Flucht – Exil: Historische Erfahrungen in Mittel- und Osteuropa im 20. Jahrhundert“ aus den Jahren 2015–2016, die sich ausdrücklich mit den aktuellen Debatten um die steigende Zahl von Geflüchteten in Deutschland auseinandersetzten. Damit wollte das Institut „historisches Wissen vermitteln, auf Gemeinsamkeiten von Vergangenheit und Gegenwart aufmerksam machen, ebenso aber Unterschiede herausarbeiten und so zu einem differenzierteren Urteil in der Öffentlichkeit beitragen.“²⁶²

Neben weiteren bewährten, öffentlichkeitswirksamen Formaten wie Ausstellungen und Lesungen organisiert das IKN seit 2016 regelmäßige Filmreihen über „Nordöstliche Spuren im Kino“. In Zusam-

menarbeit mit einem lokalen Programmkino und dem Kulturreferat des Ostpreußischen Landesmuseums werden dabei ausgewählte Spielfilme und Dokumentationen gezeigt, die von Mitarbeitenden des Instituts eingeführt werden. Auf diese Weise wird ein weiterer Einblick in die Kultur und Geschichte des nordöstlichen Europas geboten.

Digitale und internationale Projekte

Mit der Zeit hat sich die Projektarbeit des Nordost-Instituts intensiviert und diversifiziert. Dabei orientiert es sich an neuen Anforderungen im Rahmen der Kulturförderung gemäß § 96 sowie an allgemeinen Entwicklungen und Trends in der Forschungspraxis. In jüngerer Zeit zählen dazu die wachsende Bedeutung der Digital Humanities – also die aktive Nutzung digitaler und Online-Instrumente in der Forschung selbst und bei der Darstellung ihrer Ergebnisse – sowie die weiter zunehmende internationale Vernetzung von Forschungslandschaften. Bei öffentlich geförderten Einrichtungen kommt die Forderung hinzu, sich aktiv um weitere Förderquellen (sogenannte Drittmittel) für einzelne Projekte zu bemühen.

Einerseits zeichnete sich das IKGn auch nach 2010 durch die Planung und Umsetzung von „klassischen“ internationalen Kooperationsvorhaben zur Quellen- und Grundlagenforschung aus. Ein Beispiel ist ein 2013 eingeleitetes Projekt, das in Zusammenarbeit mit dem Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit der Ukraine Dokumente über den „Großen Terror“ in der Ukraine erstmals der Öffentlichkeit zugänglich machte. Die Arbeiten mündeten in der Publikation von Aufsätzen und einem Dokumentenband in ukrainischer und deutscher Sprache.²⁶³ Ein weiteres beispielhaftes internationales Kooperationsprojekt wurde 2014 in Zusammenarbeit mit der Universität Breslau erarbeitet und erhielt im folgenden Jahr eine Finanzierung durch das neue gemeinsame Förderprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und des polnischen Narodowe Centrum Nauki (NCN): „Juden und Deutsche im polnischen kollektiven Gedächtnis“. Es unterstützte über mehrere Jahre einen regelmäßigen grenzüber-

greifenden Austausch zwischen den Teilnehmenden und gipfelte 2019 in der Abschlusskonferenz „Minorities, Migration and Memory in East European Borderlands (1945-present)“, die in Warschau 20 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zusammenbrachte. Zudem wurden zahlreiche Aufsätze veröffentlicht.²⁶⁴

Andererseits führt das Institut auch neue Forschungs- und Präsentationsformate ein, vor allem in Form von Online-Angeboten. Neben einer Online-Schriftenreihe wurde 2014 das Online-Übersetzungsportal „Übersetzte Geschichte“ ins Leben gerufen. Dort werden bis heute wichtige Forschungsbeiträge, die ursprünglich in osteuropäischen Sprachen veröffentlicht wurden, durch Übersetzung und fachliche Einordnung einem deutschsprachigen Publikum zugänglich gemacht. Den Anfang machten zwei Texte über Gewalt: einmal über Racheaktionen an der deutschen Bevölkerung in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg und einmal über die Gewalt deutschbaltischer Gutsbesitzer im 17. Jahrhundert bei ihrer Machtausübung. Bis heute wurden in diesem Rahmen etwa 20 Texte übersetzt und veröffentlicht.²⁶⁵

Das IKGN hat außerdem die Digitalisierung der Sondersammlungen der Nordost-Bibliothek, von denen ein Großteil vom Nordostdeutschen Archiv übernommen wurde, vorangetrieben. In Zusammenarbeit mit der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne wurde 2008 mit der Digitalisierung eines Teils des Kartenbestandes begonnen. Seit 2013 werden auch Teile der insgesamt 35 000 Blatt umfassenden Ansichtskartensammlung digital aufbereitet. Im Hinblick auf Rigas Rolle als Kulturhauptstadt Europas im Jahr 2014 wurde ein thematisch passender Teil der Gesamtsammlung im Rahmen der Online-Plattform „Riga Digitalis“ veröffentlicht. 2026 wurde in Kooperation mit der Hamburger Staatsbibliothek und in Abstimmung mit der Zentralen Wissenschaftlichen Bibliothek in Liepāja ein analoges Vorgehen mit Beständen zur neuen Kulturhauptstadt begonnen. Seit 2021 können einzelne Ansichtspostkarten mitsamt einer kurzen Einordnung auch direkt auf der Website des Instituts eingesehen werden.²⁶⁶ Weitere Kooperationsprojekte widmen sich der digitalen Aufarbeitung externer

Bestände. Ein wichtiges Beispiel hierfür ist das im Jahr 2017 gemeinsam mit dem Staatsarchiv in Olsztyn (Polen) initiierte Projekt „Kant in Olsztyn“. Anlässlich des Kant-Jubiläums im Jahr 2024 wurden die in Olsztyn bewahrten Bestände der Albertus-Universität Königsberg im Zusammenhang mit Immanuel Kant auf einer eigenen Projektseite einem breiten Publikum vorgestellt.²⁶⁷ Darüber hinaus wurde im Jahr 2020 eine Kooperation mit dem Online-Portal „dekoder: Russland verstehen“ ins Leben gerufen, die in der Veröffentlichung eines umfangreichen Dossiers über russlanddeutsche Geschichte und Kultur in deutscher und russischer Sprache mündete. Das „Spezial“-Format von dekoder, zu dem auch das Dossier „Russlanddeutsches Diarama“ gehört, erhielt 2021 den Grimme Online Award.²⁶⁸

Durch die Multiplizierung punktueller und dauerhafter Kooperationen verzeichnet das IKGN eine Intensivierung und geografische Ausweitung seiner aktiven internationalen Partnerschaften. So arbeitete das Institut etwa Mitte der 2010er Jahre jährlich mit mehr als 30 verschiedenen Institutionen in Deutschland und knapp 40 im Ausland in Gremien, bei Veranstaltungen, bei der Beantragung von Fördermitteln usw. zusammen. Insgesamt umfasste das Netzwerk in dieser Zeit knapp 70 inländische und knapp 80 ausländische Partner. Auch die geografische Reichweite wuchs, vor allem mit Forschungsstellen in Kasachstan wurden dauerhafte Kooperationen zum Thema der deutschen Minderheiten in der (ehemaligen) Sowjetunion eingeleitet, aber auch mit einem Forschungszentrum für Weltgeschichte in China.²⁶⁹

Umzug, Pandemie und Krieg

Zu Beginn der 2010er Jahre kam das Thema des Raumbedarfs, das bereits das NOKW mehrmals beschäftigt hatte, wieder auf. Nachdem die Nordost-Bibliothek in Lüneburg den Abgleich ihres Altbestandes mit dem Katalog abgeschlossen hatte, erfuhr sie zwischen 2009 und 2010 ihre erste große Erweiterung durch den Ankauf der Baltica-Sammlung Kaegbein. Gleichzeitig stießen die im Brömsehaus verfügbaren Räum-

lichkeiten für die Bibliothek an ihre Grenzen, sodass das IKG ein Außenmagazin im Stadtarchiv Lüneburg anmieten musste.²⁷⁰ Im Jahr 2012 wurde der Raumbedarf schließlich auch vom BKM und dem Finanzministerium anerkannt und zwei Jahre später identifizierte die Bundesagentur für Immobilienangelegenheiten das Zollgebäude in der Lindenstraße 31 in Lüneburg als mögliche Umzugslösung. Ende 2014 bewilligte der Bundestag zudem einen einmaligen Sonderzuschuss von über 900 000 €, um das Gebäude zu renovieren.²⁷¹

Im Jahr 2017 wurde der Bauauftrag für die Renovierung des neuen Gebäudes erteilt und zum Jahresende lief der Mietvertrag des IKG mit der Carl-Schirren-Gesellschaft für das Haus Am Berge 35 aus. So fand der Umzug in zwei Etappen statt: Ein Teil der Mitarbeitenden nutzte ab 2018 bereits ein Nebengebäude in der Lindenstraße 31. Im Herbst 2019 verließ das restliche Institut mitsamt Bibliothek die Liegenschaften in der Conventstraße 1 und Am Berge 14, um in das Gebäude der Lindenstraße einzuziehen. An der feierlichen Eröffnung Ende November nahmen etwa 80 Gäste, darunter die Botschafter aller drei baltischen Staaten, teil.

Schon wenige Monate später war die Arbeit des Instituts, wie die aller öffentlichen Einrichtungen, stark von der Coronavirus-Pandemie betroffen. Die erste öffentliche Präsenzveranstaltung im neuen Institutsgebäude, ein zweitägiger Workshop zum Thema „Tourismus und Aussöhnung in Europa“, den das Institut in Kooperation mit der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg organisierte, fand daher erst im September 2022 statt.²⁷²

Angesichts der Pandemie musste das IKG seine Arbeit anpassen: Veranstaltungen wurden abgesagt oder digital durchgeführt, Dienstreisen und Archivbesuche waren teils gar nicht, teils nur sehr eingeschränkt möglich. In dieser Zeit konzentrierte sich die Arbeit auf Publikationsvorhaben und vor allem auf die Intensivierung digitaler Projekte. So kam etwa 2020–2021 mit der Publikation der letzten Teile einer dreibändigen Gesamtdarstellung der Geschichte des Baltikums zum Abschluss. Das ursprünglich 2007 von der VolkswagenStiftung



Abbildung 9: Feierlichkeiten zur Eröffnung des neuen Institutsgebäudes in der Lindenstraße 31 am 28.11.2019. Von links nach rechts: Inga Skujiņa (Botschafterin der Republik Lettland), Joachim Tauber (Direktor des IKGn e.V.), Alexander Bellstedt (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben), Michael Brassel (Staatliches Baumanagement Lüneburger Heide), Ulrich Mädge (Oberbürgermeister von Lüneburg)



Abbildung 10: Das aktuelle Gebäude des Nordost-Instituts (IKGn e. V.) in der Lindenstraße 31, Vorderansicht vom Handwerkerplatz aus

bewilligte Projekt entwickelte sich bei über 50 Autorinne und Autoren aus vielen verschiedenen Ländern schnell zu einem „logistischen Mammutvorhaben“,²⁷³ zumal der Geldgeber keine eigenen Personalmittel für das Projekt bewilligte. Nach dem Tod des für die Publikationen zuständigen wissenschaftlichen Mitarbeiters Konrad Maier, der das Vorhaben mitinitiiert hatte, im Jahr 2013, wurde es von Detlef Henning und Anja Wilhelmi zu Ende gebracht.²⁷⁴

Wie die gesamte wissenschaftliche Welt übte sich auch das Nordost-Institut in dieser Zeit intensiv im digitalen Austausch und in virtuellen Präsentationsformaten. So wurde im Jahr 2020 ein eigener YouTube-Kanal eröffnet, auf dem Vorträge und andere Videoformate abgerufen und teilweise live gestreamt werden können. Auch an der Erstellung eines „virtuellen Museums“ beteiligte sich das Institut: Zusammen mit dem Rat der Deutschen der Ukraine und dank einer Finanzierung des Ukrainischen Kulturfonds wurde im Jahr 2021 eine entsprechende Informationsseite über die „Galiziendeutschen“ eröffnet.²⁷⁵

Seit Februar 2022 beeinflusst nun der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine die Arbeit des Instituts erheblich. Einerseits reagierten die Mitarbeitenden mit Formaten, die den gestiegenen Informationsbedarf der Öffentlichkeit zu den Themen Ukraine und zu Russland deckten. Im März und April 2022 produzierten Mitarbeitende des Instituts eine Reihe von Videos zu Themen wie der geschichtlichen Rechtfertigung von Herrschaftsansprüchen oder der umstrittenen Parallelisierung des russischen Angriffskrieges mit dem deutschen Überfall auf Polen im Jahr 1939.²⁷⁶ Andererseits beteiligt sich das Institut an Initiativen zum Schutz von Kulturgut in der Ukraine.

Ein wichtiger Beitrag in diesem Zusammenhang ist die direkte Unterstützung von geflüchteten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der Ukraine und Russland. Hier kam dem IKGn sein 2020 eingeführtes Stipendienprogramm zugute. Das Institut fungiert aber auch als Ankerinstitution für Stipendiatinnen und Stipendiaten anderer Programme. Seit 2022 konnte das Institut so mehreren Personen durch Stipendien und die Unterstützung bei der Beschaffung von

Drittmittelstipendien dabei helfen, ihre Arbeiten fortzuführen und in der deutschen Wissenschaft Fuß zu fassen.

Zwischen 2020 und 2024 beherbergte das Nordost-Institut das Sekretariat der deutschen Ko-Direktion der Deutsch-Russischen Geschichtskommission unter der Leitung von Joachim Tauber. In diesem Zusammenhang fand im Juni 2021 in Lüneburg das Kolloquium der Kommission mit dem Titel „Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941: neue Dokumente, Perspektiven, Forschungsansätze“ statt. Im Februar 2022 setzte die deutsche Sektion der Kommission die gemeinsame Arbeit aus und widmete sich vor allem der Fortführung von Publikationsvorhaben, Online-Editionen und der Vergabe von Stipendien für russländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Exil. Nach dem Weggang der Kommission verblieben mit der interaktiven Landkarte „Orte der Erinnerung zur deutsch-sowjetischen Geschichte“ und den „100(0) Schlüsseldokumenten“ zur Geschichte Deutschlands und Russlands bzw. der UdSSR zwei bedeutende digitale Projekte am Institut.²⁷⁷

Das IKGn heute

Im Herbst 2024 erfuhr das Nordost-Institut einen weiteren Leitungswechsel: Auf den im August pensionierten Tauber folgte zunächst kommissarisch der Stellvertreter des Direktors Victor Dönninghaus. Nach einem Ausschreibungsverfahren wurde schließlich zum Oktober 2024 die Osteuropahistorikerin Kirsten Bönker, die zuvor am Historischen Institut der Universität zu Köln tätig war, zur neuen Direktorin ernannt.

Auch der erste Tag der offenen Tür des Instituts, der ursprünglich für März 2020 vorgesehen war, aber mit Ausbruch der Coronavirus-Pandemie kurzfristig abgesagt werden musste, fand schließlich im September 2024 statt. Seit der Aufhebung der pandemiebedingten Einschränkungen im Jahr 2022 lässt sich allgemein eine erneute Intensivierung der Forschungs- und Projektarbeiten des IKGn verzeichnen. Im Rahmen des fortlaufenden Rahmenprojektes „Begegnungen nach

Plan“ konnten die unterbrochenen Archivarbeiten wieder aufgenommen werden. Allein zwischen 2022 und 2025 wurden zudem über 15 Drittmittelprojekte angestoßen.²⁷⁸

Diese Projekte zeichnen sich durch eine große methodologische und thematische Vielfalt aus, wobei der Fokus stets auf der Analyse und Kontextualisierung von Kultur und Geschichte der Deutschen im nordöstlichen Europa liegt. So befassen sich beispielsweise zwei Projekte mit der Geschichte des Kaliningrader Gebiets. Dank einer Förderung der ZEIT-Stiftung konnten zwischen 2018 und 2022 beispielsweise mehr als 10 000 Fotografien aus Privatbesitz dieses Gebiets eingescannt werden, um die Aneignung dieses Raumes durch die nach 1945 neu ankommende Bevölkerung zu dokumentieren. Im Rahmen des Schwerpunkts „Deutsche in der ehemaligen Sowjetunion“ wird in Zusammenarbeit mit der Kasachischen Nationalen Pädagogischen Universität ein weiteres Projekt durchgeführt, das sich mit der politischen Aktivität der Deutschen in Kasachstan in der Breschnew-Zeit befasst.²⁷⁹

Doch vor allem die Spezialisierung auf den europäischen Nordosten und die baltischen Staaten sowie die in dieser Form an kaum einer anderen Stelle vertretene regionale Expertise stellen das Alleinstellungsmerkmal des Nordost-Instituts in den 2020er Jahren dar. Als eine der größten gemäß § 96 geförderten Institutionen beschäftigt es heute 20 feste Mitarbeitende, darunter acht wissenschaftliche Mitarbeitende. Deren Stellen repräsentieren wie schon seit der Institutsgründung vor 25 Jahren den regionalen Zuschnitt: Estland, Lettland, Litauen, Polen und die Gebiete der ehemaligen Sowjetunion. Bei allem Wandel in seiner Konzeptualisierung über die Jahre ist die Hervorhebung des „Nordostens“ gewiss die größte Kontinuität zu der älteren der beiden Gründungen vor 75 Jahren.

Anmerkungen

- 1 Diese Quellen werden mit der Abkürzung „BArch“ angegeben. Neben den Beständen von Kulturwerk und Akademie (Signaturen B476/1–14) wurden relevante Ordner aus den Beständen des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (B150) und des Bundesministeriums des Innern (B106) herangezogen.
- 2 Diese Quellen werden mit der Abkürzung „StadtALg“ und ohne Signatur angegeben. Bei seinem jüngsten Umzug im Jahr 2019 wurden die älteren Archivbestände des IKGN/NOKW ans Stadtarchiv übertragen, jedoch noch nicht archivalisch erschlossen.
- 3 Diese Quellen werden mit der Abkürzung „IKGN-Archiv“ und ohne Signatur angegeben.
- 4 Max Hildebert Boehm: Nordostdeutsches Kulturwerk, in: Die Marienburg. Jahrbuch des Nordostdeutschen Kulturwerks 1 (1953), S. 15–24, hier S. 15.
- 5 Beispielhaft können eine Reihe anderer Institutionen genannt werden, die allesamt bis heute aktiv sind: die weiteren regional orientierten Kulturwerke Adalbert Stifter Verein (1947), Südostdeutsches Kulturwerk (1951), Stiftung Kulturwerk Schlesien (1952); wissenschaftliche Institutionen wie der Göttinger Arbeitskreis (1946) und das Herder Institut in Marburg (1950); sowie der Bund der vertriebenen Deutschen (1951) und der Verband der Landsmannschaften (1952), welche sich 1957 zum Bund der Vertriebenen (BdV) vereinigten.
- 6 Siehe z.B. einen Bericht in der Vertriebenenpresse zum Anlass des tausendjährigen Jubiläums von Lüneburg: Ruth Geede: Lüneburg, die tausendjährige Stadt, in: Das Ostpreußenblatt, 5. Mai 1956, S. 9f.
- 7 Nordostdeutsches Kulturwerk (Ostdeutsche Akademie), Entwurf, o.D. [1961], BArch B476/1.
- 8 Zu Boehms Werdegang siehe Ulrich Prehns Biografie, in der er vor allem in Kapitel 7 auch auf die Gründungszeit vom NOKW und der Nordostdeutschen Akademie eingeht: Ulrich Prehn: Max Hildebert Boehm: Radikales Ordnungsdenken vom Ersten Weltkrieg bis in die Bundesrepublik, Göttingen 2013.
- 9 Siehe ebenda, S. 240–247.
- 10 Ebenda, S. 472.
- 11 Bernhard Schalhorn: Anfänge deutschlandpolitischer Forschungs- und Bildungsarbeit in den fünfziger Jahren: Die Ost-Akademie Lüneburg, in: Deutsche Studien 25 (1987), S. 318–328, hier S. 319.
- 12 Die nach dem vor allem im heutigen Estland tätigen Historiker Carl Schirren benannte Gesellschaft wurde ursprünglich 1932 in Kiel gegründet, zunächst als landsmannschaftliche Vereinigung der Deutschbalten. In der Zeit des Nationalsozialismus ruhten ihre Aktivitäten, ehe Boehm ihren Vorsitz übernahm. Erik

Thomson, der die Geschäftsführung 1951 übernahm, sowie seine Nachfolgerin Vera von Saß (1961–1984), arbeiteten ebenfalls für das Nordostdeutsche Kulturwerk bzw. die Akademie.

- 13 Boehm hatte 1950 auch den „Notverband amtsverdrängter Hochschullehrer und Wissenschaftler“ gegründet, gehörte zum ersten Beirat des Göttinger Arbeitskreises, war 1950 Gründungsmitglied des Herder-Forschungsrates und Mitglied der Gesellschaft für Osteuropa-Kunde, der Ranke-Gesellschaft und der „Europäischen Forschungsgruppe für Flüchtlingsfragen“ (AER), siehe: Pohn, Max Hildebert Boehm (wie Anm. 8), S. 421.
- 14 Keudell war im Anschluss bis zur ersten Jahreshälfte 1955 der erste Präsident des NOKW, allerdings ohne allzu sehr ins Tagesgeschäft einzugreifen. Für eine Kurzbiografie, siehe ebenda, S. 479.
- 15 Dies waren die Landsmannschaften Brandenburg, Pommern, Ostpreußen, Westpreußen, Weichsel-Warthe und Baltikum.
- 16 Siehe die Broschüre: Die Begründung der Nordostdeutschen Akademie in Lüneburg am 31. Oktober 1951, BArch B150/2371. Eine Kopie der ursprünglichen Satzung findet sich bei BArch B150/3430.
- 17 So schilderte z.B. der Direktor des NOKW, Gerhard Cartellieri, 1957, wie die Akademie „sich immer mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit“ gestellt habe, so dass das gemeinsame Gebäude als „Nordostdeutsche Akademie“ bezeichnet wurde und Bestellungen des NOKW häufig der Akademie in Rechnung gestellt wurden: Brief Cartellieri an BMVt, 04.06.1957, BArch B150/3427.
- 18 Vgl. G. J.: Norddeutsche Künstlervereinigung e. V., in: Ostpreussen Warte, April 1952, S. 4.
- 19 Diese Initiativen sind erwähnt in: Nordostdeutsche Akademie in Lüneburg. Wollen wir das Ostdeutschtum kulturell abschreiben? Das Nordostdeutsche Kulturwerk warnt und mahnt, Broschüre, o.D. [ca. 1951], BArch B476/1.
- 20 „Käm’ alles Wetter gleich auf uns zu schlah’n / Wir sind gesinnt, beieinander zu stah’n.“ Die Zeilen des ostpreußischen Dichters Simon Dach stammen aus dem Volkslied „Anke van Tharaw“ aus dem 17. Jahrhundert.
- 21 Vgl. Die Begründung (wie Anm. 16), Zitate S. 5, 8.
- 22 Vgl. Ks.: Die Nordostdeutsche Akademie, in: Das Ostpreußenblatt, 15. September 1952, S. 11.
- 23 Vgl. Brief Boehm an Lukaschek, 11.08.1951, BArch B150/3419. Der Briefkopf trug hier noch „Nordostdeutsche Stiftung (im Aufbau)“ mit der Adresse Ilmenaustraße 2 in Lüneburg – vor dem Umzug in die Herderstraße die erste Anschrift des NOKW. Siehe auch: Brief Lukaschek an Generalsekretär der Kultusministerkonferenz Burkart (Entwurf), 28.08.1952, BArch B150/3428.
- 24 Siehe den Abschnitt „Und wer soll das bezahlen?“ in Nordostdeutsche Akademie (wie Anm. 19).

- 25 Boehm an Lukaschek, 11.08.1951 (wie Anm. 23).
- 26 Briefe Boehm an Anneliese Schodrok (BMVt), 10.12.1952 und 16.12.1952, BArch B150/3428; Boehm an Schodrok, 23.12.1951, BArch B150/3427.
- 27 Boehm an Schodrock, 08.01.1953, BArch B150/3428; Boehm an Schodrock, 13.03.1953, BArch B150/3427.
- 28 Boehm an Lukaschek, 19.06.1953, BArch B150/3427.
- 29 Boehm an Oberländer, 05.12.1953, BArch B150/3429.
- 30 Vgl. Walter Müller: Prüfungsbericht NOK, 12.04.1953, BArch B150/3247; Brief BMG an BMVt, 15.04.1953, ebenda.
- 31 Siehe Vermerk Schodrok (BMVt) zur Förderung des Nordostdeutschen Kulturwerks aus dem Nachtragshaushalt 1952, 30.03.1953, BArch B150/3427; Oberregierungsrat Graebe (BMVt), Vermerk – Erste Konzeption einer Gesamtlösung (Gesprächsunterlage), 26.02.1954, BArch B150/3429. Wie Prehn anmerkt, spielte auch der erste Schatzmeister des NOKW (1951–1959), Kurt Hartwig Siemers bei der Sanierung eine wichtige Rolle. Als Miteigentümer der Bank G.J.H. Siemers & Co. und Hamburger Ehrensensator wickelte er den Zahlungsverkehr ab, sammelte Spenden ein und steuerte teils auch eigene Mittel bei: Prehn, Max Hildebert Boehm (wie Anm. 8), S. 410.
- 32 Vgl. BMVt I 3a an die Vorprüfungsstelle, Betr. Nordostdeutsches Kulturwerk e.V. in Lüneburg, 12.07.1956, BArch B150/3427; Protokoll der Beiratssitzung des Nordostdeutschen Kulturwerks, 09.04.1956, S. 7, BArch B476/14.
- 33 Vgl. Brief BMVt an BMG, 12.10.1954, BArch B150/3428; Brief BMG an NOK, 18.10.1954, ebenda; Brief NOKW an BMVt (mit der neuen Satzung im Anhang), 10.12.1954, ebenda; Vermerk Wieland (BMVt) Betr. Nordostdeutsches Kulturwerk, 04.06.1956, BArch B150/3427.
- 34 Anfangs erwog das niedersächsische Kultusministerium auch das Kulturwerk in „Ostdeutsches Kulturwerk“ umbenennen zu lassen, was allerdings von den anderen Geldgebern nicht bewilligt wurde. Siehe: Brief Bojunga (Nieders. Kultusministerium) an BMVt, 27.04.1954, BArch B150/3428; Einladung zum Festakt zur Umbenennung der Akademie am 31.10.1954, ebenda; BMG, Niederschrift über die Besprechung zwischen BMG, BMVt und Landesbehörden am 20.05.1954, ebenda; Prehn, Max Hildebert Boehm (wie Anm. 8), S. 418.
- 35 Nordostdeutsches Kulturwerk (Ostdeutsche Akademie) (wie Anm. 7). Ein ähnliches Ziel, nämlich „die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in den Grenzen von 1937 und die Aufrechterhaltung des Rückkehrwillens der aus den deutschen Ostgebieten vertriebenen deutschen Bevölkerung“, kennzeichnete in der Zeit allerdings auch die Förderung gemäß § 96. Siehe Bericht der Bundesregierung über die von ihr in den Rechnungsjahren 1957, 1958, und 1959 getroffenen Maßnahmen gemäß § 96 BVFG, 30.08.1960, S. 7, BArch B136/9085.
- 36 Karl-Heinz Gehrmann, Kulturpflege und Kulturpolitik (Manuskript), S. 70, BArch 150/2366.

- 37 Bericht § 96 BVFG, 1960 (wie Anm. 35).
- 38 Siehe etwa Brief NOKW an Vertriebenenminister mit Liste der Arbeiten bis dato, 16.09.1955, BArch B150/3428.
- 39 G. v. S.: ...bis an die Memel, in: Ostpreussen Warte, August 1952, S. 16.
- 40 Nach der Sanierung sollte die Künstlereinung ihre Fördermittel allerdings direkt vom BMVt beziehen. Sie begab sich unter die Betreuung der breiter aufgestellten Künstlergilde e. V., in der sie nach ihrer Auflösung im Jahr 1961 teilweise aufging. Siehe: Brief Künstlergilde an BMVt, 18.02.1954, BArch B150/3428; Beiratssitzung 1956 (wie Anm. 32); Kulturnotiz, in: Das Ostpreußenblatt, 3. Juni 1961, S. 18. Nach Auflösung der Künstlereinung erwog Boehm im Gespräch mit dem BMVt, einen Teil der ausfallenden Kunstförderung über das – zu der Zeit in einer Umbruchphase stehende – NOKW zu gewährleisten: Wieland, Vermerk, Betr. Nordostdeutsches Kulturwerk/Förderung von Künstlern aus dem Nordostdeutschen Raum, 07.12.1961, BArch B150/3430.
- 41 Brief Boehm an Oberländer, 16.12.1953, BArch B150/3429.
- 42 Siehe Sachberichte NOKW 1954/55 und 1955/56, sowie Programm der Kulturtage 1954 und 1956, BArch B150/3428; Bericht zu den Nordostdeutschen Kulturtagen 1956 (Anhang des Arbeitsberichts NOKW 1956/57), BArch B150/3430; zum Ende der Kulturtage: Arbeitsbericht für das BMVt 1958/59, 18.06.1959, S. 5, BArch B150/2363; Berichterstattung in der Vertriebenenpresse: s-h: Tage des Nordostdeutschen Kulturwerks, in: Das Ostpreußenblatt, 29. Juli 1957, S. 10; v. S.: Nordostdeutsche Kulturtage in Lüneburg, in: Das Ostpreußenblatt, 5. Juni 1954, S. 3; v. S.: Nordostdeutsche Kulturtage in Lüneburg, in: Das Ostpreußenblatt, 16. Juni 1956, S. 7; Paul Wittke: Nordostdeutsche Kulturtage, in: Ostpreussen Warte, Juli 1955, S. 10.
- 43 NOKW an BMVt, Betr. Verwendungsnachweis für den Zuschuß des Rechnungsjahres 1951, 26.01.1953, BArch B150/3427. Zur Eingangstür, siehe Jörn Barfod: Kant in Lüneburg, in: Blog des Ostpreußischen Landesmuseums, 15. Mai 2024, URL: <https://blog.ol-lg.de/kant-in-lueneburg/> [Zugriff: 24.08.2026]
- 44 Lydia Ganzer: Nordostdeutsche Akademie eröffnet, in: Ostpreussen Warte, Oktober 1952, S. 2.
- 45 Siehe Datenbasis des DFG, GEPRIS Historisch 1920–1945, URL: <https://gepris-historisch.dfg.de/fall/126102>; für eine biografische Skizze von Gehrman und seiner Arbeit an der Akademie, siehe: Bernhard Schalhorn: Nachdenken über Deutschland. Karl Heinz Gehrman – 80 Jahre, in: Deutsche Studien 31 (1994), S. 151–158.
- 46 Schalhorn, Anfänge (wie Anm. 11), S. 324f.
- 47 Karl Heinz Gehrman: Ostdeutsche Akademie Lüneburg – Ein kritisches Vorwort, in: Ostbrief 1 (1954), S. 2–10, hier S. 2f.
- 48 Siehe Sachberichte des NOKW für 1954/55 und 1955/56, BArch B150/3427.

- 49 Nordostdeutsches Kulturwerk e.V. (Ostdeutsche Akademie Lüneburg), Arbeitsberichte 1957/58 und 1958/59, BArch B476/3. Krannhals realisierte zwischen 1958 und 1962 allerdings auch ein Forschungsprojekt über den Warschauer Aufstand von 1944, dessen Ergebnis 1962 als Monografie erschien. In dem Kontext fungierte er auch als Gutachter im Rahmen der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und das Verfahren rund um den ehemaligen SS-Gruppenführer und damaligen Landtagsabgeordneten in Schleswig-Holstein: vgl. „...weil sie es nicht besser gelernt haben. Belastendes Kriegstagebuch“, in Die Zeit, 13. Oktober 1961.
- 50 Prehn, Max Hildebert Boehm (wie Anm. 8), S. 417.
- 51 Vgl. Dieter Segert: Die neue Unübersichtlichkeit: Osteuropa in der politischen Bildung, in: Osteuropa 55 (2005), H. 8, S. 73–82, hier S. 74.
- 52 „Ostmitteleuropa und das Flüchtlingsproblem in der akademischen Arbeit.“ Tagungs- und Erfahrungsbericht der Internationalen Arbeitstagung vom 4.–17. Sept. 1953 in Lüneburg, S. 5 und S. 12, BArch B150/3428.
- 53 Zu den SBZ-Flüchtlingskursen, siehe auch Erwin Gülcher: Unsere Arbeit mit Flüchtlingen aus der Sowjetzone, in: Ostbrief 1 (1954), S. 12 f.; Prehn, Max Hildebert Boehm (wie Anm. 8), S. 430–433.
- 54 So fand die Niedersächsische Regierung die Arbeit der Akademie „im Sinne einer praktischen Ostkunde“ und ihre Zusammenarbeit mit Schulen und Hochschulen im Bundesland „bisher nicht befriedigend“ und forderte eine Besserung: Brief Regierungspräsident an BMVt, 22.02.1955, BArch B150/3427.
- 55 Ulrich Prehn: „An der schmalen Grenze zwischen Wissenschaft und Politik“: Max Hildebert Boehm und die Gründungsgeschichte der (Nord-) Ostdeutschen Akademie, in: Deutsche Studien 49 (2003), H. 149, S. 27–51, hier S. 37.
- 56 Bericht über die ostpolitischen Lehrgänge für Offiziere und Fähnriche der Bundeswehr (Panzergruppenschule Münster) an der Ostdeutschen Akademie in Lüneburg (Anlage 1–3 zum Arbeitsbericht der Nordostdeutschen Akademie des Nordostdeutschen Kulturwerks e. V. 1958), BArch 150/3431.
- 57 Prehn, Max Hildebert Boehm (wie Anm. 8), S. 452–458; Prehn, An der schmalen Grenze (wie Anm. 55), S. 38 f.
- 58 Protokoll der Beiratssitzung vom 29.03.1957, BArch B150/3428; Protokoll der Beiratssitzung vom 12.05.1959, BArch B476/14.
- 59 Vermerk Wieland (BMVt), Betr. Nordostdeutsches Kulturwerk, 13.01.1961, BArch B150/3430.
- 60 Vgl. Statut und Arbeitsgrundsätze der Ostdeutschen Akademie, 1961, BArch 476/3; Klaus Reinhardt: Mit der „Distelkunde“ aufgeräumt, in: Kieler Nachrichten, 1. November 1961, S. 14.
- 61 Arbeitsbericht der Ostdeutschen Akademie für 1962, Arbeitsgrundsätze, Stadt-ALg.
- 62 Protokoll der Beiratssitzung vom 21.05.1963, BArch B76/14.

- 63 Protokoll der Beiratssitzung vom 19.10.1967, BArch B76/14.
- 64 Zu Ullrich und dem IGA, siehe Prehn, Max Hildebert Boehm (wie Anm. 8), S. 458–461. Siehe auch Briefwechsel Ullrich und BMVt in BArch B150/3420; Arbeitsberichte der Ost(deutschen)-Akademie 1964, 1965 und 1966, in StadtALg.
- 65 Protokoll der Beiratssitzung vom 01.06.1965, BArch B76/14.
- 66 Arbeitsbericht der Ostdeutschen Akademie für 1962, BArch B476/3.
- 67 Vermerk Wieland (BMVt), Betr. Nordostdeutsches Kulturwerk; Besprechung mit Reg.Direktor Dr. Chyla (BMG) am 4.7.61, 10.07.1961, BArch B150/3430.
- 68 Brief Wieland an Gehrmann, 19.11.1962, BArch B150/3431.
- 69 Brief MinDir von Aulock an Boehm, 11.01.1962, BArch B476/18; Brief Wieland an v. Funcke, 12.02.1962, BArch B150/3430; Arbeitsberichte des NOKW 1962 und 1963, StadtALg.
- 70 Bzgl. des Treffens mit den Landsmannschaften, siehe: Interne Schrift Wieland an Vetter (BMVt), 12.09.1962, BArch 150/3431; Vetter (BMVt), Vermerk Betr. Arbeitsbesprechung am Nordostdeutschen Kulturwerk am 13. Okt. 1962 in Lüneburg, 16.10.1962; ebenda; Vermerk Vetter (BMVt), Betr. Mitgliederverzeichnis, 29.10.1962; ebenda; Wieland (BMVt) an Boehm, Betr. Weiterführung der Arbeiten des Nordostdeutschen Kulturwerks auf Grund der Anregungen anlässlich der Arbeitsbesprechung am 13. Oktober in Lüneburg, 15.11.1962, ebenda; Protokoll der Arbeitstagung vom 13. Oktober 1962 mit den Kulturreferenten der nordostdeutschen Landsmannschaften etc., StadtALG. Zu Willy Heier als angedachtem Kulturreferenten im Präsidium, siehe z.B. Beiratssitzung 1963 (wie Anm. 62).
- 71 Das nordostdeutsche Kulturerbe und seine europäische Funktion, in: Europäische Begegnung, Januar 1962, S. 11–15, in BArch B150/3430; Brief Boehm an BMVt, Betr. Bundeszuschuß für das Rechnungsjahr 1962, 04.12.1961, BArch B150/3431; Brief Boehm an v. Aulock (BMVt), 01.02.1962, BArch B476/18; Memorandum: Die Sonderaufgaben des Nordostdeutschen Kulturwerks. Möglichkeiten und Grenzen, 05.02.1962, BArch B150/3430.
- 72 Memorandum (wie Anm. 71), siehe auch Prehn, Max Hildebert Boehm (wie Anm. 8), S. 462.
- 73 Ein erster besonderer Förderantrag für 1961 wurde trotz zunächst positiver Prüfung auf Anraten Gehrmanns nicht bewilligt, so dass die Arbeit an der Kartei erst 1962 mit der regelmäßigen Förderung des Kulturwerks gefördert wurde: Brief Boehm an BMVt, 04.07.1961, BArch B476/18; Unterlagen zur Prüfung des Antrags in BArch B150/3430; Arbeitsberichte Nordostdeutsches Kulturwerk 1962, 1963 und 1964, StadtALg;
- 74 Boehm an v. Aulock, 01.02.1962 (wie Anm. 71). Zu Hillen Ziegfelds nationalsozialistischer Vergangenheit, siehe Prehn, Max Hildebert Boehm (wie Anm. 8), S. 421–424.

- 75 Protokoll der Arbeitstagung vom 13. Oktober 1962 (wie Anm. 70); Brief Boehm an Wieland, 22.06.1963, BArch B150/3430; NOKW-Berichte 1963 und 1964, StadtALg; Protokoll der Beiratssitzung vom 28.04.1964, BArch B476/14.
- 76 Zu Keudell, siehe: Prehn, Max Hildebert Boehm (wie Anm. 8), S. 479. Zu Cartellieri: Bogdan Chrzanowski, Andrzej Gąsiorowski u. a.: *Polska podziemna na Pomorzu w latach 1939–1945*, Gdańsk 2005, S. 89. Zu Rehs: Michael Schwarz: *Funktionäre mit Vergangenheit: Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“*, München 2013. Zu Hubatsch: Eva-Lotte Kalz: „Die Historiker waren Soldaten“. Walther Hubatschs Geschichte vom Kriegsende in Göttingen, in: Petra Terhoeven, Dirk Schumann (Hrsg.): *Strategien der Selbstbehauptung: Vergangenheitspolitische Kommunikation an der Universität Göttingen (1945–1965)*, Göttingen 2021, S. 100–141.
- 77 Ein Bericht Ende 1964 detaillierte die Unkosten des Wohnheims, das, anders als im Rahmen der Sanierung vorgesehen war, seine Kosten nicht durch seine Einnahmen stemmen konnte und somit auch von Zuschüssen abhängig war: Bericht über die Finanzlage des Wohnheims und des Grundstücks, 31.10.1964, BArch B476/3.
- 78 Vgl. Brief Gehrman an die Mitglieder des Beirats, 02.11.1964, BArch B476/14; Protokoll der außerordentlichen Beiratssitzung vom 05.11.1964, ebenda; Beiratssitzung 1965 (wie Anm. 65). In späteren Darstellungen der Akademiegeschichte wurde die juristische Trennung 1965 so interpretiert, dass die Akademie alleiniger direkter Erbe des NOKW von 1961 und das „neue“ NOKW eine Art Abzweigung sei: Schalhorn, Anfänge (wie Anm. 11), S. 327; Prehn, An der schmalen Grenze (wie Anm. 55), S. 39. Formaljuristisch mag dies stimmen, allerdings wurde die Variante der einfachen Umbenennung des ersten NOKW in Ost-Akademie vor allem aus haushaltspragmatischen Gründen gewählt und das NOKW von 1965 entspricht mit seinen kulturhistorischen Akzenten in vielerlei Hinsicht den ursprünglichen Konzeptionen des NOKW von 1951.
- 79 Vgl. Brief Gehrman an Wieland mit Anhang, 28.05.1964, StadtALg.
- 80 Vermerk Wieland (BMVt), Betr. Künftige Arbeit des Nordostdeutschen Kulturwerks, 25.08.1964, BArch B150/3431.
- 81 Siehe den Arbeitsplan im Anhang zu: Brief Gehrman an BMVt, 14.12.1964, StadtALg; Brief Gehrman an BMVt, 06.05.1965, ebenda.
- 82 Nordostdeutsches Kulturwerk e.V.: *Rettung Ostdeutschen Kulturgutes*, o.D. [ca. 1965/66], BArch 476/16. Hervorhebung im Original.
- 83 Siehe Notizen Gehrman zum Bericht der Lage in Vorbereitung der Mitgliederversammlung des NOKW am 05.02.1977, StadtALg. Bzgl. der Unterscheidung zwischen „Osteuropaforschung“ und „Ostforschung“, siehe Segert, *Neue Unübersichtlichkeit* (wie Anm. 51), S. 73–77.
- 84 Vgl. pl: Gelehrte und Künstler saßen in der Diele des Alten Hauses, in: *Landeszeitung für die Lüneburger Heide*, 5. Oktober 1965.

- 85 Vgl. Programmblatt Nordostdeutsches Kulturwerk, Deutsches Archiv für Kulturgut des Nordostens, o.D. [vermutlich 1966], BArch 476/16; et: Wertvolle Mosaiksteine der Kulturgeschichte des Ostens, in: Landeszeitung, 3. Mai 1966, S. 4.
- 86 Vgl. Arbeitsberichte des NOKW für 1965 und 1966, StadtALg.
- 87 Vgl. Eckard Jäger: Eine Ausstellung des Nordostdeutschen Kulturwerks: Alte Graphik – Städte an der Ostsee, in: Deutsche Umschau, Oktober 1968, S. 7.
- 88 Vgl. Arbeitsberichte des NOKW für 1967 und 1968, StadtALg.
- 89 Ebenda; Etwas Neues für Heimatforscher und Sammler, in: Deutsche Umschau, Oktober 1968, S. 6. Zunächst nannte sich das „Deutsche Archiv für Kulturgut des Nordostens“ inoffiziell und in den Arbeitsberichten „Nordost-Archiv“, ehe dieser Name ganz von der Zeitschrift eingenommen wurde. Damit wurde erstmals auf einen direkten Bezug auf das „Deutsche“ an dieser Region verzichtet.
- 90 Vgl. Arbeitsbericht des NOKW für 1978, StadtALg.
- 91 Vgl. Arbeitsbericht des NOKW für 1967, StadtALg.
- 92 Beiratssitzung 1967 (wie Anm. 63).
- 93 Arbeitsbericht der Ost-Akademie für 1967, BArch B476/3.
- 94 Vgl. Protokoll der Beiratssitzung vom 12.11.1968, BArch B476/14.
- 95 Arbeitsbericht der Ost-Akademie für 1969, BArch B476/3.
- 96 Vgl. Arbeitsbericht der Ost-Akademie für 1966, BArch B476/3.
- 97 Vgl. Erik Thomson: Nordostdeutsches Kulturwerk: Wechsel in der Leitung, in: Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 1. April 1982.
- 98 Siehe vor allem die Würdigungen des Studienkreises als Ischreyts Hauptwerk in seinen Nachrufen 1993: Bernhard Schalthorn: Dr. Phil. Heinz Ischreyt (1917–1993), in: Deutsche Studien 30 (1993), H. 120, S. 415–418; Eckhard Matthes: Er war ein Mensch der leisen Töne, in: Kulturpolitische Korrespondenz, 15. Juli 1993. Die Ergebnisse der Tagungen des Studienkreises wurden zwischen 1972 und 1989 in der Reihe „Studien zur Geschichte der Kulturbeziehungen in Mittel- und Osteuropa“ veröffentlicht.
- 99 Vgl. RD Dr. Geißler, BMI VtK I 1, Vermerk, Betr. Studienkreis für Kulturbeziehungen in Mittel- und Osteuropa, 27.09.1976, BArch B106/98828.
- 100 So merkte Bong in einem kurzen Rückblick auf die Aktivitäten des Archivs im Herbst 1972 an, dass die „Verlegung des Arbeitsschwerpunkts von der Öffentlichkeitsarbeit [...] auf die eigentliche Rettungsarbeit“ zu Beginn der 1970er Jahre auch „politisch bedingt“ gewesen sei, in BArch B106/47094.
- 101 Vgl. wgl: Schulalltag als Geschichte, in: Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 30. Juli 1981.

- 102 Der entsprechende Arbeitsbericht des NOKW präsentiert Reklaitis als „litauischen“ Kunsthistoriker. Tatsächlich war er über seine Mutter auch litauisch-deutscher Abstammung, wurde jedoch zunächst kaum mit Deutsch sozialisiert. Dieser Bezug gewann erst nach 1941 an Bedeutung, als die Familie vor dem stalinistischen Terror nach Deutschland floh. In den 1970er Jahren war Reklaitis in der Bibliothek des Herder-Instituts in Marburg beschäftigt. Siehe: Peter Wörster: Dr. Povilas Reklaitis und sein Litauen-Archiv, in: Annaberger Annalen 12 (2004), S. 211–224.
- 103 Siehe z.B. Arbeitsberichte des NOKW für 1977 und 1978, StadtALg.
- 104 Verordnung über die Zuführung von Mitteln nach dem Gesetz zur Abwicklung der unter Sonderverwaltung stehenden Vermögen von Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen für Zwecke des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes vom 23. August 1974, BGBl 1974, Teil I, Nr. 100, 29.08.1974, S. 2082 f.
- 105 Ebenda, § 3 Abs. 2a.
- 106 Siehe z.B. Dr. Ermisch (BMI-Haushaltsreferat) an Ref. Vt 3, Betr. Mittel der Westvermögen-Zuführungsverordnung, 13.09.1974, BArch B106/47096; Brief BMI VtK I an NOKW (Entwurf), 27.01.1976, ebenda; Vermerk Dr. Geißler (BMI VtK I 1), Betr. Sitzung des Ausschusses 2 der Argeflü in Lüneburg am 11./12. März 1976, 17.03.1976, ebenda.
- 107 Siehe z.B. Dr. Geißler (BMI VtK I 1), Vermerk, Betr. Verwendung von Mitteln nach der Westvermögen-Zuführungsverordnung, 11.09.1975, BArch B106/47096; BMI Vermerk Auswirkungen der Mittelzuweisung nach der Westvermögen-Zuführungsverordnung (WVZV) auf die Förderung der Empfänger nach §§ 23, 44 BHO, 21.11.1975, ebenda.
- 108 Vgl. RD Broschat (BMI VtK I 1), Vermerk zur Zuwendung für das NOKW 1976, 01.07.1976, BArch B106/47096.
- 109 Vgl. Brief Gehrman an BMI, Betr. Auswirkungen der Mittelzuweisungen nach der Westvermögen-Zuführungsverordnung auf die Förderung der Empfänger nach §§ 23, 44 BHO, 23.02.1976, BArch B106/47096.
- 110 Vgl. Prof. Dr. Walther Hubatsch, Bericht zur Lage NOKW e. V., 05.02.1977, StadtALg.; Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung des Nordostdeutschen Kulturwerks e. V., 05.02.1977, ebenda.
- 111 Brief MD Fuchs (BMI) an Gehrman, Betr. Institutionelle Förderung des Nordostdeutschen Kulturwerks e. V., 20.12.1977, StadtALg.
- 112 Brief MD Fuchs an Nöbel, MdB, Betr. Bericht der Bundesregierung über die von ihr in den Rechnungsjahren 1973, 1974 und 1975 gem. § 96 BVFG getroffenen Maßnahmen, 17.02.1978, BArch B106/72543.
- 113 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung des Nordostdeutschen Kulturwerks e. V. am 12.08.1982, StadtALg.

- 114 Zur Ausgangslage, siehe z.B. für den Abteilungsleiter VtK im BMI bestimmtes Hintergrundmaterial über die Kulturarbeit im Vertriebenenbereich, 22.10.1976, BArch B106/98828.
- 115 Siehe dazu die Unterlagen zur parlamentarischen Beratung des § 96-Berichts der Bundesregierung für 1973–1975 aus dem Jahr 1978, die erste Diskussion eines solchen Berichts im Plenum des Bundestages, unter BArch B106/72543.
- 116 Dr. Neuhoff, Kein Kulturdirigismus!, Osmipress 6/78, BArch B106/72543.
- 117 Deutscher Bundestag, Drucksache 9/1589, 22.04.1982, S. 24.
- 118 Siehe Protokoll der Mitgliederversammlung des NOKW am 15.08.1975, Stadt-ALg.
- 119 Siehe Beitrag des parlamentarischen Staatssekretärs von Schoeler bei der Bundestagsdebatte über den § 96 Bericht für 1973–1975, 13.04.1978, BArch B106/72543.
- 120 MinDir Fuchs, Protokoll der
19. Sitzung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen, 23.11.1977,
S. 19, BArch B106/72543.
- 121 Siehe die Konzeption unter: Deutscher Bundestag, Drucksache 9/1589.
- 122 Christian Jacques: Le réseau § 96 (de la Loi sur les expulsés de 1953) et les représentations du „passé allemand“ d'Europe centrale et orientale. Vers un espace public transnational?, in: Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande 48 (2016), H. 2, S. 371–385, hier S. 379.
- 123 Vgl. Deutscher Bundestag, Protokoll der parlamentarischen Besprechung des Berichts der Bundesregierung über ihre Maßnahmen zur Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG in den Jahren 1981, 1982 und 1983, 23.10.1986, BArch B106/98859.
- 124 Siehe die Ankündigung der Demonstration in Moin. Illustrierte Heidezeitung Nr. 8, Oktober 1985, StadtALg.
- 125 Vgl. Karl Heinz Gehrmann: Studien über Deutschland und den Osten. 25 Jahre Ost-Akademie Lüneburg, in: Der Gemeinsame Weg 3 (1977), S. 3–7.
- 126 Vgl. Eckhard Jäger: Deutsches Archiv für Kulturgut des Nordostens. Katalog I: Landkartensammlung: Dokumente der Kartographie des 16.–20. Jh. Graphiksammlung Stadtansichten, historische Szenen, Volkstrachtendarstellungen, Porträts des 16.–19. Jh., Lüneburg 1977; Hans Peterleitner, Otto Bong: Nordost-Bibliothek: Bestandskatalog II: Preußen als Gesamtstaat, Ostpreußen, Westpreußen, Danzig, Pommern, Posen, Wartheland, Grenzmark, Brandenburg, Berlin, Schlesien, Provinz Sachsen, Lüneburg 1977; Dies.: Nordost-Bibliothek: Bestandskatalog III. Deutschland als Gesamtstaat: Sachsen, Thüringen, Mecklenburg, Ostseeraum, Polen, Rußland, Böhmen, Südosteuropa, Lüneburg 1977; Dies.: Nordost-Bibliothek: Bestandskatalog IV: Biographien, Memoiren, Briefe; Belletristik aus dem mittel- und ostdeutschen und osteuropäischen Raum, Lüneburg

- 1978; Uta Reinhardt, Eckhard Jäger: Das Deutsche Archiv für Kulturgut des Nordostens. Illustrierte Informationsschrift, Lüneburg 1977.
- 127 Siehe Verlaufsprotokoll der Mitgliederversammlung des NOKW e.V. am 15.08.1975, StadtALG; Protokoll der Mitgliederversammlung des NOKW e.V. am 05.02.1977, ebenda.
- 128 Siehe Unterlagen zu dem Einbruch unter der Signatur: BArch B106/47094.
- 129 Vgl. Archivbau ist Förderungswürdig, in: Landeszeitung, 10. Juni 1977; Vom Putz befreit, in: Landeszeitung, 16. Juli 1976; Altes Haus Am Berge: Jetzt eine Visitenkarte für die Straße, in: Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 11. November 1976.
- 130 Arbeitsbericht des NOKW für 1977, StadtALG.
- 131 Protokoll der Mitgliederversammlung des NOKW am 05.02.1977, StadtALG.
- 132 Vgl. Arbeitsbericht des NOKW für 1979, StadtALG; Th. B.: Nordost-Bibliothek in Lüneburg feierlich eröffnet, in: Weichsel-Warthe, Mai 1980; Eckhard Jäger: Nordost-Bibliothek in Lüneburg eingeweiht, in: Unser Danzig Nr. 9, 1980, S. 4f.
- 133 Im Zuge des Kaufs wurde der Mietvertrag des NOKW um 30 Jahre, also bis 2015 verlängert: Protokoll der Vorstandssitzung des NOKW am 18.04.1983; siehe auch zu dem Kauf: Erik Thomson: „Brömse-Haus“ Mieter sind nun Eigentümer, in: Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 15. März 1983.
- 134 Vgl. Brief Gehrmann an Broschat (BMI), 22.12.1978, StadtALG.
- 135 Vgl. Protokoll der gemeinsamen Vorstandssitzung von NOKW und Ost-Akademie am 15.06.1979, StadtALG.
- 136 Siehe die Berichterstattung in der Lokalpresse zu der Krise: Ost-Akademie Lüneburg: Nur noch bedingt arbeitsfähig, in: Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 8. Dezember 1980; Jörg Bilke: Ost-Akademie, in: Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 15. Januar 1981; Karl Heinz Gehrmann: Ost-Akademie, in: Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 26. Januar 1981; Ost-Akademie: „1981 voll arbeitsfähig“, in: Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 20. Dezember 1980; Ost-Akademie: Neuer Leiter, in: Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 7. Oktober 1980.
- 137 Siehe die Angaben von Geierhos gegenüber den Mitgliedern des NOKW: Protokoll der Mitgliederversammlung des NOKW am 19.04.1983, StadtALG.
- 138 Schalhorn, Anfänge (wie Anm. 11), S. 327.
- 139 Vgl. Abschrift einer Sendung im NDR-Hannover, 11. Oktober 1985, StadtALG.
- 140 Siehe Peter Römer, Tagungsbericht „Die SED-Diktatur und die Deutsche Frage. Zur Auseinandersetzung mit der deutschen Teilung und der SED-Ideologie in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung der Bundesrepublik vor 1989“, Vlotho, Oktober 2011, H-Soz-Kult, URL: <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-122521> [Zugriff: 28.06.2026].

- 141 Entsprechendes bemerkte Ischreyt z.B. 1982 – die Akademie werde in der Regel als dem NOKW übergeordnet wahrgenommen: Protokoll der Vorstandssitzung des NOKW am 02.04.1982, StadtALg.
- 142 Zeitweise – von August bis Dezember 1980 und als Vertretung für Ischreyt – übernahm der Redakteur und Verlagsleiter Eckhard Jäger die Geschäftsführung.
- 143 Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung am 14.03.1981, StadtALg.
- 144 Vgl. Arbeitsbericht des NOKW 1979, StadtALg; Nordostdeutsches Kulturwerk setzt Forschungsschwerpunkte, in: Deutscher Ostdienst, 24. Juni 1982; Unerforschte Stadt-Bilder, in: Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 26. Oktober 1981.
- 145 Nach Etappen in Darmstadt und in Frankreich wurde die BZB 1995 schließlich als Dauerleihgabe der Lettischen Nationalbibliothek übergeben: Viesturs Zanders: Baltijas Centrālā bibliotēka, in: archiv.org.lv, URL: <https://www.archiv.org.lv/trimda1996/biblioteka/bib3.htm> [Zugriff: 27.06.2026].
- 146 Verlaufsprotokoll der Mitgliederversammlung des NOKW am 19.04.1983, StadtALg.
- 147 Ausstellung in der Nordost-Bibliothek: So ging es früher auf die Reise, in: Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 9. November 1983; Völkerbilder in Vergangenheit und Gegenwart: Vorurteile Prüfen, in: Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 25. November 1983, S. 5; Erik Thomson: Deutsche und Litauer in der Zwischenkriegszeit, in: Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 29. November 1979.
- 148 Matthes, Vermerk, Betr. Vorstandssitzung am 18. April 1983, TOP 4, 11.04.1983, StadtALg.
- 149 Vgl. Jörg Hackmann: Der Ostseeraum als Geschichtsregion. Klaus Zernacks Konzeption von Nordosteuropa, in: Zapiski Historyczne LXXXVI (2021), H. 3, S. 117–138.
- 150 Protokoll der Vorstandssitzung des NOKW am 18.04.1982, StadtALg.
- 151 So im Ergebnisprotokoll der Mitgliederversammlung des NOKW am 19.04.1983, StadtALg. Im Verlaufsprotokoll kommen die Bedenken, etwa von Detlef Kühn oder Theodor Bierschen, etwas mehr zum Vorschein.
- 152 In seinen Schreiben stellte er die geringe Förderung der Vertriebenenverbände immer wieder den hoch dotierten Kulturwerken gegenüber und implizierte, dass letztere ihre Arbeit nicht angemessen gestalten würden. Siehe z.B. Brief Czaja an Bundesminister des Innern, 07.06.1983, BArch B106/139604; Brief Czaja an Köckritz, 22.09.1983, ebenda.
- 153 Brief Czaja an MD Fuchs, 11.08.1983, BArch B106/139604; Brief Czaja an MD Fuchs, 29.08.1983, ebenda; Brief Czaja an BMI-Staatssekretär Waffenschmidt, 01.09.1983, ebenda.
- 154 Brief Broschat an Matthes, 29.08.1983, StadtALg.

- 155 Broschat, Vermerk zum Thema „Kritik an den ostdeutschen Kulturwerken“, 30.09.1983, Punkt 2b, BArch B106/139604; Ergebnisprotokoll des Gesprächs des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen mit Herrn Bundesminister Dr. Zimmermann, 05.10.1983, B106/139604.
- 156 Protokoll der Vorstandssitzung des NOKW am 20.10.1983, StadtALg.
- 157 Vgl. Vermerk MR Broschat (BMI), Betr. Entwicklung und Arbeitsprogramm des Nordostdeutschen Kulturwerkes e. V. (NOKW) in Lüneburg, 31.01.1984, IKGn-Archiv.
- 158 Siehe Vermerk Matthes zur Besprechung in Münster am 16.03.1984, IKGn-Archiv; Protokoll der Besprechung des Vorstandes des NOKW mit den Sprechern und Geschäftsführern der nordostdeutschen Landsmannschaften, 23.01.1985, StadtALg.
- 159 Vgl. Vera von Sass: Aktennotiz von der Sitzung der Bundeskulturreferenten der Nordostdeutschen Landsmannschaften, unter Leitung von General Radza, in Lüneburg, am 22./23. Januar 1985, IKGn-Archiv.
- 160 In seiner Korrespondenz mit Matthes gab Gehrman, der einer Zusammenarbeit mit den Landsmannschaften eher skeptisch gegenüberstand, viele taktische Ratschläge, wie man die Mitgliederversammlung dazu bringen könne, den Vorschlägen des Vorstands zuzustimmen: Brief Gehrman an Matthes, 03.03.1984, StadtALg.
- 161 Protokoll der Vorstandssitzung des NOKW am 17.09.1984, StadtALg. Die letztlich im Jahr 1986 verabschiedete Satzung erlaubte weiterhin nur die Aufnahme von natürlichen Personen als Mitglieder. Sie eröffnete der Mitgliederversammlung jedoch ein Benennungs- und Zuwahlrecht: Siehe Brief NOKW an die Mitglieder mit der zur Wahl stehenden neuen Satzung, 01.09.1987, StadtALg.
- 162 Siehe Mitgliederverzeichnisse für 1982 und 1989, StadtALg. Im § 96-er Bericht der Bundesregierung für die Jahre 1981–1983 wurde die Aufnahme zahlreicher Hochschullehrer positiv hervorgehoben, als Beitrag zu einer besseren Vernetzung im universitären Bereich: Deutscher Bundestag, Drucksache 10/2178, S. 10.
- 163 Siehe Einladung zum 7. Vortrag (5. März 1986) mit Übersicht der vorangegangenen Vorträge, StadtALg. Siehe auch die Berichterstattung: Erik Thomson: Aspekte ostdeutscher Landesgeschichte, in: Kulturpolitische Korrespondenz, 25. Juni 1985; Erik Thomson: Des Heiligen Römischen Reiches Streusandbüchse: Lüneburger Vortrag zur Geschichte Brandenburgs, in: Kulturpolitische Korrespondenz, 25. Januar 1986, S. 13; Erik Thomson: Geschichte Pommerns, in Lüneburg erläutert, in: Kulturpolitische Korrespondenz, 25. September 1985, S. 17; Erik Thomson: Geschichte Ost- und Westpreußens, in: Kulturpolitische Korrespondenz, 25. Juli 1985, S. 9; Fesselnder Vortrag über Brandenburg, in: Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 6. Dezember 1985, S. 6.
- 164 Vgl. Brief Matthes an Gehrman, 07.06.1988, StadtALg.
- 165 Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung des NOKW am 09.05.1987, StadtALg.

- 166 Vgl. ebenda; Protokoll der Mitgliederversammlung am 22.04.1989, StadtALg.
- 167 Vgl. Protokolle der Mitgliederversammlungen 1986 und 1987, StadtALg.
- 168 Protokoll der Mitgliederversammlung des NOKW am 07.05.1988, StadtALg.
- 169 Horst-Dieter von Enzberg: Die Goetheschule in Graudenz und das deutsch-polnische Verhältnis: 1920–1945, Lüneburg 1994.
- 170 Vgl. Briefe Felderhof (BMI) an NOKW, 16.01.1989 und 26.01.1989, StadtALg; Protokoll der Mitgliederversammlung des NOKW am 22.04.1989, ebenda.
- 171 Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlungen 1987 und 1989, StadtALg; Rex Rexheuser: Zur Arbeit des Nordostdeutschen Archivs, in: Institut Nordostdeutsches Kulturwerk (Hrsg.): Nordostdeutsches Archiv: Entstehung – Aufgaben – Bestände, Lüneburg 1991, S. 7–17; Bericht der Bundesregierung über ihre Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG in den Jahren 1986 bis 1990, Drucksache 12/5490, 23.07.1993, S. 10, 18. Der Leitfaden selbst erschien 1989 im Eigenverlag: Walter Camphausen, Rex Rexheuser: Ostdeutsche archivarische Sammlungen: ein Leitfaden für Erschließung und Aufbewahrung, hg. von Eckhard Matthes, Lüneburg 1989.
- 172 Vgl. Organisationsplan für das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk, März 1990, StadtALg; Institut Nordostdeutsches Kulturwerk, Broschüre, ca. 1989, ebenda.
- 173 Helmut C. Pleß: Nordostdeutsches Kulturwerk Lüneburg: Im alten Brömsehaus werden Spuren gesichert, in: LZ-Magazin am Wochenende, 9. Mai 1987, S. 1–3.
- 174 Vgl. Rexheuser, Zur Arbeit des Nordostdeutschen Archivs (wie Anm. 172).
- 175 Vgl. Aktionsprogramm des Bundesministeriums des Innern zur Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit in den Jahren 1988 bis 1993, 23.06.1988, Deutscher Bundestag, Drucksache 11/2572, S. 18 f.
- 176 Vgl. Antrag der SPD-Fraktion im Innenausschuss des Deutschen Bundestages, Ostdeutsche Kulturarbeit, Anlage 2 zum Protokoll der Ausschusssitzung vom 21.06.1989, BArch B106/98860.
- 177 Vgl. Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages, 15.03.1989, BArch B106/98860.
- 178 Auszug der Regierungserklärung vom 30. Januar 1991, zitiert zu Beginn des Aktionsprogramms des Bundesministeriums des Innern zur Förderung der deutschen Kultur des Ostens in den Jahren 1994 bis 1999, 14.06.1994, Deutscher Bundestag, Drucksache 12/7877, S. 28.
- 179 Vgl. Bericht der Bundesregierung über ihre Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG in den Jahren 1986 bis 1990, Deutscher Bundestag, 23.07.1990, Drucksache 12/5490, S. 3
- 180 Vgl. Bericht der Bundesregierung über ihre Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG in den Jahren 1991 und 1992, 14.06.1994, Deutscher Bundestag, Drucksache 12/7877, S. 2.

- 181 Vgl. Bericht der Bundesregierung über ihre Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG in den Jahren 1993 und 1994, 20.01.1997, Deutscher Bundestag, Drucksache 13/6796, S. 29.
- 182 Dies erklärte etwa ein Vertreter von BMI gegenüber dem Vorstand des NOKW. Siehe Protokoll der Vorstandssitzung des NOKW am 19.04.1991, StadtALg.
- 183 Für eine skizzierte Begriffsgeschichte von „Ostdeutschland“, siehe Klaus Zernack: Der historische Begriff „Ostdeutschland“ und die deutsche Landesgeschichte, in: Nordost-Archiv 1 (1992), H. 1, S. 157–173.
- 184 Bericht der Bundesregierung über die von ihr in den Rechnungsjahren 1957, 1958 und 1959 getroffenen Maßnahmen gemäß § 96 BVFG, S. 46, BArch B136/9085; Die Entwicklung der Ostforschung seit 1945. Ein Blick auf die bestehenden Institute und ihre Arbeitsweise, in: Das Parlament Nr. 32, 13. August 1958, S. 5, BArch B476/1.
- 185 Vgl. Boris Meissner, Gilbert H. Gornig, Alfred Eisfeld: Die Entwicklung des Göttinger Arbeitskreises e. V. seit 1946 und sein Beitrag zur Osteuropaforschung, in: Website des Göttinger Arbeitskreises vom o.D., ca. 2019.
- 186 Vgl. Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung: 10 Jahre Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung des Göttinger Arbeitskreises e.V.: Forschungs- und Publikationsbericht, Göttingen 2001, S. 24–27.
- 187 Vgl. Bericht der Bundesregierung über ihre Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG in den Jahren 1991 und 1992, 14.06.1994, Deutscher Bundestag, Drucksache 12/7877, S. 12.
- 188 Vgl. Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung, 10 Jahre (wie Anm. 187), S. 29–31.
- 189 Siehe eine Liste der Tagungen und Veröffentlichungen in: ebenda.
- 190 Die Darstellung der Ereignisse auf der Website des Göttinger Arbeitskreises ist äußerst kritisch gegenüber der Rot-Grünen Politik jener Zeit und lässt den Zusammenschluss mit dem NOKW eher wie eine Zwangsehe erscheinen: Meissner, Gornig, Eisfeld, Entwicklung (wie Anm. 186).
- 191 Vgl. lit: Begegnung mit den östlichen Nachbarn, in: Das Parlament, 25. Juni 1993, S. 15.
- 192 Bernhard Schalthorn: Ostpreußen steht wieder im Mittelpunkt. Vor vier Jahrzehnten wurde die Lüneburger Ost-Akademie gegründet, in: Kulturpolitische Korrespondenz, 25. August 1993, S. 10–12.
- 193 Siehe zum Beispiel die Berichte über Veranstaltungen der Akademie zu den Themen Beutekunst und Vertreibung: cor: Die Schatzsuche in Kaliningrad geht wieder los, in: Landeszeitung, 11. November 1994, S. 13; lz: 50 Jahre Flucht und Vertreibung, in: Landeszeitung, 11. Mai 1995, S. 5.
- 194 Vgl. hdr: Ostakademie sucht neue Geldquellen, in: Landeszeitung, 29. April 1997.

- 195 Dazu zählt beispielsweise auch das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, das 2000 in der Stiftung Wissenschaft und Politik aufging, und das einstige Ost-West-Kolleg. Siehe: Bernhard Schalhorn: „An der schmalen Grenze zwischen Wissenschaft und Politik“, in: Deutsche Studien 49 (2003), H. 149, S. 5–12, hier S. 8–11; Segert, Neue Unübersichtlichkeit (wie Anm. 51).
- 196 So der Vorstandsvorsitzende Ruffmann im Hinblick auf eine beantragte Aufstockung der Fördermittel, siehe Protokoll der Vorstandssitzung des NOKW, 11.05.1990, StadtALg.
- 197 Brief Matthes an Köckritz, 09.04.1990, StadtALg.
- 198 men: Nordostdeutsches Kulturwerk: Forscher aus dem Osten reißen sich um Informationen, in: Landeszeitung, 27. Oktober 1990.
- 199 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung des NOKW, 11.05.1990, StadtALg.
- 200 Vgl. Tsp: Die positiven Traditionen aus der gemeinsamen Geschichte pflegen, in: Der Tagesspiegel, 14. August 1992, S. 15.
- 201 Vgl. Arbeitsbericht des NOKW für 1993, StadtALg.
- 202 Vgl. Arbeitsbericht des NOKW für 1992, StadtALg.
- 203 Vgl. Arbeitsbericht 1993 (wie Anm. 202); lz: Lüneburg-Infos für Tartu, in: Landeszeitung, 26. September 1994, S. 4; det: Partnerschaft mit Tartu in Estland?, in: Landeszeitung, 7. Juli 1989, S. 3; hdr: Mut für die Zukunft geschöpft, in: Landeszeitung, 23. August 1993, S. 5.
- 204 Siehe Arbeitsberichte 1992, 1993 und 1994, StadtALg; rast: Reiseziele im Ostseeraum, in: Landeszeitung, 8. Mai 1993, S. 5.
- 205 Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung des NOKW am 14.06.1986, StadtALg; Arbeitsbericht für 1997, ebenda.
- 206 Vgl. nh: Polen korrigiert sein Zerrbild Deutschlands, in: Landeszeitung, 10. Dezember 1991, S. 5.
- 207 Vgl. Eckhard Matthes, Karl-Heinz Ruffmann: Editorial, in: Nordost-Archiv 1 (1992), H. 1, S. 5f. Siehe auch die in dieser Ausgabe vorangestellte neue Konzeption der Zeitschrift.
- 208 Zitiert in: Silke Osman: Offen für jedermann. Ein Besuch im Institut Nordostdeutsches Kulturwerk, in: Das Ostpreußenblatt, 28. Februar 1998, S. 7.
- 209 Vgl. Konzept zur Arbeit des Institutes Nordostdeutsches Kulturwerk, 04.06.1997, S. 5, StadtALg.
- 210 Vgl. ebenda, S. 8–11.
- 211 Vgl. Jürgen Tietz: Geschichte gefährdet. Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg von Schließung bedroht, in: Der Tagesspiegel, 11. März 1997.
- 212 Vgl. Der Staat speckt 7000 Stellen ab, in: Landeszeitung, 8. Februar 1996, S. 2.

- 213 Vgl. Matthias Buth: Deutsche Kultur und Geschichte im östlichen Europa. Bilanzen und Aspekte der Wissenschaftsförderung der Bundesregierung, Vortrag an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 27.01.1999, StadtALg. Das NOKW wies eine Veröffentlichung dieser Rede aufgrund ihrer Akzente auf Südosteuropa, die nicht dem Profil des Instituts entsprachen, zurück. Dies rief eine empörte Reaktion von Buth hervor: siehe Bamberger-Stemmann, Vermerk, Telefongespräch mit Herrn Dr. Matthias Buth, 6. April 1999, 10.25 Uhr, ebenda.
- 214 Vgl. aro: Abstriche. Der Kulturetat im Haushaltsausschuß, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. März 1999.
- 215 Der Text der Neukonzeption in ihrer ursprünglichen Fassung ist in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU Fraktion zu finden: Deutscher Bundestag, Drucksache 14/1432, 22.07.1999.
- 216 Vgl. rast: Institut kämpft um den Erhalt, in: Landeszeitung, 27. Juni 1999.
- 217 Die Unterstützungsschreiben und Verfahren in Verbindung mit der letztlich abgewendeten Schließung im Jahr 1999 finden sich in einem eigenen Ordner in den Unterlagen des Instituts im StadtALg.
- 218 Vgl. Ergebnisprotokoll der Sitzung des 9. September 1999 in: Brief Bamberger-Stemmann an Arne Fuhrmann, MdB, 17.09.1999, StadtALg.
- 219 Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/4586, S. 5 f.
- 220 Vgl. MD Buth, BKM K44, Besprechungsvermerk, betr. Umsetzung der Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa; Nordostdeutsches Kulturwerk und Göttinger Arbeitskreis, Gespräch am 25. August 2000, 28.08.2000, IKGn-Archiv.
- 221 Vgl. Protokolle der Mitgliederversammlungen des NOKW am 26.01.2001 und am 12.05.2001, IKGn-Archiv.
- 222 Die Baltische Historische Kommission, die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, die Kommission für Geschichte der Deutschen in Polen und die Wissenschaftliche Kommission für die Deutschen in Russland und in der GUS.
- 223 Vgl. Protokoll der Gründungsversammlung des IKGn e.V., 13.06.2001, IKGn-Archiv.
- 224 Auf der Gründungsversammlung beschlossene Satzung, § 2, IKGn-Archiv.
- 225 Nicht zu Ende gebrachte Publikationsvorhaben des Verlags mussten eingestellt oder anderweitig publiziert werden. Vgl. Arbeitsbericht des NOKW für 2001, IKGn-Archiv.
- 226 Vgl. Brief Jochen Range an die Mitglieder des NOKW, 12.12.2001, IKGn-Archiv.
- 227 Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung des NOKW am 01.06.2002, IKGn-Archiv.

- 228 Vgl. Protokoll des Stiftungsrats der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk, 16.05.2006, IKGn-Archiv.
- 229 Arbeitsbericht des IKGn für 2002, Abschnitt 1, IKGn-Archiv.
- 230 Vgl. Kooperationsvereinbarung zwischen der Universität Hamburg und dem Nordost-Institut, April 2004, IKGn-Archiv.
- 231 Vgl. Andreas Lawaty: Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa E. V. (IKGn) in Lüneburg, in: Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde 51 (2010), S. 172–185, hier S. 172f.
- 232 Arbeitsbericht des IKGn für 2002, Abschnitt 2, IKGn-Archiv.
- 233 Ebenda.
- 234 Lawaty, Institut (wie Anm. 232), S. 174.
- 235 Vgl. Arbeitsbericht des IKGn für 2002, Abschnitt 1, IKGn-Archiv.
- 236 Beispielsweise förderte das BMI mit §96-Mitteln ab 1988 und zu Beginn der 1990er Jahre das 1986 gegründete Salomon-Ludwig-Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte an der Universität Duisburg, siehe §96 Bericht der Bundesregierung für 1993–1994, Deutscher Bundestag, Drucksache 13/6796, 20.01.1997, S. 9. Das NOKW widmete dem Thema Besatzungspolitik auch einzelne Publikationen, etwa Margot Blank: Nationalsozialistische Hochschulpolitik in Riga (1941–1944): Konzeption und Realität eines Bereiches deutscher Besatzungspolitik, Lüneburg 1991.
- 237 Vgl. Protokoll der Kuratoriumssitzung des IKGn, 15.05.2009, IKGn-Archiv.
- 238 Vgl. Lawaty, Institut (wie Anm. 232), S. 182.
- 239 Vgl. Joachim Tauber (Hrsg.): „Kollaboration“ in Nordosteuropa: Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2006. Siehe auch Arbeitsbericht des IKGn für 2003, IKGn-Archiv.
- 240 Vgl. Detlef Henning: Revolution in Nordosteuropa, Wiesbaden 2011; Anja Wilhelmi: Bildungskonzepte und Bildungsinitiativen in Nordosteuropa (19. Jahrhundert), Wiesbaden 2011; Konrad Maier: Nation und Sprache in Nordosteuropa im 19. Jahrhundert, Wiesbaden 2012; Alfred Eisfeld, Konrad Maier: Loyalität, Legitimität, Legalität: Zerfalls-, Separations- und Souveranisierungsprozesse in Ostmittel- und Osteuropa 1914–1921, Wiesbaden 2014.
- 241 Hans-Jürgen Bömelburg, Stephan Troebst: Editorial, in: Nordost-Archiv 14 (2005), S. 9–13, hier S. 9.
- 242 Siehe z. B. §96-Bericht der Bundesregierung für 2007–2008, Deutscher Bundestag, Drucksache 17/381, 23.12.2009, S. 3.
- 243 Vgl. Arbeitsbericht des IKGn für 2006, IKGn-Archiv. Diese Universität gehörte zu den wenigen Mitgliedern, die nach 2002 in den Trägerverein des IKGn aufgenommen wurden. Seitdem hat sich dessen Zusammensetzung kaum verändert.

- 244 Vgl. Arbeitsberichte des IKGN 2002–2006, IKGN-Archiv; siehe auch den Tagungsband: German Ritz, Andreas Lawaty (Hrsg.): *Romantik und Geschichte: polnisches Paradigma, europäischer Kontext, deutsch-polnische Perspektive*, Wiesbaden 2007.
- 245 Vgl. Arbeitsberichte des IKGN 2002–2006; siehe den Sammelband: Ralph Schattkowsky, Sergij Osačuk u. a.: *Kirche und Nation: Westpreußen, Galizien und die Bukowina zwischen Völkerfrühling und Erstem Weltkrieg*, Hamburg 2009.
- 246 Vgl. Arbeitsbericht des IKGN für 2007, IKGN-Archiv.
- 247 Vgl. Arbeitsberichte des IKGN für 2002–2010, IKGN-Archiv.
- 248 Vgl. Arbeitsberichte des IKGN für 2005, 2008, 2009, IKGN-Archiv.
- 249 Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung des IKGN mit Anhängen, 08.10.2009, IKGN-Archiv.
- 250 Vgl. Arbeitsbericht des IKGN für 2012, IKGN-Archiv; Meissner, Gornig, Eisfeld, *Entwicklung* (wie Anm. 186).
- 251 Vgl. Arbeitsbericht des IKGN für 2010, IKGN-Archiv.
- 252 § 96-Bericht der Bundesregierung für 2010–2011, Deutscher Bundestag, Drucksache 17/9401, 19.04.2012, S. 16.
- 253 Arbeitsbericht des IKGN für 2011 und Flyer zur 10-Jahresfeier im Anhang des Arbeitsberichts für 2012, IKGN-Archiv.
- 254 Sabine Deres: *Widerborstig und einzigartig. 60 Jahre Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz*, in: *Blickwechsel* 1 (2013), S. 43–45.
- 255 Vgl. § 96-Bericht der Bundesregierung für 2013–2014, Deutscher Bundestag, Drucksache 18/5598, 16.07.2015, S. 3.
- 256 Weiterentwicklung der Konzeption zur Erforschung, Bewahrung, Präsentation und Vermittlung der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes, Deutscher Bundestag, Drucksache 18/7730, 25.02.2016; § 96-Bericht für 2015–2016, Deutscher Bundestag, Drucksache 18/12871, 21.06.2017.
- 257 § 96-Neukonzeption 2016, ebenda, S. 13f.
- 258 Vgl. Joachim Tauber (Hrsg.): *Individuum und Gesellschaft in Ost- und Nordosteuropa* (Online-Publikationen des Nordost-Instituts/Forschungsbeiträge), Lüneburg 2017, URL: <https://www.ikgn.de/publikationen/individuum-und-gesellschaft.html> [Zugriff: 24.08.2026].
- 259 Vgl. Arbeitsberichte des IKGN für 2017, 2018, 2023, IKGN-Archiv; *Begegnungen nach Plan*, URL: <https://www.ikgn.de/forschung/begegnung-nach-plan.html>; *Historische Ansichtspostkarten*, URL: <https://www.ikgn.de/mediathek/ansichtspostkarten.html> [Zugriff: 24.08.2026].

- 260 Vgl. Nordost-Institut, Forschungskonzept: Ordnungen – Aneignungen – Erfahrungen, 2018, URL: https://www.ikgn.de/_media/Forschungskonzept_IKGN_e_V_10_Juni_2018.pdf [Zugriff: 24.08.2026].
- 261 Vgl. Arbeitsbericht des IKGN für 2011, IKGN-Archiv.
- 262 Arbeitsbericht des IKGN für 2015, IKGN-Archiv.
- 263 Vgl. Alfred Eisfeld, Natalija Serdjuk (Hrsg.): „Velykyj Teror“ v Ukraïni: nimec'ka operacija 1937–1938 rokiv: zbirnyk dokumentiv = „Bolšoj Terror“ v Ukraine: nemeckaja operacija 1937–1938 godov: sbornik dokumentov, Kyiv 2018; Alfred Eisfeld u. a. (Hrsg.): Der „Grosse Terror“ in der Ukraine: Die „Deutsche Operation“ 1937–1938, Berlin 2021.
- 264 Vgl. Juden und Deutsche im polnischen Gedächtnis, ikgn.de, URL: <https://www.ikgn.de/forschung/abgeschlossene-forschungsprojekte/dfg-ncn-projekt-juden-und-deutsche-im-polnischen-gedaechtnis-1.html>; Projektseite in der GEPRIS Datenband der DFG, URL: <https://gepris.dfg.de/project/277229846> [Zugriff: 27.07.2026].
- 265 Vgl. Arbeitsbericht des IKGN für 2014, IKGN-Archiv; siehe auch die Projektseite unter der URL: <https://www.ikgn.de/ubersetzte-geschichte.html> [Zugriff: 20.07.2026].
- 266 Siehe die Abschnitte „Bibliothek“ und „Mediathek“ auf der Website des IKGN, URLs: <https://www.ikgn.de/bibliothek.html>; <https://www.ikgn.de/mediathek.html>; die IKGN-Bestände von „Riga Digitalis“ können unter folgender URL abgerufen werden: [https://www.difmoe.eu/search?locations=Nordost-Institut%20\(IKGN\)&collections=vc:5d32e582-9792-443d-919d-17bfe30205eb](https://www.difmoe.eu/search?locations=Nordost-Institut%20(IKGN)&collections=vc:5d32e582-9792-443d-919d-17bfe30205eb) [Zugriff: 20.07.2026].
- 267 Siehe die URL des Projektes: <https://kant-in-olsztyn.ikgn.de/> [Zugriff: 20.07.2026].
- 268 Siehe das Dossier „Russlanddeutsches Diarama“ unter der URL: <https://nemcy.dekoder.org/de/> [Zugriff: 20.07.2026].
- 269 Siehe Arbeitsberichte 2013 bis 2017 des IKGN, IKGN-Archiv, in denen die Zusammenarbeit mit inländischen und ausländischen Partnern in einem eigenen Punkt dargestellt ist.
- 270 Vgl. Arbeitsberichte des IKGN 2009–2010, IKGN-Archiv.
- 271 Vgl. Arbeitsberichte des IKGN für 2009, 2012 und 2014, IKGN-Archiv.
- 272 Vgl. Arbeitsberichte des IKGN für 2017, 2019 und 2022, IKGN-Archiv.
- 273 So Lawaty bei der Kuratoriumssitzung 2009: Protokoll Kuratoriumssitzung 2009 (wie Anm. 238).
- 274 Die drei Bände erschienen zwischen 2018 und 2021: Karsten Brüggemann u. a. (Hrsg.): Das Baltikum: Geschichte einer europäischen Region. Bd. 1: Von der Vor- und Frühgeschichte bis zum Ende des Mittelalters, Stuttgart 2018; Karsten Brügg-

gemann, Ralph Tuchtenhagen, Anja Wilhelmi (Hrsg.): Das Baltikum. Band 3: Die Staaten Estland, Lettland und Litauen, Stuttgart 2020; Karsten Brüggemann, Detlef Henning, Ralph Tuchtenhagen (Hrsg.): Das Baltikum. Band 2: Vom Beginn der Frühen Neuzeit bis zur Gründung der modernen Staaten, Stuttgart 2021.

- 275 Siehe das Museum unter der URL: <https://galiziendeutsche.in.ua/de> [Zugriff: 27.07.2026]. Ein Folgeprojekt zu den „Schwarzmeerdeutschen“ musste aufgrund des Russischen Angriffskrieges aufgeschoben werden.
- 276 Siehe den YouTube-Kanal des IKGn unter der URL <https://www.youtube.com/@ikgn48/videos> [Zugriff: 27.07.2026].
- 277 Siehe die Plattformen der beiden Projekte: <https://orte-deutsch-sowjetischer-beziehungen.ikgn.de/> und <https://www.1000dokumente.de/> [Zugriff 27.07.2026].
- 278 Vgl. Arbeitsbericht des IKGn für die Jahre 2022 bis 2025, IKGn-Archiv.
- 279 Siehe die Projektseite, URL: <https://www.ikgn.de/forschung/aktuelle-forschungsprojekte/die-deutsche-frage-in-kasachstan.html> [Zugriff: 27.07.2026].

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 Max Hildebert Boehm bei der Grundsteinlegung der Akademie. In der Hand hält er die Kapsel mit der Gründungsurkunde	12
Abb. 2 Gebäude der Nordostdeutschen Akademie/des Nordostdeutschen Kulturwerks, Herderstraße 1	14
Abb. 4 Innenräume der Ost-Akademie in den 1970er Jahren	21
Abb. 5 Zimmer im Wohnheim der Akademie	23
Abb. 6 Zwei Leserinnen in der Bibliothek des NOKW	34
Abb. 7 Stilisierte Ansicht des Anbaus zum Brömsehaus in der Conventstraße 1, in dem das Institut Nordostdeutsches Kulturwerk beheimatet war	45
Abb. 8 Drei Direktoren des NOKW zu Beginn der 1980er Jahre. Von links nach rechts: Karl-Heinz Gehrmann, Heinz Ischreyt und Eckard Matthes	48
Abb. 9 Die nationale und internationale Vernetzung des NOKW am Ende der 1990er Jahre	62
Abb. 10 Feierlichkeiten zur Eröffnung des neuen Institutsgebäudes in der Lindenstraße 31 am 28.11.2019	88
Abb. 11 Das aktuelle Gebäude des Nordost-Instituts (IKGN e.V.) in der Lindenstraße 31, Vorderansicht vom Handwerkerplatz aus	88

Bildnachweise

Abb. 1 (S. 11): Nordostdeutsches Archiv, FO/465

Abb. 2 (S. 13): Nordostdeutsches Archiv, FO/466

Abb. 3 (S. 18): IKGN-Archiv

Abb. 4 (S. 20): Karl Heinz Gehrmann: Studien über Deutschland und den Osten. 25 Jahre Ost-Akademie Lüneburg, in: Der Gemeinsame Weg 3 (1977), S. 3–7

Abb. 5 (S. 22): Nordostdeutsches Archiv, FO/466

Abb. 6 (S. 33): Nordostdeutsches Archiv, FO/466

Abb. 7 (S. 45): Zeichnung von Helga Arnold. Nordostdeutsches Archiv

Abb. 8 (S. 48): Erik Thomson: Karl Heinz Gehrmann 70 Jahre. Völker-Verhältnis entkrampft, in: Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 20. Juli 1984, S. 9; Hans-Günther Parplies: Zwischen Lüneburg und Leningrad. Das Nordostdeutsche Kulturwerk unter neuer Leitung, in: Kulturpolitische Korrespondenz, 5. Mai 1982

Abb. 9 (S. 61): Anhang zu einem Brief an den BKM vom 12.02.1999, IKGN-Archiv

Abb. 10 (S. 87): IKGN-Archiv

Abb. 11 (S. 87): IKGN-Archiv

Diese Studie erzählt die wechselvolle Geschichte des Nordost-Instituts (IKGN e.V.) – von den völkisch geprägten Anfängen des Nordostdeutschen Kulturwerks über finanzielle Krisen und politische Auseinandersetzungen bis zur heutigen Forschungseinrichtung.

2026 blickt das Institut auf zwei Jubiläen zurück: 75 Jahre seit der ersten Gründung und 25 Jahre als IKGN. Seine Geschichte ist zugleich Teil der Geschichte der Kulturförderung nach § 96 BVFG und ihrer tiefgreifenden Veränderungen seit der Nachkriegszeit. Umfangreiches Archivmaterial eröffnet dabei neue Einblicke in das Verhältnis von Kulturerbe, Politik und Wissenschaft.

Florian Coppenrath ist Sozialwissenschaftler und wurde 2026 an der Humboldt-Universität zu Berlin in Zentralasienwissenschaften promoviert. Zwischen 2022 und 2024 war er Mitarbeiter der Geschäftsstelle des deutschen Co-Vorsitzenden der deutsch-russischen Geschichtskommission am Nordost-Institut.